

**Zivilgesellschaftliches
Lagebild Antisemitismus
Deutschland**

**AMADEU
ANTONIO
STIFTUNG**





Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus



Herausgeber:

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12
10115 Berlin

info@amadeu-antonio-stiftung.de
www.amadeu-antonio-stiftung.de

Redaktion: Nikolas Lelle, Imke Kummer,
Lukas Steinbrenner, Maximilian Kirstein

Lektorat: Britta Kollberg

Titelbild: D. Kahane

Gestaltung: Wigwam eG, Berlin

Druck: Druckzone, Cottbus

Gedruckt auf Envirotop Recycling 100 % Altpapier

Eine Publikation der Bildungs- und Aktionswochen
gegen Antisemitismus

© Amadeu Antonio Stiftung, 2020

ISBN 978-3-940878-55-7

Das Projekt „Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus“ und die vorliegende Publikation wurden durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ und den Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus gefördert. Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA bzw. des BMI dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autor*innen die Verantwortung.

Ebenso möchten wir all unseren Spender*innen danken, die die Arbeit der Stiftung überhaupt erst ermöglichen und mit tragen.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Gefördert durch:



Beauftragter der Bundesregierung
für jüdisches Leben und
den Kampf gegen Antisemitismus

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Inhalt

- 4 Jüdische Existenz in Deutschland
Anetta Kahane
- 7 Geleitwort
Dr. Felix Klein
- 8 Was ist Antisemitismus?
Nikolas Lelle
- 12 Zivilgesellschaftliche Forderungen
für den Kampf gegen Antisemitismus
- 16 Antisemitismus im digitalen Raum
Jonas Stapper
- 20 „Kein Mensch auf dieser Erde wird
als Antisemit*in geboren.“
Dr. Josef Schuster
- 24 Antisemitische Gewalt in Deutschland heute
Daniel Poensgen und Benjamin Steinitz
- 30 Antisemitische Verschwörungsmythen
während der „Corona-Demos“
Imke Kummer und Nikolas Lelle
- 33 „Es fehlt Solidarität mit denjenigen,
die Verschwörungserzählungen
ertragen müssen.“
Melanie Hermann
- 36 Zum Verhältnis von Antisemitismus
und Antifeminismus
Rachel Spicker und Judith Rahner
- 40 „Wir dürfen im Kampf gegen Antisemitis-
mus keine Hierarchisierungen vornehmen.“
Dr. Felix Klein
- 43 Hinter dem Glanz der Fassade
Herausforderungen antisemitismus-
kritischer Bildungsarbeit
Robert Zenker und Patrick Siegele
- 48 Antisemitismus und Rechtsterrorismus
Timo Büchner
- 51 „Solche Attentäter können mit keiner
nennenswerten Unterstützung in
der Gesellschaft rechnen.“
Max Privorozki
- 54 „Ich möchte, dass mehr Fakten
ans Licht kommen.“
Naomi Henkel-Gümbel
- 57 Antisemitismus in der extremen Rechten
Jan Riebe
- 62 „Man muss auch in den eigenen
Strukturen kehren.“
Über Islamismus
Ronya Othmann
- 66 ‚Muslimischer Antisemitismus‘
Rassistische Zuschreibung oder ein reales Problem?
Kai E. Schubert
- 70 „... plötzlich trafen keine gelernten
Mythen, sondern Menschen aufeinander.“
Holger Michel
- 74 „Von den IS-Rückkehrer*innen geht
eine Gefahr für Jüdinnen und Juden
in Deutschland aus.“
Alexander Steder
- 77 Antisemitismus in der Linken
Tom Uhlig
- 81 „Antisemitismus in der Kunst wird
zu wenig thematisiert.“
Fabian Bechtle und Leon Kahane
- 84 BDS, Israelboykott und Palästina-
Solidarität in der Linken
Maximilian Kirstein und Imke Kummer
- 88 „Dass jüdische Stimmen zur Bekämpfung
des Antisemitismus gehört werden müssen,
war lange nicht selbstverständlich.“
Miki Hermer und Nikolas Lelle
- 91 Das Kompetenznetzwerk Antisemitismus
- 92 Anhang: Arbeitsdefinition von
Antisemitismus
- 94 Ansprechpartner*innen

Jüdische Existenz in Deutschland



Anetta Kahane, Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung
© Amadeu Antonio Stiftung

Seit etwa 1.700 Jahren gibt es Juden auf dem Territorium, das wir heute als Deutschland bezeichnen. In dieser Zeit lebten und verschwanden verschiedene Gruppen und Stämme. Von jetzt aus betrachtet, also aus dem Wunsch, die Anwesenheit der Juden zu feiern, steckt darin auch eine kleine Ironie, denn die Geschichte zeigt uns also, dass die Mehrheitsbevölkerung keineswegs als deutsch beschrieben werden kann. Die Juden aber bildeten eine Konstante, und konstant war ebenfalls, dass sie nicht dazugehörten. Egal, wer dort gerade herrschte oder lebte. Es gab Phasen eines ruhigen Zusammenlebens und solche, in denen die Juden zu leiden hatten. Diskriminiert waren sie in den jeweiligen Unterdrückungssystemen jedoch immer. Diese sehr lange Tradition der Fremdheit, der Ausgrenzung und der Gewalt fand mit der Shoah ihren Höhepunkt. Nach dem Vernichtungskrieg und dem Zivilisationsbruch der Shoah endete 1945 zwar die rechtliche Diskriminierung, und der Antisemitismus galt als geächtet, doch die wenigen übriggebliebenen Juden haben weiterhin Grund zur Sorge. Der Antisemitismus verschwand nicht, er veränderte sich nur. Heute zeigt er sich in vielen Gesichtern, die hier beschrieben werden sollen.

Die Frage ist also, was das Gedenken an die lange Präsenz der Juden bedeutet und was bzw. wie es gefeiert werden soll. Angesichts der Kontinuität des Antisemitismus scheint es doch schwierig, die besonderen Verdienste der Juden in Deutschland über die Jahrhunderte bis heute zu feiern. Denn macht es einen Unterschied, ob sie Verdienste haben oder nicht? Ändert das die Art des Gedenkens oder die Erinnerung an ihre Verfolgung und Ermordung? Die Antwort ist: Ja und Nein. Die Verdienste der Juden hier in Deutschland können sehr wohl wertgeschätzt werden. Doch wiegt die Tatsache dieser Wertschätzung die Geschichte ihrer Verfolgung nicht auf. Das eine mit dem anderen zu verrechnen, darf auf gar keinen Fall zugelassen werden.

Jüdische Perspektive

Aus jüdischer Perspektive waren und sind die Existenz und das Überleben in Deutschland in hohem Maße ambivalent. Juden auf dem Gebiet Deutschlands hatten es mit einer Normalität zu tun, die sich zwischen Verfolgung und Koexistenz hin und her bewegte. Manchmal erschienen sie nützlich oder wurden ob ihrer vermeintlichen Allmacht gefürchtet, meist jedoch waren sie eine verachtete Minderheit, die abgesondert und in Armut lebte. Die meisten der großen Verschwörungserzählungen über das abgrundtief Böse im Wesen und Handeln der Juden sind in Deutschland entstanden oder fanden hier begeisterte Verbreitung. Die Kirchen als Institutionen der Macht und des Staatswesens spielten dabei eine zentrale Rolle.

Und dennoch – trotz der vielen Pogrome und Vertreibungen in Richtung Osten – blieben viele Juden in Deutschland und erlebten auch Zeiten der Toleranz und ansetzenden Emanzipation. Die Haskala, die jüdische Aufklärung, hat sich nach Kräften um eine Annäherung an die Mehrheitsgesellschaft

und gegenseitige Öffnung bemüht. Das war eine Zeit der Hoffnung und auch der Anpassung. Viele deutsche Juden ließen ihr Judentum unsichtbar werden oder versuchten es ganz abzulegen. Wenn heute von einer deutsch-jüdischen Symbiose gesprochen wird, wenn von Wurzeln der Gemeinsamkeit geredet wird, ist diese Zeit zwischen dem 18. Jahrhundert bis zur Wahl Hitlers gemeint. Doch auch hier blieben die Juden Fremde, und von Symbiose oder Gemeinsamkeit konnte – außer in Einzelfällen – gesellschaftlich keine Rede sein. Die jüdische Erfahrung nach der Annäherung, die vor allem von den Juden kam und somit einseitig war und schließlich mit der Vernichtung geendet hat, lässt sich nicht aus dem kollektiven Gedächtnis wegwischen. Sie bildet auch heute einen Teil der jüdischen Perspektive ab.

Die Shoah ist erst einige Jahrzehnte her, ein kurzer Zeitraum im Verhältnis zur Wucht dieser Zerstörung und geschichtlich gesehen nur ein Wimpernschlag. Die Überlebenden und ihre Kinder leiden noch immer unter dem Trauma dieser Erfahrung. Die Hoffnung ist dennoch geblieben, dass nach der Shoah ein Zusammenleben in Respekt und Anerkennung möglich sei. Diese Ambivalenz in der jüdischen Perspektive zu kennen und zu verstehen, ist die Voraussetzung für eine gegenseitige Hoffnung in der Gegenwart.

Antisemitismus heute

Antisemitismus hat nie aufgehört zu existieren, auch wenn er in manchen Zeiten weniger präsent erscheint als in anderen. Dem Antisemitismus ist schwer beizukommen, er hält sich hartnäckig, ist tief im kulturellen Gedächtnis verhaftet und scheint gegen Aufklärung relativ resistent zu sein. Er kann überwintern, er kann ruhen in der Gesellschaft, manchmal sogar tief schlafen. Und doch taucht er immer wieder auf, selbst dann, wenn die Welt scheinbar viel offener und mit Minderheiten toleranter geworden ist. Dass über Antisemitismus heute in der Gesellschaft debattiert wird, ist eine gute Nachricht. Denn wenn es eine Chance gibt, ihn wieder einzudämmen oder Menschen davor zu bewahren, Antisemitismus zu internalisieren, dann ist es die Debatte, die öffentliche Auseinandersetzung damit und gesellschaftliche Anstrengungen, sich dem Problem zu stellen. Das geschieht gerade in Deutschland, und das ist gut so. Denn Antisemitismus, der nicht als solcher benannt wird, der unkommentiert bleibt, der verschwiegen oder verleugnet wird, bleibt einfach bestehen und breitet sich ungesehen aus.

Das Internet und Soziale Medien sind die modernen Durchlauferhitzer für antisemitischen Hass. Sie sind wie ein riesiger, lauter und überall zugänglicher Stammtisch, der die alten wie die neuen Parolen des Antisemitismus in die Welt blökt. Gewiss finden dadurch mehr Menschen Zugang zu antisemitischen Parolen, als sie es ohne diese Instrumente täten. Erschwerend hinzu kommt die Eigenschaft der Menschen, einander immer überbieten zu wollen – auch darin, Hass zu verbreiten. Das gleiche gilt für Provokation und die Aufmerksamkeit, die viele dafür bekommen. So entsteht eine Art Strudel, der anfällige Menschen mit sich reißt und schließlich zu Gewalt in der realen Welt führen kann. Genau das ist bei dem Anschlag in Halle geschehen. Der Täter hatte vor, an Jom Kippur in die Synagoge einzudringen und so viele Juden wie möglich zu töten. Er ist ein Beispiel für jemanden, der sich im Netz radikalisierte und schließlich zwei Menschen umbrachte. Diese Tat trug dazu bei, dass Antisemitismus jetzt ein Thema ist.

Hinzu kommt, dass neben den Eskalationen durch das Internet auch Krisen eine Rolle spielen, die Verschwörungserzählungen wieder populär machen. Die Finanzkrise, die Krise im Nahen Osten, die „Flüchtlingskrise“, die Corona-Krise: Sie alle bieten Verschwörungstheoretikern eine passende Grunderzählung, auf der sie Mythen verbreiten können, an deren Ende immer Juden an allem Bösen schuld sind. Die jüdische Hochfinanz, die jüdischen Volkszerstörer, die jüdischen Kindermörder, die jüdischen Eliten mit der großen Spritze, die das Volk jeweils manipulieren, ausrotten, ausbeuten, betrügen, beherrschen wollen – so lautet das antisemitische Narrativ. Es ist für jedes Milieu etwas dabei, für das linke und das rechte, für das bürgerliche, das ökologische, das spirituelle, für das der Antimodernen aus allen politischen Richtungen. Mit der Verbreitung von Verschwörungsideologien wird der Antisemitismus aktiv. Und auch hier beobachten wir, dass Verschwörungserzählungen als ernsthaftes Problem nur wahrgenommen werden, wenn sie in großen Demonstrationen sichtbar werden. Das jüngste Beispiel: die Corona-Krise, als tausende Menschen Seite an Seite mit Rechtsextremisten und QAnon-Anhängern und Relativierern der Shoah demonstrierten und dabei lauthals jeden Antisemitismus leugneten. Das taten übrigens auch viele Medien. Sie blendeten den antisemitischen Kern der Verschwörungsideologien aus. Antisemitismus selbst ist eine Verschwörungsideologie, vermutlich die älteste, die wir kennen und als Konstante in der christlichen wie in der muslimischen Kultur fest verankert.

Was tun?

Über 80 % der Juden in Deutschland sagen heute, dass der Antisemitismus eine Gefahr ist. Diese Einschätzung bedeutet weit mehr, als dass Juden ein subjektives Gefühl hätten, das nicht unbedingt relevant sein müsse. Eine solche Haltung finden wir leider sehr oft bei Verwaltung, Polizei und Justiz, aber auch in öffentlichen Diskussionen. Juden in Deutschland sind aber keine ängstlichen Kinder, die nur Gespenster sehen, wo eigentlich gar keine sind. Sie leben mit täglichen antisemitischen Erfahrungen, mit Bedrohungen und Gewalt. Es ist eine kleine Gruppe, und dennoch sind die antisemitischen Straftaten auf Rekordhöhe.

Dagegen zu handeln ist schwer und leicht zugleich. Niemand muss Antisemit werden, deshalb ist es wichtig, deutlich zu machen, was Antisemitismus ist und dass er geächtet wird. Seine verschiedenen Facetten zu diskutieren, seine Existenz nicht zu leugnen hilft auch. Ebenso wichtig ist der Respekt vor der jüdischen Kultur, Geschichte und Religion. Gewiss muss man nicht erst persönlich einen jüdischen Menschen treffen, um so in Kontakt zu kommen mit dem Judentum. Es gibt viel Wissen darüber, viele Gespräche, Literatur und Veranstaltungen. Eine Annäherung an das lebendige Judentum in Deutschland jenseits von Antisemitismus und Erinnerung an die Shoah kann dabei ebenso helfen wie der Abschied von Klischees. Nicht alle Juden tragen Kippa, nicht alle sind fromm, und es wäre schön, das auch in Bildern zu zeigen.

Argumente gegen Verschwörungserzählungen helfen nicht wirklich, wenn jemand schon festgezurrt Vorstellungen darüber hat, dass die Welt so funktioniert, wie es in diesen Ideologien suggeriert wird. Aber was hilft, und zwar immer, ist sich an jene zu wenden, die noch nicht vollkommen versunken sind in solchen Vorstellungen. Junge Leute haben oft sehr großes Interesse, mehr zu erfahren über Antisemitismus, über das Jüdische und welche Mittel es gibt, den Hass zurückzudrängen. Wer Fragen dazu hat, soll sie unbedingt stellen. Für den Unterricht, die Jugendarbeit, die politische Bildung gibt es viele gute Antworten.

Aber Antisemitismus entwickelt sich immer weiter, er geht mit der Zeit. Deswegen braucht es ein Lagebild und immer neue Antworten auf eine der großen Herausforderungen unserer Gesellschaft. Denn Antimoderne und Antisemitismus sind zwei Seiten einer Medaille und beide bedeuten eine ernsthafte Bedrohung der Demokratie.

Anetta Kahane

Geleitwort

Die Corona-Pandemie hat wie ein Brennglas gesellschaftliche Kräfte und Tendenzen ans Licht gebracht und verstärkt. In welchem hohem Maß Antisemitismus als Kitt dafür wirkt, verschiedenste Milieus zu verbinden, haben die sogenannten „Hygiene-Demos“ gezeigt. Von Reichsbürgern über Friedensbewegte bis hin zur esoterischen Szene reichte das Spektrum jener, die nur allzu bereit waren, Erzählungen über geheime Mächte Glauben zu schenken, die demokratische Regierung zu delegitimieren und dabei mehr oder weniger offen, wie schon seit Jahrhunderten, „den Juden“ oder Israel die Schuld zu geben suchen. Dass Impfgegner sich Judensterne anhefteten, war eine frappierende Bagatellisierung der Shoah; die Inszenierung als Opfer dabei ist ein typisches und kontinuierliches Element antisemitischer Selbstdarstellungen. Ebenfalls typisch sind der Anspruch, „endlich die Wahrheit zu sagen“ und die Geste des Tabubruchs, die im versuchten Sturm auf das Reichstagsgebäude zum Ausdruck kamen. Insofern manifestierte sich in diesen Protesten ein vormals nicht so offener und dennoch deutlich braunstichiger Bodensatz der Gesellschaft, der die breite Akzeptanz und die unterschiedlichen Formen von Judenfeindschaft auch in der Gegenwart repräsentiert. Wilhelm Heitmeyer sprach in diesem Zusammenhang von „Legitimationsbrücken“ zwischen klassisch rechtsextremen Milieus und solchen bisher politisch eher bürgerlich orientierten, die sich in diesen Protesten jüngst gemeinsam öffentlich zeigten. Deren Schulterchluss über judenfeindliche Ideologeme müssen wir sehr ernst nehmen, denn antisemitische Einstellungen sind auch dann destruktiv, wenn sie noch nicht in Gewaltbereitschaft umgeschlagen sind.

Gleichzeitig wurde im Zuge der Krisenbewältigung auch sichtbar, wie stark der Zusammenhalt der demokratischen Mehrheit ist und wie flexibel wir im Großen und Ganzen gemeinsam auf solche Herausforderungen reagieren können. Mund-Nasen-Bedeckungen zu tragen kostet die meisten nicht viel, und auch an viele andere zum Teil sogar sehr belastende Einschränkungen haben wir uns letztlich gewöhnt, zum Zwecke des Schutzes aller, besonders der Schwächsten. Im Umgang mit ihnen zeigt sich immer wieder die wahre Stärke einer Gesellschaft, denn jedes Leben zählt!



Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus © BMI

Letztlich sind wir Demokraten und Demokratinnen deutlich in der Mehrheit, das müssen wir uns angesichts der lauten antiaufklärerischen Minderheit ins Gedächtnis rufen. Überlassen wir das Feld nicht einer von Hass getriebenen Minderheit, die mit zu einfachen Antworten ihre Anhängerschaft vergrößern will! Antisemitismus bedroht nicht nur jüdische Menschen, er bedroht unsere ganze Gesellschaft und ihre Grundlagen von Freiheit und Gleichheit. Wir brauchen heute starke Allianzen, wir müssen fest zusammenstehen und unsere demokratischen Errungenschaften selbstbewusst verteidigen. Dazu gehört es auch, Zeiten der Unsicherheit auszuhalten und dabei möglichst solidarisch miteinander umzugehen. Unverzichtbar ist außerdem eine kontinuierliche kritische Auseinandersetzung mit aktuellen Entwicklungen – wir können es uns nicht leisten, uns auf dem bisher Erreichten auszuruhen. Dazu leistet die Amadeu Antonio Stiftung mit ihrer antisemitismuskritischen Arbeit einen fundamentalen Beitrag. Ich danke allen Beteiligten dafür ganz herzlich und wünsche dieser Broschüre viel Resonanz!

Ihr
Dr. Felix Klein

Verschwörungsmythen ermächtigen zur Tat. Sie machen ihre Anhänger*innen zu Held*innen und Krieger*innen, die aus vermeintlicher Notwehr handeln. Diese Geste der Ermächtigung gehört zum Antisemitismus der Verschwörungsmythen ebenso wie zum Antisemitismus des Nationalsozialismus. Die Attentäter von Halle und Hanau begründeten ihre Taten mit antisemitischen Verschwörungsmythen, wie schon zuvor die Attentäter von Utøya, Christchurch und El Paso. Ihre Manifeste sind Ausdruck davon, dass ein klassischer, offener und uncodierter Judenhas nicht verschwunden ist. Insbesondere in der deutschen Rechten lebt er als Weltanschauung fort.

Formen des Antisemitismus

Die Antisemitismusforschung spricht von Kommunikationslatenz, um zu beschreiben, dass es nach 1945 schwieriger wurde, sich offen zum Antisemitismus zu bekennen. Der Antisemitismus ist damit also nicht verschwunden, er wurde codiert. Er zeigte und zeigt sich nach dem Ende des Nationalsozialismus in verschiedenen Formen, von denen der strukturelle Antisemitismus von Verschwörungsmythen oder Kapitalismuskritiken nur eine in diesem Jahr besonders sichtbare ist. Andere Formen sind jedoch nicht weniger präsent.

Weit verbreitet ist der israelbezogene Antisemitismus, die wohl bedeutendste Modernisierung des Antisemitismus. Nicht selten wird hierbei über einen Umweg Judenhas ausgedrückt. Als israelbezogenen Antisemitismus bezeichnet man Positionen, die Israel delegitimieren, dämonisieren und an Israel andere Standards als an andere Staaten anlegen. Nach diesen 3Ds (Delegitimierung, Dämonisierung, Doppelstandards) ist der sogenannte 3D-Test benannt, der helfen kann, zwischen politischer Kritik und antisemitischem Ressentiment zu unterscheiden.

Israelbezogener Antisemitismus zeigt sich etwa dann, wenn Israel als das ultimativ Böse vorgestellt wird, wenn davon geträumt wird, Israel von der Landkarte zu tilgen, oder wenn Israel dafür angefeindet wird, sich zu verteidigen, während das bei anderen Staaten ignoriert oder begrüßt wird. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Verbreitung des Hashtags #Covid1948 bei Twitter, der die Gründung Israels mit dem Virus vergleicht. Wie eine Seuche, so das Bild, seien die Jüdinnen und Juden über Palästina gekommen.



In Deutschland fanden 2014 anlässlich des Gaza-Krieges unzählige pro-palästinensische Demonstrationen statt. Die Schilder und Plakate, die Teilnehmenden in Stuttgart zeigten, enthielten teilweise antisemitische Botschaften wie den Mythos vom „Kindermörder Israel“. © Lucius Teidelbaum

Diese Form des Antisemitismus hat seit der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 Hochkonjunktur und ist seit dem Sechstagekrieg 1967 auch in der deutschen Linken weitverbreitet. Antisemitische Formen des Antizionismus und der Delegitimierung jüdischer Staatlichkeit gibt es aber schon seit dem Ende des 19. Jahrhunderts.

Von sekundärem Antisemitismus spricht die Forschung, wenn es um einen Antisemitismus nicht trotz, sondern wegen Auschwitz geht: wenn etwa behauptet wird, Jüdinnen und Juden versuchten Kapital aus dem Holocaust zu schlagen oder Sprechverbote zu erteilen, um Menschen mundtot zu machen, oder wenn die Shoah geleugnet oder relativiert wird. In diesem Sinne müssen auch die „Judensterne“, die auf Corona-Demos mit dem Wort „Ungeimpft“ versehen gezeigt wurden, eine unverhohlene Relativierung des Holocaust, als sekundärer Antisemitismus bezeichnet werden.

Fast alltäglich sind in Deutschland Friedhofsschändungen, Schmierereien in Gedenkstätten oder die Beschädigung von Stolpersteinen. Die Schlagworte von der „Auschwitzkeule“ oder der „Kollektivschuld“ gehören zum sekundären Antisemitismus. Ihre Wucht zeigt sich insbesondere in erinnerungspolitischen Debatten der letzten Jahre, wenn etwa der Vorwurf des Antisemitismus schärfer verurteilt wird als die Tatsache, dass jemand antisemitisch argumentiert. Das führt zu verzerrten Debatten wie derjenigen über den Auftritt Achille Mbembes bei der Ruhrtriennale 2020.

Sekundärer, struktureller und israelbezogener Antisemitismus sind neuere Formen, die sich insbesondere nach 1945 weit verbreitet haben. Sie sind Re-Aktualisierungen von Denkweisen und Ressentiments, die älter sind und zugleich modernem Judenhass entstammen. Parteien wie „Der III. Weg“ und „Die Rechte“, Teile der AfD oder Rechtsterroristen wie der aus Halle pflegen auch einen Judenhass, der sich in der Moderne ausbildete und mit dem Begriff der „Rasse“ auflud – wie ihn auch der Nationalsozialismus von Anfang an vertrat. Er wird sichtbar in alten Bildern: dem des geldgierigen Juden, des Brunnenvergifters, des Zersetzers, des Strippenziehers. Re-Aktualisierungen dieser Bilder konnte man in den Verschwörungserzählungen rund um Covid-19 beobachten.

Jede Beschäftigung mit dem Antisemitismus heute muss den Nationalsozialismus ins Blickfeld rücken, muss seine antisemitische Politik, die in die Shoah führte, analysieren und mitdenken; nicht zuletzt, weil der Antisemitismus sich in neue Formen transformiert und weitertradiert.

So lassen sich also in der Theorie vier Formen des Antisemitismus unterscheiden: struktureller, sekundärer sowie israelbezogener Antisemitismus und moderner Judenhass. In der Empirie treten sie unter Umständen gemeinsam auf oder gehen ineinander über. Neben der analytischen Trennung und Klärung ist deshalb ein konkreter Blick auf die Phänomene unerlässlich.

Literatur

Salzborn, Samuel (2018): *Globaler Antisemitismus. Eine Spurensuche in den Abgründen der Moderne*. Weinheim: Beltz Juventa.

Schwarz-Friesel, Monika (2019): *Judenhass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl*. Berlin/Leipzig: Hentrich & Hentrich.

Steinke, Ronen (2020): *Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt*. Berlin: Berlin Verlag.

Das Zivilgesellschaftliche Lagebild Antisemitismus

Diese Broschüre zeichnet ein Lagebild des Antisemitismus in Deutschland und zieht ein Resümee: Welche Ausdruckformen findet der Antisemitismus heute? Welche Ausmaße nimmt er an? Untersucht werden die aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus, die teils eine lange Geschichte haben. Hierzu blicken wir auf unterschiedliche politische Lager, auf Rechte wie Linke, auf Islamist*innen wie „die Mitte“. Ergänzt wird diese Systematisierung um eine allgemeinere Betrachtung der quantitativen wie qualitativen Verbreitung von Antisemitismus offline wie online. Auch die sogenannten Corona-Demos, die ihren Höhepunkt im August 2020 in Berlin hatten, sowie das Verhältnis von Antisemitismus und Antifeminismus finden Beachtung.

Uns ist es wichtig, die analytischen Texte durch Interviews mit Personen zu ergänzen, die sich gegen Antisemitismus einsetzen und/oder von ihm betroffen sind. Von besonderer Bedeutung ist für uns die jüdische Perspektive auf die Lage in Deutschland in Bezug auf Antisemitismus. Deshalb finden sich in diesem Lagebild Gespräche mit Vertreter*innen jüdischer Organisationen, mit dem Gemeindevorsitzenden aus Halle, Max Privorozki, dem Präsidenten des Zentralrats der Juden, Dr. Josef Schuster, und mit einer Nebenklägerin im Prozess gegen den Attentäter von Halle, Naomi Henkel-Gümbel. Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und im Kampf gegen Antisemitismus, zieht im Gespräch ein erstes Zwischenfazit. Ronya Othmann hat mit uns über den Zusammenhang von Islamismus und Antisemitismus gesprochen, und Holger Michel berichtet von seinen Erfahrungen in der Arbeit mit Geflüchteten und welche Rolle darin Antisemitismus spielte. Das Lagebild wird eröffnet mit unseren Kernbeobachtungen und Forderungen aus dem zivilgesellschaftlichen Kampf gegen Antisemitismus.

Kernbeobachtungen

Das zivilgesellschaftliche Lagebild Antisemitismus kommt zu folgenden fünf Kernbeobachtungen:

- 1. Antisemitismus äußert sich in verschiedenen Erscheinungs- und Ausdrucksformen, die allesamt erkannt und bekämpft werden müssen. Er zeigt sich häufiger und offener in seinem Bedrohungs- und Gewaltpotenzial. Der antisemitische Anschlag in Halle sowie bei den sogenannten „Corona-Demos“ verbreitete Verschwörungserzählungen sind Beispiele dafür ebenso wie antisemitische Vorfälle im Internet.**
- 2. Die gesellschaftliche Ächtung von rechtsextremen Einstellungen und auch des Antisemitismus hat stark nachgelassen. Eine verstärkte Akzeptanz und Reproduktion von Antisemitismus, insbesondere in Form von Verschwörungserzählungen, zeigen eine Normalisierung von Antisemitismus in Deutschland an.**
- 3. Antisemitismus gibt es in allen gesellschaftlichen Bereichen und Milieus. Er ist Bindeglied und Kernelement menschen- und demokratiefeindlicher Einstellungen. Für Jüdinnen und Juden ist er eine alltagsprägende Erfahrung.**
- 4. Antisemitismus als Alltagserfahrung führt zu Verunsicherung bei Jüdinnen und Juden. Denn jüdisches Leben ist in Deutschland nur noch mit erhöhtem Sicherheitsaufwand möglich.**
- 5. Diesem Zustand stellt sich eine aktive demokratische Zivilgesellschaft entgegen: mit Gegenrede im Alltag sowie durch zahlreiche Präventions- und Interventionsprojekte. Durch die Ernennung von Antisemitismus-Beauftragten und deren Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen wurde eine Struktur geschaffen, die sich täglich und nachhaltig gegen Antisemitismus einsetzt.**

Zivilgesellschaftliche Forderungen für den Kampf gegen Antisemitismus

Um diese Struktur weiter auszubauen und den Kampf gegen Antisemitismus zu stärken, fordern die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus:

Jüdische Perspektiven sichtbar machen!

2021 feiert jüdisches Leben sein 1.700-jähriges Bestehen in Deutschland: Jüdinnen und Juden sind ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft, weshalb jüdische Perspektiven – gerade mit Blick auf Antisemitismus – gehört werden müssen. Jüdische Perspektiven und jüdisches Leben sichtbar zu machen ist Ausdruck einer praktischen Solidarität mit Jüdinnen und Juden.

Schutz von Betroffenen antisemitischer Gewalt und von jüdischen Einrichtungen verstärken!

Der Anschlag von Halle (Saale) hat gezeigt, wie wichtig der Schutz jüdischer Einrichtungen ist. Es braucht angemessene Maßnahmen, um die konkrete Sicherheit und das Sicherheitsgefühl zu stärken. Das betrifft nicht nur Synagogen und jüdische Einrichtungen (Gemeindezentren etc.), sondern auch Gedenkstätten und als jüdisch wahrgenommene Einrichtungen.

Unterstützung von Betroffenen antisemitischer Gewalt stärken!

Opferberatungsstellen müssen ausreichend und zuverlässig finanziell ausgestattet werden. Werden „Feindeslisten“ bekannt, müssen die Betroffenen informiert werden. Auch potenziell Betroffenen müssen Auskunftssperren im Melderegister ermöglicht werden.

Monitoring-Strukturen ausbauen!

Die bestehenden Strukturen zum Monitoring des Antisemitismus, wie die Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS), müssen weiter ausgebaut werden. Denn Antisemitismus kann nur adäquat bekämpft werden, wenn sein Ausmaß und seine Erscheinungsformen bekannt sind.

Forschung zu Antisemitismus ausbauen!

Die Forschung muss ausgebaut werden, um Erscheinungsformen des Antisemitismus sowie die Bedingungen, unter denen es zu antisemitischen Vorfällen kommt, erkennen zu können. Notwendig ist auch die Erforschung der Formen politischer Instrumentalisierung des Themas in Debatten über Antisemitismus sowie der Voraussetzungen und Möglichkeiten dafür, Engagement gegen Antisemitismus zu entwickeln und zu fördern. Hierbei muss die Perspektive der Betroffenen mit einbezogen werden.

Antisemitismus in aller Deutlichkeit benennen!

Antisemitismus äußert sich in vielfältigen Formen, mal codiert, mal offen. Dabei stellt Antisemitismus keine Unterform des Rassismus dar. Es handelt sich um unterschiedliche Phänomene, die sich in Punkten ähneln oder gegenseitig verstärken. Es ist wichtig, Antisemitismus als solchen zu erkennen und in aller Deutlichkeit zu benennen, um ihn entsprechend bekämpfen zu können.



Chronik antisemitischer Vorfälle

Die Broschüre durchzieht ein Zeitstrahl. Er dokumentiert antisemitische Vorfälle von 2018 bis heute. Der Zeitstrahl verdeutlicht, wie alltäglich und wie weit verbreitet Antisemitismus heute ist. Die Fälle reichen von Friedhofschändungen über Beleidigungen und Angriffe bis hin zu Anschlägen. Auf **Seite 14 und 15** werden ausgewählte Vorfälle, die die gesellschaftspolitische Debatte über die Zunahme des Antisemitismus in Deutschland maßgeblich geprägt haben, noch einmal detaillierter beschrieben und in ihren Kontext gestellt. Die Daten für diesen Zeitstrahl beruhen auf der Chronik antisemitischer Vorfälle sowie dem Zeitstrahl „Ein Jahrzehnt Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland“ der Amadeu Antonio Stiftung und dem Monitoring der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS).

Konsequent gegen rechtsterroristische Gruppierungen vorgehen!

Die journalistischen Enthüllungen von rechtsterroristischen Gruppierungen wie „Nordadler“ und „Nordkreuz“ sind ein Beleg dafür, dass Neonazis, die u. a. Jüdinnen und Juden zur Zielscheibe haben, oftmals ungestört im Untergrund agieren können. Um den Schutz jüdischen Lebens in Deutschland zu gewährleisten, muss konsequent gegen rechtsterroristische Gruppierungen vorgegangen werden, die „Feindeslisten“ anlegen und sich auf den „Tag X“ vorbereiten. Hierzu ist eine umfassende Aufklärung notwendig.

Islamistische Organisationen wie Hamas und Hisbollah in Europa verbieten!

Deutschland und Europa dürfen weder Rückzugsort noch Finanzierungsquelle für terroristische Organisationen sein, die Jüdinnen und Juden sowie den Staat Israel bedrohen. Zudem dürfen islamistische Strukturen keinen direkten oder indirekten Einfluss auf die Inhalte von Schulunterricht, Hochschullehre und -forschung erhalten. Sowohl dschihadistische als auch legalistische Strömungen müssen hierbei konsequent in den Blick genommen werden.

Antisemitismus in der Linken nicht verharmlosen!

Auch in Teilen der gesellschaftlichen Linken und in sich als progressiv verstehenden Milieus gibt es antisemitische Ressentiments, die nicht verharmlost werden dürfen. Nicht selten führen sie zu Bündnissen mit antisemitischen Akteur*innen oder auch zu Gewaltanwendungen gegen Jüdinnen und Juden bzw. gegen antisemitismuskritische Linke.

Schulungen von Gerichten und Polizei zum Umgang mit Antisemitismus ausweiten!

Die Duldung antisemitischer Parolen im Zuge des alljährlichen „Al-Quds-Marschs“ in Berlin führt uns vor Augen,

dass in vielen Fällen eindeutig antisemitische – und teils strafbare – Parolen nicht erkannt bzw. verfolgt werden. Gerichte und Polizei müssen umfassend in die Lage versetzt werden, derartige Äußerungen bereits im Vorfeld von Demonstrationen durch Auflagen verbieten und im Rahmen von Veranstaltungen erkennen und entsprechend intervenieren zu können.

Die Arbeit der demokratischen Zivilgesellschaft gegen Antisemitismus sichern!

Zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen muss die Arbeit demokratischer Initiativen gegen Antisemitismus nachhaltig gefördert werden. Das gilt insbesondere für den ländlichen Raum. So müssen die Demokratieprojekte langfristig finanziell gesichert und mit Blick auf Bedrohungen die Sicherheit der Träger*innen und Mitarbeiter*innen gewährleistet werden.

Medienkompetenzen stärken!

In Zeiten der Covid-19-Pandemie hat der Glaube an teils antisemitische Verschwörungsmythen stark zugenommen. Das belegt die Notwendigkeit einer flächendeckenden Stärkung der Medienkompetenz mit dem Ziel, autoritäre Ideologien und Verschwörungsmythen erkennen und hinterfragen zu lernen. Hier spielt die Schule eine entscheidende Rolle, aber auch ältere Menschen müssen im Umgang mit Fake News gestärkt werden.

Antisemitismus/Hate Speech im Netz bekämpfen!

In den vergangenen Jahren wurden bereits einige Schritte unternommen, um Hassrede im digitalen Raum einzudämmen. Das konsequente „Deplatforming“ hat sich als effiziente Maßnahme erwiesen. Ergänzend muss zivilgesellschaftliche Gegenrede gefordert, geübt und gelebt werden.

04.01.2018, Mettmann (NW)

Der Trainer des ASV Mettmann II verliert seinen Posten nach 35 Tagen, nachdem er mehrere User*innen via Facebook antisemitisch beleidigt hat.

08.01.2018, Magdeburg (ST)

Unbekannte zerstören bereits zum dritten Mal innerhalb eines Jahres das Banner für den Synagogenbau in der Julius-Bremer-Straße.

Beispiele antisemitischer Vorfälle der letzten drei Jahre

In den letzten Jahren hat eine Reihe antisemitischer Vorfälle die gesellschaftliche Debatte über den wachsenden Antisemitismus in Deutschland geprägt. Die Chronik antisemitischer Vorfälle benennt die prägendsten Ereignisse seit 2018. Sie hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit und ist nicht repräsentativ, aber sie illustriert, wie alltäglich und weitreichend der Antisemitismus in der Bundesrepublik ist.

2018 bis heute, Internet

Mord- und Gewaltandrohung vom „NSU 2.0“

Unter verschiedenen Tarnnamen wie „NSU 2.0“ versenden extreme Rechte ab August 2018 anonyme Bombendrohungen und Drohmails an unzählige Institutionen und Personen des öffentlichen Lebens, die sich z. B. gegen Antisemitismus und Rassismus ausgesprochen haben. „NSU 2.0“ spielt auf das rechtsterroristische Netzwerk „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) an, das zwischen 2000 und 2007 mindestens zehn Menschen – neun aus rassistischen Motiven – ermordet hat. Viele Drohschreiben, die verschickt werden, enthalten persönliche Daten, die nicht öffentlich zugänglich sind. In einigen Fällen wird bekannt, dass die Daten aus Computern der hessischen Polizei abgerufen worden sind. Die Drohmails richten sich in vielen Fällen gegen Frauen sowie Jüdinnen und Juden und enthalten antisemitische, rassistische und frauenverachtende Mord- und Gewaltfantasien.

17.04.2018, Berlin

Antisemitischer Gürtelangriff

Ein junger Mann schlägt im Ortsteil Prenzlauer Berg mit einem Gürtel auf einen jungen Mann ein, der mit einer Kippa unterwegs ist. Währenddessen ruft er „Yahudi“, das arabische Wort für „Jude“. Der antisemitische Vorfall wird gefilmt, gerät in die bundesweiten Schlagzeilen und stößt eine gesellschaftliche Debatte über den wachsenden Antisemitismus in Deutschland an. An der Solidaritätskundgebung „Berlin trägt Kippa“ beteiligen sich über 2.500 Menschen.

27.08.2018, Chemnitz (SN)

Überfall auf jüdisches Restaurant

Am Rande einer Demonstration der extremen Rechten und der AfD, die anlässlich eines tödlichen Messerangriffs stattgefunden und an der sich mehr als 8.000 Menschen aus einem breiten Spektrum der politischen extremen und Neuen Rechten beteiligt haben, wird das jüdische Restaurant „SCHALOM“ von einem Dutzend verummter, mit Eisenstangen und Steinen bewaffneter Neonazis überfallen. Nach Angaben des Besitzers, der durch einen Steinwurf an der Schulter verletzt wird, wurde „Judenschwein, verschwinde aus Deutschland!“ gerufen.

18.05.2019, Hemmingen (NI)

Anschlag auf jüdisches Wohnhaus

Unbekannte verüben in der Nacht einen Brandanschlag auf das Wohnhaus eines jüdischen Ehepaars. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft haben sie vor der Haustür ein Feuer gelegt. Zudem ist das Wort „Jude“ mit roter Farbe auf die Gebäudewand sowie auf das Eingangstor des nahegelegenen Schrebergartens des Ehepaars gesprüht worden. Wenige Tage später beteiligen sich mehrere hundert Menschen an einer Demonstration gegen Antisemitismus in Hannover.

06.06.2019, Berlin

Al-Quds-Marsch

Am alljährlich stattfindenden „Al-Quds-Marsch“ in Berlin, der sich explizit gegen den Staat Israel richtet, beteiligen sich ca. 2.000 Menschen. Der Marsch findet im Rahmen des „Al-Quds-Tag“ (deutsch: „Jerusalem-Tag“), der 1979 vom iranischen Revolutionsführer Ruhollah Chomeini ausgerufen worden ist, statt. Die Teilnehmenden der Demonstration, die aus dem gesamten Bundesgebiet anreisen, stammen laut „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ (RIAS) aus islamistischen, links-antiimperialistischen, neonazistischen und verschwörungsideologischen Milieus. Entsprechend werden antisemitische Parolen gerufen, einige beziehen sich auf die terroristische, inzwischen in Deutschland verbotene „Hisbollah“. 2020 ist der „Al-Quds-Marsch“ aufgrund der Covid-19-Pandemie entfallen.

09.07.2020, München (BY)

Rabbiner verfolgt und beleidigt

Der Rabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Shmuel Aharon Brodman, wird von vier jungen Männern verfolgt, nachdem er mit einer Kippa bekleidet aus einer Straßenbahn ausgestiegen war. Die Männer haben, so Brodman, untereinander Arabisch gesprochen und sich wiederholt abfällig über den Staat Israel geäußert. Eine Fahndung verlief ohne Erfolg. Die Polizei ermittelte wegen Beleidigung.

Mitte 2020, Deutschland

Antisemitische Verschwörungsmychen in der Covid-19-Pandemie

Während der globalen Covid-19-Pandemie nimmt der Glaube an teilweise stark antisemitische Verschwörungsmychen erheblich zu. Das zeigt sich in Deutschland sowohl im Netz als auch auf der Straße („Hygiene-/Coronademos“): Viele Menschen sind überzeugt, eine geheime und reiche Elite – oft werden die beiden Milliardäre Bill Gates und George Soros genannt – habe das Corona-Virus erfunden, um die Menschheit zu chippen und vollständig kontrollieren zu können. Weil die Menschen sich in einer „Corona-Diktatur“ wähnen, die der nationalsozialistischen Diktatur gleiche, tragen einige einen „Judenstern“ mit der Inschrift „Nicht Geimpft“ bzw. „Ungeimpft“.

Antisemitismus im digitalen Raum

Jonas Stapper *Belltower.News*

Das Internet ist für viele Menschen das wichtigste Medium zur Informationsbeschaffung und Meinungsbildung. Die Demokratisierung des gesellschaftspolitischen Diskurses, die sich im digitalen Raum vollzieht, geht oftmals mit einer fehlenden Qualitätssicherung einher. Die Niedrigschwelligkeit bedeutet vielfach den Bruch von Umgangsnormen. Denn Sanktionen, die nach Verstößen gegen die Nutzungsbedingungen nur in wenigen Fällen durchgesetzt werden, haben die Verbreitung von Hassrede zur Folge.

Monika Schwarz-Friesel kommt in einer linguistischen Korpusanalyse zwischen 2007 und 2018 zu erschreckenden Ergebnissen (vgl. Schwarz-Friesel 2019): Antisemitismus hat in den Kommentarspalten der Sozialen Medien deutlich zugenommen. Das gilt sowohl für die quantitative Anzahl der Kommentare als auch für den Grad der Radikalisierung. Sie stellt fest, dass sich die Zahl der antisemitischen Beiträge im Zehn-Jahres-Vergleich teilweise verdreifacht hat.

Die permanente Präsenz von Antisemitismus wird durch die Funktionsweisen des Internets und der Sozialen Medien tendenziell verstärkt. Die gefühlte Grauzone zwischen öffentlicher und privater Sphäre führt zur expliziteren Äußerung antisemitischer Botschaften. Durch die gegenseitige Bestätigung und Vernetzung schreitet die Allianzenbildung und Radikalisierung voran. Das – weit verbreitete – Missverständnis, das Online-Geschehen sei ein Spiegelbild der öffentlichen Debatte, misst marginalen Positionen allzu häufig eine verhältnismäßig zu große Bedeutung bei. Daher ist das Internet nicht nur das wichtigste Vehikel, sondern auch ein Katalysator zur Verbreitung von Antisemitismus.

Die 2020 veröffentlichte Broschüre „Alternative Wirklichkeiten. Monitoring rechts-alternativer Medienstrategien“ der Amadeu Antonio Stiftung untersucht die Rolle verschiedener Plattformen und Kanäle für rechts-alternative Kommunikationsstränge.

Wie in der physischen kommt Antisemitismus in der digitalen Welt von vielen Seiten: So verbreiten Rechtsextreme und Islamist*innen unverblümt Hass gegen Jüdinnen und Juden. Ressentiments gegen Jüdinnen und Juden finden sich aber ebenso, in der Regel indirekter, in Teilen der Linken und der „Mitte“ der Gesellschaft, die für Israelfeindschaft und Verschwörungsgedanken



Die Amadeu Antonio Stiftung veröffentlichte 2020 die Broschüre „Alternative Wirklichkeiten. Monitoring rechts-alternativer Medienstrategien“. Sie ist kostenlos abrufbar unter:

☞ amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/alternative-wirklichkeiten

09.01.2018, Wittenberge (BB)

Ein Mann schlägt mittags mit einer Axt auf mehrere Grabsteine eines jüdischen Friedhofs ein und beschädigt sie teilweise stark.

20.01.2018, Berlin

In der U-Bahn rufen zwei Männer lautstark „Israel muss brennen!“ Währenddessen schlagen sie gegen die Scheiben und Wände der Bahn.

empfänglich sind. Insgesamt ist die antisemitische Semantik und Themensetzung dabei erstaunlich ähnlich. Eine stark verbreitete Variante ist der israelbezogene Antisemitismus. In dieser werden antisemitische Stereotype auf den Staat Israel oder dessen (vermeintliche) Vertreter*innen projiziert. Eine ebenso wichtige Rolle spielt der sekundäre Antisemitismus. Er umfasst neben der Leugnung und Relativierung der Shoah die Täter-Opfer-Umkehr sowie die Haltung, Jüdinnen und Juden seien selbst am Antisemitismus schuld bzw. würden die „Opferrolle“ bewusst ausnutzen. Gerade der israelbezogene und der sekundäre Antisemitismus sind integrale Bestandteile der aktuellen Debatten um Antisemitismus und insbesondere in bürgerlichen Kreisen vertreten. Um vermeintlich politisch korrekt zu bleiben, werden antisemitische Phänomene als legitime Kritik und Kunst- bzw. Meinungsfreiheit relativiert und jeglicher Widerspruch vehement abgewehrt. Das führt bis zur Imagination des Antisemitismusvorwurfs als „Waffe“ von Jüdinnen und Juden zur Durchsetzung ihrer vermeintlichen Interessen.

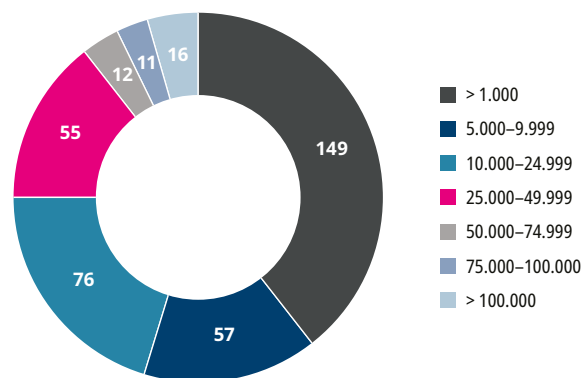
Der Großteil antisemitischer Netzaktivitäten tendiert zum Verschwörungsideologischen. Das liegt gewissermaßen in der Natur der Sache, denn schließlich basieren sämtliche Formen des Antisemitismus auf klassischem Judenhas. Damals wie heute werden Jüdinnen und Juden als anders und fremd, böse und zersetzend, Ausbeuter und (Kinder-)Mörder, (Land-)Räuber und Zerstörer beschrieben. Auch konkrete antisemitische Bilder werden an vielen Stellen weitertradiert: So wird der mittelalterliche Vorwurf der Brunnenvergiftung auf Israel übertragen, und die Praxis eines Blutkults ist Teil von Verschwörungsmythen.

Als Plattformen dafür werden insbesondere Soziale Medien wie Facebook, Instagram und Twitter sowie deren Kommentarfunktionen genutzt, aber auch sogenannte „Dark Socials“ wie Imageboards und verschlüsselte Messenger-Apps. Mit Andeutungen und Suggestivfragen, Hashtags und Memes sowie „Beweisen“ in Form von –passend geframten oder schlicht gefälschten– Fotos, Videos und Argumentationsketten

werden Ressentiments gegen Jüdinnen und Juden verbreitet. Das geschieht nicht nur in den „Alternativmedien“ – sondern auch in den Kommentarspalten der „Mainstreammedien“.

Größenaufteilung der ausgewerteten YouTube-Kanäle über 1.000 Abonnent*innen

(Gesamt: 392, 16 o.A.)



Quelle: „Alternative Wirklichkeiten. Monitoring rechts-alternativer Medienstrategien“ (2020), S. 12.

Kaum zu überschätzen ist YouTube, wo massenhaft Verschwörungsvideos ihre Verbreitung finden. Durch den Empfehlungsalgorithmus entwickelt sich ein regelrechter Sog: Wird ein Video angeklickt, werden ähnliche Videos vorgeschlagen, sodass immer mehr und immer extremere Verschwörungsvideos erscheinen. Radikale und rechtsextreme Antisemit*innen bewegen sich – meist weitgehend unter sich – in Foren von Imageboards wie 8Chan. In diesen Foren geschieht prinzipiell dasselbe wie in den weniger geschlossenen Orten des Internets. Allerdings sind sie anonym, und es gibt keinerlei Moderation, weshalb sie erheblich „freier“ sind, d.h. die Inhalte sind expliziter und extremer. Die Dichte an offenen Gewalt- und Vernichtungsfantasien ist hier um einiges höher. Eine ähnliche Entwicklung ist in den Kanälen verschlüsselter Messenger-Apps, wie z.B. Telegram, zu beobachten.

21.01.2018, Saarbrücken (SL)

Auf der Gedenktafel für die Erste Synagoge der Stadt wird der eingravierte Davidstern durchgestrichen und das Wort „Satan“ darübergeschrieben.

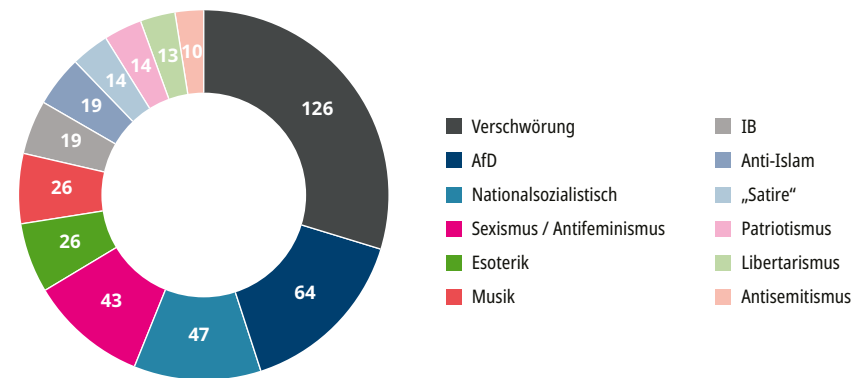
24.01.2018, Berlin

Ein Mann ruft aus einem Auto heraus in die Richtung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas: „Ich vergase euch! Scheiß Juden!“

Insbesondere Krisen verstärken das antisemitische Verschwörungsdenken in der Gesellschaft. Die Covid-19-Pandemie ist ein typisches Beispiel: Im Netz kursierten innerhalb kürzester Zeit verschiedene Mythen über die „wahren“ Hintergründe des Corona-Virus. In altbekannter Manier wird in unzähligen Videos erklärt, dass einflussreiche Player wie die Pharmaindustrie hinter der Pandemie stecken, um ihren Umsatz zu erhöhen. Außerdem wird behauptet, die Bundesregierung wolle durch eine inszenierte Pandemie eine Diktatur errichten. Gelegentlich werden konkrete Einzelpersonen und Institutionen benannt und antisemitisch markiert. So wird Bill Gates zum vermeintlich mächtigen Strippenzieher, der mit seinen Plänen zur globalen Impfung der Menschheit alle Kontrolle an sich reißen möchte.

Größenaufteilung der Themen der ausgewerteten YouTube-Kanäle

(Kanäle können mehrere Themen bedienen)



Quelle: „Alternative Wirklichkeiten. Monitoring rechts-alternativer Medienstrategien“ (2020), S. 13.

Die Markierungen haben für die Betroffenen ganz konkrete Auswirkungen wie Shitstorms mit Gewalt- und Morddrohungen und der Veröffentlichung privater Daten. Dieses „Doxing“ wird oft durch rechtsextreme Akteur*innen ausgelöst und koordiniert. Der Online-Antisemitismus birgt ein enormes Gefahrenpotenzial, das weit in die Offline-Welt hineinreicht. Zwar wird die sektenähnliche Verschwörungsideologie „QAnon“ vor allem über das Internet verbreitet, aber sie kostete in den USA bereits Menschen das Leben. Auch der Halle-Attentäter radikalisierte sich fast ausschließlich im Netz. Die Bekämpfung des „Großen Austauschs“ – ein breit rezipierter Verschwörungsmythos, der besagt, die europäische Bevölkerung würde durch Muslim*innen ersetzt – war sein Hauptmotiv: Hinter dem Plan steckten seiner Ansicht nach „die Juden“.

27.01.2018, Arnstadt (TH)

Auf dem Alten Friedhof werden mehrere Gebinde und Kränze zerstört, die zuvor in Gedenken an die Opfer der Shoah niedergelegt worden sind.

29.01.2018, Querfurt (ST)

Ein Stolperstein, der an die Opfer der Shoah erinnert, wird entwendet.

Antisemitismus im Internet muss als Gefahr für all diejenigen, die zur Zielscheibe des Hasses werden, ernstgenommen werden. Für die Entwicklung von Handlungsoptionen bedarf es zuallererst einer allgemeinen Sensibilisierung für die Ausprägungen von Antisemitismus. Auf der staatlichen Ebene muss die Gesetzeslage an die Online-Verhältnisse angepasst werden. Hierfür war das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ein erster Schritt. Die Behörden werden, z. B. durch die Einrichtung von „Internetwachen“, angemessen aufgestellt, sodass im Internet eine konsequente Strafverfolgung stattfinden kann. In der Praxis zeigt sich allerdings, dass mit Blick auf die modernen Formen des Rechtsextremismus und des Antisemitismus eine vertiefte Ausbildung nötig ist. Zudem müssen die Sozialen Netzwerke ihre Nutzungsregeln verstärkt durchsetzen. Dass ein konsequentes Handeln wirkt, zeigt sich am „Deplatforming“ – der Löschung von Accounts, die Hass und Hetze verbreiten. So hat Twitter im Juli 2020 die Konten der „Identitären Bewegung“ gelöscht, darunter auch den des österreichischen Identitären Martin Sellner. Nachdem sogar sein YouTube-Kanal entfernt wurde, gab er an, nur noch zehn Prozent der vorherigen Reichweite zu besitzen.

Da ein solch konsequentes Handeln den Antisemitismus im Netz massiv einschränken, aber nicht vollständig verhindern kann, darf auch die Prävention nicht vernachlässigt werden. Dafür muss die Medienkompetenz insbesondere junger Menschen gestärkt werden. Des Weiteren braucht es eine demokratische Zivilgesellschaft im digitalen Raum, die Antisemitismus und Verschwörungsideologien entgegentritt und die Betroffenen von Hassrede solidarisch schützt.

Ein eindrückliches Beispiel für zivilgesellschaftliche Online-Aktivitäten ist das – ursprünglich antisemitisch intendierte – Hashtag #JewishPrivilege. Er wurde Mitte 2020 kurzerhand von Jüdinnen und Juden übernommen, indem sie darunter über persönliche Erfahrungen in ihrem Alltag berichteten. Auf diese Weise konnten sie nicht-jüdischen Personen die reale Bedrohung durch Antisemitismus vor Augen führen.

Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (2020): *Alternative Wirklichkeiten. Monitoring rechts-alternativer Medienstrategien*. Berlin.

Lamberty, Pia/Nocun, Katharina (2020): *Fake Facts. Wie Verschwörungstheorien unser Denken bestimmen*. Köln: Bastei Lübbe.

Schwarz, Karolin (2020): *Hasskrieger. Der neue globale Rechtsextremismus*. Freiburg im Breisgau: Herder Verlag.

Schwarz-Friesel, Monika (2019): *Judenhass im Internet. Antisemitismus als kulturelle Konstante und kollektives Gefühl*. Berlin/Leipzig: Hentrich & Hentrich.

02.02.2018, Mörfelden-Walldorf (HE)

Unbekannte werfen Scheiben des „Margit-Horváth-Zentrums“ ein, das an die Frauen im KZ-Außenlager Walldorf erinnert.

13.02.2018, Potsdam (BB)

Ein Lehrer des Schiller-Gymnasiums verbreitet via Twitter teilweise antisemitische Verschwörungsmythen.

„Kein Mensch auf dieser Erde wird als Antisemit*in geboren.“

Gespräch mit Dr. Josef Schuster
Zentralrat der Juden in Deutschland



Dr. Josef Schuster
© Zentralrat der Juden

Die Covid-19-Pandemie befeuerte antisemitische Ressentiments und Verschwörungsideologien. Eine Zäsur mit Blick auf antisemitischen Terror war zuvor bereits der Anschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle (Saale). Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, beschreibt im Gespräch die Situation aus Sicht der Community und wie wichtig die Solidarität von Politik und Zivilgesellschaft mit den jüdischen Gemeinden ist.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus Die Corona-Proteste wurden im Laufe dieses Jahres immer größer. Der vorläufige Höhepunkt war eine Massenmobilisierung nach Berlin, wo Ende August mehr als 30.000 Menschen gegen die Corona-Maßnahmen auf die Straße gingen. Mit dabei waren Rechtsextreme aller Couleur, auch antisemitische Symbole und Parolen waren zu sehen. Wie nehmen Sie die Stimmung innerhalb der jüdischen Gemeinden angesichts dessen wahr?

Dr. Josef Schuster Wir beobachten die Anti-Corona-Proteste mit Sorge. Für unsere Gemeindemitglieder ist es unerträglich, dass antisemitische Symbole und Parolen auf diesen Kundgebungen gezeigt werden. Demonstranten missbrauchen beispielsweise den gelben Stern, mit dem Juden in der NS-Zeit stigmatisiert wurden, für ihren Protest gegen Impfungen. Damit relativieren sie die Shoah und entwürdigen die Opfer. Auch die Unterwanderung der Proteste durch Rechtsextreme und das Schwenken der Reichsflagge auf den Stufen des Deutschen Bundestags erfüllen uns mit Sorge. Jeder, der an einer sogenannten „Hygiene-Demo“ teilnimmt, muss sich bewusst sein, mit wem er sich gemein macht. Die Anti-Corona-Proteste haben aber keinen unmittelbaren Einfluss auf die Sicherheit der jüdischen Gemeinden und das allgemeine Sicherheitsempfinden der Gemeindemitglieder.

17.02.2018, Dresden (SN)

Eine Frau leugnet im Rahmen einer Kundgebung anlässlich des Jahrestags der Bombardierung Dresdens mehrfach in ihrer Rede die Shoah.

26.02.2018, München (BY)

Zwei Männer zeichnen ein ca. 5 x 5 Meter großes Hakenkreuz am Sankt-Jakobs-Platz in den Schnee, an dem sich das jüdische Zentrum befindet.

Wird aus Ihrer Sicht ausreichend von staatlicher Seite unternommen, um die Sicherheit jüdischen Lebens zu gewährleisten?

Der Bundesinnenminister hat unmittelbar nach dem Halle-Anschlag eine Sitzung der Innenminister der Länder einberufen. In diesem Rahmen wurden die Sicherheitsmaßnahmen für jüdische Einrichtungen erörtert. Die akut umzusetzenden Maßnahmen, insbesondere im personellen Bereich, sind rasch angepasst worden. Zudem wurden die materiellen Sicherheitsmaßnahmen überprüft und in den meisten Bundesländern zeitnah angepasst. Insgesamt haben wir den Eindruck, dass einiges geschieht. Aber es gibt Regionen, in denen ich mir ein schnelleres und umfassenderes Handeln gewünscht hätte. Jedoch müssen wir uns stets im Klaren sein, dass es einen absoluten Schutz vor Terroranschlägen nicht geben kann. Das gilt nicht nur für Anschläge gegen Juden und jüdische Einrichtungen.

Was muss aus Ihrer Sicht getan werden, damit Jüdinnen und Juden sich in Deutschland sicher fühlen können? Wie kann die Solidarität von zivilgesellschaftlicher Seite aussehen?

Das entscheidende Wort lautet „Zivilcourage“. Das bedeutet im Klartext: Wenn am Arbeitsplatz, in der Familie, am Stammtisch, im Bekannten- und Freundeskreis eine Aussage fällt, die antisemitisch ist, muss eingeschritten und die rote Karte gezeigt werden. Das gilt gleichfalls für Angriffe in der Öffentlichkeit. Sie sollten geächtet, es sollte eingegriffen werden; natürlich, ohne sich selbst in Gefahr zu begeben. Das wären wichtige Schritte in die richtige Richtung.

In den vergangenen Monaten ist teils heftige Kritik an Amt und Funktion des Beauftragten der Bundesregierung laut geworden. Das spitzte sich in der Debatte um Achille Mbembe zu. Wie bewerten Sie das?

Dass auf Bundesebene ein Beauftragter gegen Antisemitismus eingesetzt wird, war voll im Sinne des Zentralrats. Die Haltung, die der Beauftragte der Bundesregierung, Dr. Felix Klein, zu BDS und Mbembe eingenommen hat, unterstützen wir ausdrücklich. Er macht eine sehr gute Arbeit. Sich gegen BDS auszusprechen, bedeutet nicht, dass man keine Kritik an der Regierung Israels zulassen möchte. Doch die BDS-Kampagne geht weit über eine legitime Kritik an der israelischen Regierungspolitik hinaus.

08.03.2018, Berlin

Drei Sicherheitsmitarbeiter der Tourismusmesse bedrängen den Stand der israelischen Tourismusbehörde und rufen „Free Palestine!“

10.03.2018, Hannover (NI)

An die Tür einer Zahnarztpraxis wird eine rote Rose mit einem Davidstern und dem Wort „Jude“ gemalt.

Wie erklären Sie sich, dass man „die Juden“ für den Ausbruch der Covid-19-Pandemie verantwortlich macht?

Dass Jüdinnen und Juden für den Ausbruch einer Krankheit verantwortlich gemacht werden, ist keineswegs neu. Man denke an die Pest im Mittelalter. Wem wurde die Schuld gegeben? Jüdinnen und Juden wurde vorgeworfen, sie hätten das Brunnenwasser vergiftet. Wenn etwas geschieht, das man nicht erklären kann – bis heute wissen wir nicht, woher das Virus stammt, das die Covid-19-Pandemie ausgelöst hat – und das eine einschneidende Wirkung hat, werden Schuldige gesucht. Das trifft meist gesellschaftliche Minderheiten wie Jüdinnen und Juden. Sie sind seit Jahrhunderten eine Minderheit, und in der Vergangenheit zeigten auch die Kirchen immer wieder auf sie.

Ja, auf diese Parallelen zwischen Pest und Covid-19-Pandemie wird bisher kaum hingewiesen ...

... zum Glück sind wir nicht soweit, dass wie zu Zeiten der Pest die Synagogen niedergebrannt werden.

Der Halle-Attentäter ist ohne Zweifel ein Rechtsterrorist mit starkem Hass auf den Islam und das Judentum. Er hat sich angeblich im Netz radikalisiert. Was läuft falsch, dass derartige Radikalisierungsprozesse möglich sind?

Ich teile die These vom Einzeltäter, der sich vollkommen isoliert radikalisiert haben soll, nicht. Da muss ich an seine Mutter denken, die sagte, ihr Sohn habe nichts gegen „die Juden“, er habe lediglich etwas gegen die Reichen, die das Geld und die Macht haben. Das zeigt doch, dass die antisemitischen Stereotype nicht aus dem Nichts kommen. Wenn sie derartige Aussagen gegenüber Spiegel TV bringt, hat sie diese vielleicht auch zu Hause gemacht. Die Worte lassen vermuten, dass er in einem Umfeld mit antijüdischen Haltungen aufgewachsen ist. Das Internet kam hinzu und trug zur Radikalisierung bei.

Es ist erschreckend, wie „normal“ diese Haltungen für die Mutter sind. Sie sieht keinerlei Antisemitismus, obwohl die Aussagen eindeutig antisemitisch sind.

In ihren Augen ist die vermeintliche jüdische Dominanz ein Fakt. Wenn ich bloß an die Tatsache denke, dass die meisten Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) aus osteuropäischen Ländern stammen und keineswegs reich sind, zeigt das, wie wenig sich die Mutter und ihr Sohn mit der Thematik auseinandergesetzt haben.

Wie ordnen Sie das Halle-Attentat ein?

Ich hätte mir vor wenigen Jahren ein solches Attentat in keiner Weise vorstellen können. Leider weiß ich inzwischen mehr. Man kann eine klare Linie von der Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten über den Anschlag in Halle zum Anschlag von Hanau ziehen. Das ist eine Linie, die zeigt, dass das rechtsextreme Milieu keinerlei Wert auf Menschenleben legt.

Die „Mitte-Studie“ dokumentiert seit Jahren ein erhebliches Ausmaß des Antisemitismus in der „Mitte“ der Gesellschaft. Es gibt einen latenten Antisemitismus, der oftmals in simplen Stereotypen zur Schau gestellt wird. Zugleich sehen andere Studien Antisemitismus im Rechtsextremismus besonders stark vertreten. Wo verorten Sie das Problem?

Antisemitismus ist mehr als ein Randphänomen. Er findet sich quer durch die Gesellschaft, wird aber nicht tagtäglich für die Gesamtbevölkerung augenscheinlich. Der Antisemitismus trifft vorrangig Jüdinnen und Juden. Durch die Arbeit des Zentralrats und mein Amt als Präsident werde ich quasi täglich mit Judenhass konfrontiert, auch wenn ich ihm persönlich, in meinem eigenen Umfeld, kaum begegne.

15.03.2018, Wurzen (SN)

An ein Fenster wird ein Aufkleber mit der Aufschrift „ACAJ – All Chemikers are Jews“ geklebt. Der Sticker richtet sich gegen Fans von BSG Chemie Leipzig.

15.03.2018, Traunstein (BY)

Unbekannte beschmier den Gedenkstein für die jüdische Familie Holzer mit roter Farbe.

Der „Mitte-Studie“ zufolge gibt es antisemitische Stereotype in allen Bildungsschichten der Gesellschaft. Ist Antisemitismus also unabhängig vom Bildungsgrad?

Wir müssen uns zunächst im Klaren sein, dass kein Mensch auf dieser Erde als Antisemit*in geboren wird. Es muss in der Entwicklung eines Menschen einen bestimmten Punkt geben, der ihn veranlasst, Vorurteile gegenüber Jüdinnen und Juden zu verinnerlichen und weiterzutragen. Natürlich ist die Bildungs- und Präventionsarbeit gegen Antisemitismus im Kindes- und Jugendalter von enormer Bedeutung. Antisemitismus finden wir sowohl in bildungsnahen als auch in bildungsfernen Schichten.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland erhält unzählige Zuschriften pro Jahr, die teils codiert, teils uncodiert, teils unbewusst, teils bewusst antisemitische Stereotype enthalten. Können Sie etwas über den Hintergrund der Absender*innen sagen?

Alle strafrechtlich relevanten Zuschriften, die wir bekommen, ob anonym oder mit Klarnamen, werden an die Polizei weitergeleitet. In letzter Zeit nehmen wir eine Zunahme an Briefen und Mails wahr, deren Verfasser ihren richtigen, vollen Namen angeben. Die Justiz prüft, was noch von der Meinungsfreiheit gedeckt und was strafrechtlich relevant ist. Die Menschen, die diese Briefe und Mails verschicken, kommen – soweit wir das beurteilen können – aus unterschiedlichen Schichten der Gesellschaft, wobei viele Zuschriften im Stil stark auf Rechtsextremisten und auf AfD-Wähler schließen lassen.

Das Gespräch wurde im September 2020 geführt.

15.03.2018, Berlin

In der U-Bahn singen mehrere Fans des BFC Dynamo ein antisemitisches Lied: „Eine U-Bahn bauen wir von Lichtenberg nach Auschwitz“.

27.03.2018, München (BY)

Ein Mann leugnet gegenüber einem Bekannten die Shoah. Es kommt zum Streit, in dessen Verlauf der Mann ihn mit einem Messer bedroht.

Können Sie uns ein paar Beispiele für das geben, was Sie tagtäglich erreicht?

Das sind im Wesentlichen die klassischen Stereotype wie „Die Juden sind reich“, „Die Juden haben viel zu viel Einfluss“ und „Die Juden regieren die Welt“. Meiner Wahrnehmung zufolge sind das die Kernbotschaften, die uns immer und immer wieder geschrieben werden. Durch die Covid-19-Pandemie kommt der Mythos hinzu, dass „die Juden“ an der Entstehung des Corona-Virus beteiligt waren, um ihren Machteinfluss zu stärken. In vielen Erzählungen spielt auch der israelbezogene Antisemitismus mit. Sie sagen „Israel“, aber meinen „die Juden“.

Gab es im Zuge von Corona mehr solcher Post?

Die Zuschriften haben leicht zugenommen. Aber ich frage mich, ob sie aufgrund der Pandemie zugenommen haben – oder aufgrund der Tatsache, dass mehr Menschen zu Hause sind, viel Zeit haben und auf die Idee kommen, Briefe und Mails zu schreiben. Das kann ich nicht einschätzen.

Zum Schluss: Was wünschen Sie sich von Aktionswochen gegen Antisemitismus?

Ich hoffe, dass sie im kommenden Jahr noch mehr Aufmerksamkeit bekommen! Das wird sicherlich möglich sein, wenn wir die 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland begehen werden.

Literatur

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.) (2019): *Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Verlag J. H.W. Dietz Nachf. Mehr unter: fes.de/forum-berlin/gegen-rechtsextremismus/mitte-studie.

Antisemitische Gewalt in Deutschland heute

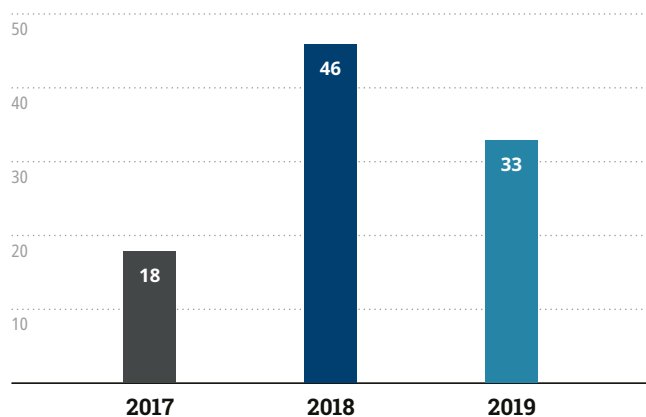
Ergebnisse aus dem zivilgesellschaftlichen Monitoring von RIAS

Daniel Poensgen und Benjamin Steinitz

Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus sowie Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin

Wenig beachtet von der überregionalen Öffentlichkeit ereignete sich am Freitag, den 4. Oktober 2019, ein besorgniserregender Angriffsversuch vor der Neuen Synagoge in Berlin. Ein bewaffneter Mann kletterte über die Absperrung vor der Synagoge und ging auf die dort postierten Mitarbeiter*innen des Objektschutzes zu. In seiner Hand trug er ein Messer, laut Aussage der Berliner Generalstaatsanwaltschaft gegenüber RIAS Berlin rief er mehrere Dinge auf Arabisch. Die Objektschützer*innen konnten lediglich „Allahu akbar“ und „Israel“ verstehen. Sie zogen ihre Dienstwaffen und forderten den Mann auf stehenzubleiben. Dem leistete der Mann sofort Folge, er blieb stehen und war längere Zeit nicht ansprechbar. Hinzugerufene Polizist*innen konnten ihn überwältigen, er wurde zunächst festgenommen. Bereits am Tag nach der Festnahme jedoch wurde der Mann wieder freigelassen, da über ihn keine Erkenntnisse vorlagen und auch eine Hausdurchsuchung zu nichts führte.

Von RIAS Berlin erfasste antisemitische Angriffe nach Jahren



Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), Jahresbericht 2019, S. 22.

Dass wenige Tage vor Jom Kippur, dem höchsten jüdischen Feiertag, ein Mann auf freiem Fuß war, der versucht hatte, mit einem Messer in eine Synagoge einzudringen, versetzte Jüdinnen und Juden in der Stadt in Sorge. Als ein „Jom Kippur in Angst“ beschrieb damals beispielsweise Philipp Peyman Engel in der Jüdischen Allgemeinen seine Gefühle vor dem Feiertag.¹ Erst nach vier Tagen, am Dienstagnachmittag, gab die Berliner Generalstaatsanwaltschaft bekannt, dass sich der Mann freiwillig in die Psychiatrie begeben habe und diese, so wurde RIAS Berlin versichert, nicht ohne weiteres verlassen könne. Das Projekt informierte über seine Facebook-Seite umgehend die Öffentlichkeit darüber, dass von diesem Täter keine akute Gefahr mehr ausgehe.²

31.03.2018, Leipzig (SN)

Unbekannte schmieren eine Vielzahl antisemitischer Symbole. So wird der Davidstern in einer Israel-Fahne in ein Hakenkreuz umgewandelt.

05.04.2018, Chemnitz (SN)

Auf dem Gelände eines Kindergartens, in dem die jüdische Kindergruppe „Schalom“ beherbergt ist, brennt ein Gartenhaus nieder.

Der Vorfall wurde überregional auch deshalb so wenig beachtet, weil sich das, was noch am Dienstag Jüdinnen und Juden in Berlin große Sorgen bereitet hatte, ganz ähnlich am folgenden Tag in Halle ereignete: Ein rechts-extremer Attentäter versuchte sich Zutritt zur Synagoge zu verschaffen, in der sich zu diesem Zeitpunkt über fünfzig Betende aufhielten. Er hatte das Ziel, so viele Jüdinnen und Juden wie möglich zu ermorden. Sein Plan misslang, er ermordete stattdessen Jana S. und Kevin B., den er als Besucher eines Imbisses mit türkischen Spezialitäten für nicht-deutsch hielt. Zahlreiche weitere Menschen versuchte er im Folgenden insbesondere aus rassistischen Motiven zu ermorden, bis er verhaftet werden konnte.

Der rechtsextreme Terroranschlag an Jom Kippur in Halle zeigt, dass Antisemitismus in Deutschland gegenwärtig längst nicht nur Gegenstand von feuilletonistischen Debatten, beispielsweise um den Unterschied zwischen Kritik an israelischer Politik und antisemitischem Ressentiment ist, sondern auch manifeste Gewalt gegen Jüdinnen und Juden legitimiert. Nachdem 2014 in Berlin erstmals die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus als Projekt des Vereins für demokratische Kultur e.V. ihre Arbeit aufgenommen hatte, gründete sich 2018 der Bundesverband RIAS, unter dessen Dach mehrere unabhängige Meldestellen in Form einer Bundesarbeitsgemeinschaft kooperieren.³ Diese erfassen unter einheitlichen Standards antisemitische Vorfälle aus Betroffenenperspektive.⁴

Im Folgenden soll auf Basis dieser Arbeit ein kleiner Einblick in Formen antisemitischer Gewalt heute gegeben werden. Denn weder handelt es sich, anders als die deutsche Mehrheitsgesellschaft zu glauben scheint, beim Antisemitismus ausschließlich um ein Problem aus der Vergangenheit noch treffen Jüdinnen und Juden beim Schildern ihrer zahlreichen Erfahrungen auf Anteilnahme oder eine interessierte Öffentlichkeit. Häufig wird Betroffenen vielmehr nicht geglaubt, das antisemitische Motiv bei Vorfällen oder Straftaten klein- oder weggeredet, kurz: sie werden allein gelassen. Dabei ist für sie – das haben zahlreiche Interviews mit Vertreter*innen jüdischer Gemeinden und Institutionen im Rahmen des Projekts RIAS Bundesweite Koordination (RIAS BK) gezeigt – Antisemitismus eine „alltagsprägende Erfahrung“.⁵

Im Zeitraum von 17. März bis 17. Juni 2020 wurden dem Bundesverband RIAS und den zivilgesellschaftlichen Meldestellen aus Bayern, Berlin Brandenburg und Schleswig-Holstein 123 Kundgebungen und Demonstrationen mit Bezug zur Covid-19-Pandemie bekannt, bei denen es zu antisemitischen Äußerungen kam. RIAS erfasst diese als Fälle „verletzenden Verhaltens“. In 91 Fällen wurden hierbei Stereotype des Post-Shoah-Antisemitismus, also antisemitische Bezugnahmen auf den Nationalsozialismus und die Shoah, in 28 Fällen Stereotype des modernen Antisemitismus, also beispielsweise antisemitische Verschwörungsmysmen, verwendet. Israelbezogener Antisemitismus (in drei Vorfällen) und Antijudaismus (in einem) spielten bei diesem Demonstrationsgeschehen hingegen fast keine Rolle. Aufgrund der großen Zahl der Versammlungen, ihrer regionalen Verteilung insbesondere auch im ländlichen Raum und der nicht durchgängig vorhandenen Monitoring-Ressourcen ist jedoch von einer erheblichen Dunkelziffer auszugehen.⁶

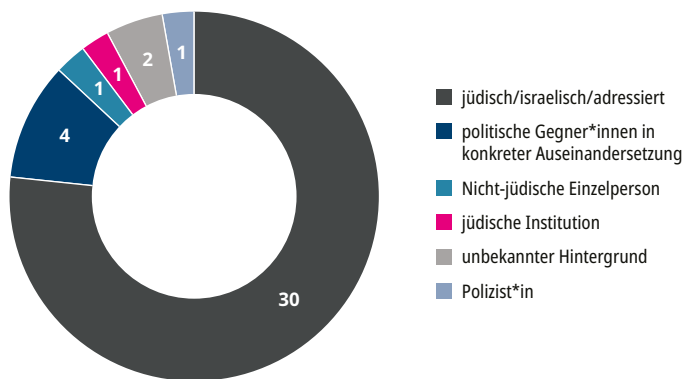
14.04.2018, Dortmund (NW)

Im Rahmen einer Demonstration der Neonazi-Partei „Die Rechte“ wird die Parole „Wer Deutschland liebt, ist Antisemit!“ angestimmt.

17.04.2018, Berlin

Weil er eine Kippa trägt, wird ein junger Israeli mit einem Gürtel angegriffen. Der Täter bezeichnet ihn wiederholt als „Yahudi“ (arabisch: „Jude“).

Betroffene von durch RIAS Berlin erfassten antisemitischen Angriffen 2019 nach Gruppen



Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), Jahresbericht 2019, S.29.

Extreme Gewalt

RIAS unterscheidet unterschiedliche Arten antisemitischer Vorfälle, darunter antisemitische extreme Gewalt und antisemitische Angriffe. Als extreme Gewalt gelten physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Als Angriffe werden Vorfälle betrachtet, bei denen Personen körperlich attackiert werden oder dies versucht wird, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht.

Seit das Projekt RIAS Bundesweite Koordination 2017 zunächst beim Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. und ab 2019 beim Bundesverband RIAS e.V. damit begonnen hat, auch antisemitische Vorfälle außerhalb Berlins zu erfassen, wurden von ihm und anderen Meldestellen fünf Vorfälle antisemitischer extremer Gewalt dokumentiert. Diese ereigneten sich zwischen Juli 2018 und Oktober 2019. Ein Vorfall konnte nach RIAS-Kriterien eindeutig einem Täter aus dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden – der Terroranschlag von Halle. Bei allen anderen Vorfällen ist der politische Hintergrund unbekannt. Aus Gründen des Vertrauensschutzes berichtet RIAS Bayern über einen Vorfall nicht im Detail, der Anschlag von Halle wurde bereits kurz geschildert.

Im Fall eines Raubmords in Baden-Württemberg ergab sich eine antisemitische Legitimation der Tat erst im Laufe des Gerichtsverfahrens: In seiner Aussage vor Gericht gab ein Zeuge an, einer der Beschuldigten habe zunächst Zweifel an dem geplanten Raub gehabt, da das den Tätern bekannte zukünftige Opfer gesundheitlich angeschlagen und das Risiko, dass es den Raubüberfall nicht überleben würde, den Angeklagten bekannt war. Daraufhin habe der andere Angeklagte fälschlicherweise behauptet, das Opfer sei Jude. Dies hätte den ursprünglich Zurückhaltenden, einen palästinensischen Geflüchteten aus Syrien, offenbar motiviert und seine Zweifel zerstreut. Er habe gesagt, erinnerte sich der Zeuge vor Gericht: „Sie [die Juden] haben meine Heimat vernichtet.“ Auch wenn über den Fall in regionalen Tageszeitungen – aus denen auch RIAS BK von dem Geschehen erfuhr – detailliert berichtet wurde, spielte die antisemitische Motivation in der Berichterstattung keine Rolle. Überregional erfuhr die Tat gar keine Aufmerksamkeit.

18.04.2018, Münster (NW)

Ein jüdischer Mann, der eine Kippa trägt, wird während der Autofahrt antisemitisch beschimpft, ausgebremst und gefilmt.

22.04.2018, Leipzig (SN)

Das Fußballspiel zwischen SV Thekla und Blau-Weiß Leipzig wird abgebrochen, nachdem Spieler als „Kanaken“ und „Judenschweine“ beschimpft wurden.

In einem anderen Fall in Hemmingen bei Hannover wurde die Fußmatte vor dem Privathaus eines jüdischen Ehepaars in Brand gesetzt. Es war Glück, dass die Feuer nicht auf das Wohnhaus übersprungen ist – die Tür war jedoch gesprungen und verrußt. Darauf fand sich in Großbuchstaben mit roter Farbe das Wort „Jude“ gesprüht – ebenso wie am Zaun des Gartens des Ehepaars, der sich in einiger Entfernung vom Wohnhaus befindet, was die Täter*innen offenbar wussten. Laut Informationen von RIAS BK wird das ältere Ehepaar seit der Tat in dem Ort gemieden, sie berichten von weiteren antisemitischen Beleidigungen ihnen gegenüber.

Ein weiterer Fall, der RIAS BK bekannt wurde, war verschränkt mit sexistischen Beleidigungen. Diese Verbindung ist kein Einzelfall, sie konnte in drei der fünf erfassten Vorfällen festgestellt werden. In vier von fünf Fällen extremer antisemitischer Gewalt, die den RIAS Meldestellen seit 2017 bekannt wurden, waren Frauen unter den Betroffenen. Im hier benannten Fall stach ein Mann in einem Hamburger Linienbus unvermittelt auf eine Frau ein, nachdem er antisemitische Parolen gerufen hatte. Soweit die Täter*innen der hier geschilderten Vorfälle bekannt sind, handelt es sich um Männer.

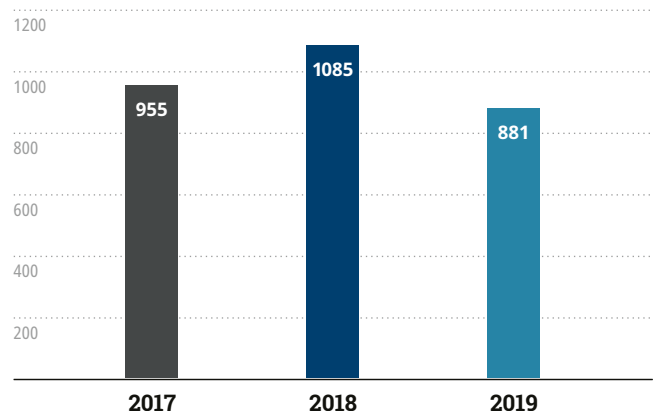
Antisemitische Angriffe

Neben Fällen extremer Gewalt sollen hier auch die Angriffe dargestellt werden, die von den unterschiedlichen regionalen Meldestellen erfasst wurden.⁷ Dass es sich bei diesen Angriffen im Jahr 2019 – das letzte Jahr, das komplett in die aktuelle Analyse einfließen kann – um keine Seltenheit handelte, zeigen die Zahlen deutlich: RIAS Bayern erfasste in dem Zeitraum 9 Angriffe, RIAS Berlin wurden 33 Angriffe bekannt, RIAS Brandenburg dokumentierte 6 Angriffe und LIDA Schleswig-Holstein einen. Da diese Meldestellen zum Teil erstmalig ein ganzes Jahr arbeiteten, ist der Blick auf die Angriffe, die RIAS Berlin dokumentierte, besonders aufschlussreich – hier lassen sich die Zahlen bereits seit 2017 vergleichen. So nahm die Zahl um 28,3 % im Vergleich zum Vorjahr ab, lag aber immer noch deutlich über der aus dem Jahr 2017, in dem RIAS Berlin 18 Angriffe bekannt wurden.

2018, also in dem Jahr mit den meisten Angriffen, hatte die Meldestelle auch in Anbetracht der im Vergleich zum Vorjahr um 155 % gestiegenen Zahl von Vorfällen dieser Art die allgemeine Entwicklung als „Zunahme verrohter Ausdrucksformen des Antisemitismus“ beschrieben und ein Sinken der Hemmschwelle aufseiten der Täter*innen konstatiert: „Wer antisemitische Einstellungen hat, ist auch zunehmend bereit, gegen politische Gegner*innen, Kritiker*innen von antisemitischen Äußerungen und nicht zuletzt gegen erkennbare Jüdinnen und Juden mit Gewalt vorzugehen.“⁸

Hat sich diese Tendenz nun also 2019 nicht bestätigt, kann man daher einen Rückgang antisemitischer Gewalt beobachten? Einerseits lässt sich festhalten, dass sich die Zahl der Vorfälle, die von RIAS Berlin erfasst werden, nicht einfach weiter erhöht. Vielmehr ist von immer wieder auftretenden antisemitischen Dynamiken auszugehen: Das bedeutet, dass Anlässe und Debatten, aber auch das Agieren von Zeug*innen, der Zivilgesellschaft und von staatlichen Sicherheitsbehörden Gelegenheitsstrukturen etablieren, die antisemitische Täter*innen motivieren und damit antisemitische Gewalt ermöglichen. Die Gelegenheiten lösen dynamische Situationen aus,

Von RIAS Berlin erfasste antisemitische Vorfälle insgesamt nach Jahren



Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin), Jahresbericht 2019, S. 22.

27.04.2018, Breisach am Rhein (BW)

An Container, die auf dem Hof einer Schule stehen, werden Schriftzüge wie „Arbeit macht frei“ und „Juden sind Abschaum“ geschmiert.

01.05.2018, Kassel (HE)

Antisraelische Demonstrant*innen zeigen im Rahmen einer DGB-Demonstration eine Palästina-Fahne sowie ein Schild mit der Aufschrift „Free Palestine“.

weil es zu einer Zunahme antisemitischer Vorfälle kommt, die sich zudem verändern, also zum Beispiel nicht lediglich eine Vorfallsart oder ein politisches Spektrum umfassen. So können sich Schmierereien, Demonstrationen, Äußerungen in Gesprächen und im Rahmen von Bedrohungen und Angriffen von sehr unterschiedlichen Personenkreisen auf den gleichen Anlass in antisemitischer Art und Weise beziehen. Diese Dynamiken nehmen aus unterschiedlichen Gründen nach einiger Zeit wieder ab.⁹

2018 kamen zwar absolut gezählt wenige, aber doch die meisten durch RIAS Berlin zuordenbaren Angriffe aus dem links-antiimperialistischen sowie dem verschwörungsideologischen Spektrum (je fünf). Genau die Hälfte der von Angriffen Betroffenen – 43 von 86 – waren als politische Gegner*innen in konkreten Auseinandersetzungen wahrgenommen und von den Täter*innen beispielsweise als pro-israelisch eingeordnet worden. Diese Häufung antisemitischer Angriffe auf politische Gegner*innen in konkreten Auseinandersetzungen hatte viel mit der maoistischen Kleingruppe „Jugendwiderstand“ zu tun, die insbesondere in Neukölln für eine Reihe von Angriffen verantwortlich war. Nach der Zunahme des Repressionsdrucks durch die Sicherheitsbehörden löste die Gruppe sich im Sommer 2019 auf – zu antisemitischen Angriffen, die von RIAS Berlin dem links-antiimperialistischen Spektrum zugeordnet wurden, ist es im Jahr 2019 nicht mehr gekommen.

Im ersten Halbjahr 2020 wurden der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin insgesamt 410 antisemitische Vorfälle bekannt. Diese Zahl umfasst sechs Angriffe, 25 gezielte Sachbeschädigungen, 20 Bedrohungen, 301 Fälle verletzenden Verhaltens und 58 antisemitische Massenzuschriften. Trotz der massiven Einschränkungen des öffentlichen Lebens zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie seit dem 17. März 2020 blieb die Zahl der antisemitischen Vorfälle damit nur geringfügig unter dem Niveau des ersten Halbjahrs 2019, für das RIAS Berlin inklusive Nachmeldungen 458 antisemitische Vorfälle dokumentierte. Weiterhin wurden im Schnitt mehr als zwei Vorfälle pro Tag gemeldet.¹¹

Lässt sich in diesem Sinne von einer Entwarnung sprechen? Wohl kaum. Denn dem Rückgang von antisemitischen Angriffen auf (vermeintliche) politische Gegner*innen in konkreten Auseinandersetzungen steht die Kontinuität von antisemitischen Angriffen im Rahmen zufälliger Begegnungen gegenüber, bei denen Täter*innen und Opfer in keinem erkennbaren Verhältnis zueinander stehen: Menschen, die als jüdisch wahrgenommen wurden, waren 2019 in Berlin sogar stärker von antisemitischer Gewalt betroffen als noch im Vorjahr. Die Zahl der Jüdinnen und Juden und Israelis, die von antisemitischen Angriffen betroffen waren, stieg absolut um vier Personen von 26 im Jahr 2018 auf 30 Personen 2019 – relativ gesehen sind nicht mehr 30 % der von Angriffen Betroffenen jüdisch oder als jüdisch adressiert, sondern mit knapp 79 % der überwiegende Teil. Antisemit*innen greifen Jüdinnen und Juden direkter und unmittelbarer an – das bestätigen auch andere

Vorfallsformen wie z.B. antisemitische Bedrohungen. RIAS Berlin hielt im Jahresbericht 2019 folgerichtig fest: „Weiterhin müssen gerade als jüdisch erkennbare Menschen in ihrem Alltag damit rechnen, antisemitisch angefeindet zu werden.“¹⁰

01.05.2018, Chemnitz (SN)

Die Neonazi-Partei „Der III. Weg“ veranstaltet eine Demonstration, in deren Rahmen die Parole „Nie wieder Israel!“ gerufen wird.

01.05.2018, Berlin

Mitglieder des maoistischen „Jugendwiderstands“ greifen Demonstrant*innen an, die ein Transparent gegen Antisemitismus tragen.

Fazit

Der rechtsextreme Terroranschlag an Jom Kippur 2019 in Halle hat ein Schlaglicht auf antisemitische Gewalt geworfen. Er steht in einer schrecklichen Tradition antisemitischer Terrorakte in der Bundesrepublik, von denen die meisten nicht einmal einen marginalen Platz im kollektiven Gedächtnis der Bundesrepublik haben.¹² Doch die Arbeit der RIAS-Meldestellen zeigt, dass nicht nur der Terroranschlag von Halle die Existenz von antisemitischer Gewalt in Deutschland heute belegt, sondern es – vom Gros der deutschen Öffentlichkeit unmerkelt – jährlich eine Vielzahl antisemitischer Angriffe

und sogar einige Fälle extremer antisemitischer Gewalt gibt. In Anbetracht dieser Gewalt wäre zu wünschen, dass es ähnlich engagierte Debatten um die Frage, wie solche Gewalttaten zu verhindern sind, gäbe, wie sie zu wechselnden Anlässen um vermeintlich zu Unrecht erhobene „Antisemitismusrwürfe“ geführt werden. Und es wäre zu wünschen, dass in diesen Debatten die Stimmen der Betroffenen und der jüdischen Communities stärker zu hören wären – für sie ist Gewalt nicht zuletzt Teil ihrer Wahrnehmung von Antisemitismus als alltagsprägende Erfahrung.

1 juedische-allgemeine.de/meinung/berliner-zustaende (letzter Aufruf: 09.08.2020).

2 facebook.com/AntisemitismusRecherche-Berlin/photos/a.1463499907305026/2444104895911184/ (letzter Aufruf: 21.10.2020)

3 Ein Überblick über die aktuell beim Bundesverband RIAS kooperierenden Meldestellen findet sich unter report-antisemitism.de/rias-bund (letzter Aufruf: 09.08.2020).

4 Wenn im Folgenden von Arbeitsstandards die Rede ist, die alle in der Bundesarbeitsgemeinschaft des Bundesverbands RIAS mitarbeitenden Meldestellen verwenden, ist kurz von RIAS die Rede.

5 Poensgen, Daniel/Steinitz, Benjamin (2019): *Alltagsprägende Erfahrung*. In: Salzborn, Samuel (Hrsg.): *Antisemitismus seit 9/11. Ereignisse, Debatten, Kontroversen*. Baden-Baden: Nomos.

6 report-antisemitism.de/documents/2020-09-08_Rias-bund_Antisemitismus_im_Kontext_von_covid-19.pdf (letzter Aufruf: 14.10.2020).

7 Einen Überblick bietet der „Bericht dokumentierter antisemitischer Vorfälle 2019“ vom Bundesverband RIAS e.V. unter report-antisemitism.de/documents/2020-05-06_rias-ev-Bericht_dokumentierter_antisemitischer_Vorfaele_2019.pdf. Ausführlichere Berichte von LIDA Schleswig-Holstein, RIAS Bayern, RIAS Berlin und RIAS Brandenburg finden sich unter report-antisemitism.de/publications (letzter Aufruf: 09.08.2020).

8 RIAS Berlin: *Antisemitische Vorfälle 2018*. Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS), S. 5. report-antisemitism.de/documents/2019-04-17_rias-be_Annual_Antisemitische-Vorfaele-2018.pdf (letzter Aufruf: 09.08.2020)

9 Ein Beispiel für eine solche Dynamik, das Protestgeschehen gegen die Ankündigung der Verlegung der US-Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem, wird beschrieben in Poensgen, Daniel/Steinitz, Benjamin (2019): *Alltagsprägende Erfahrungen sichtbar machen. Antisemitismus-Monitoring in Deutschland und der Aufbau des Meldernetzwerks RIAS*. In: Glöckner, Olaf/Jikeli, Günther (Hrsg.): *Das neue Unbehagen. Antisemitismus in Deutschland heute*. Hildesheim: Olms.

10 RIAS Berlin: *Antisemitische Vorfälle in Berlin 2019*. Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin, S. 15.

11 report-antisemitism.de/documents/2020-09-22_rias-be_Annual_Antisemitische-Vorfaele-Halbjahr-2020.pdf.

12 Vgl. Steinke, Ronen (2020): *Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt. Eine Anklage*. Berlin: Berlin Verlag.

04.05.2018, Berlin

Eine Familie – der Vater trägt Kippa und der Sohn einen „I like Israel“-Luftballon – geht in ein Restaurant und wird nicht bedient.

14.05.2018, Dortmund (NW)

Am 70. Geburtstag des Staates Israel findet eine Neonazi-Kundgebung statt. Auf einem Transparent steht „Der Staat Israel ist unser Unglück!“

Antisemitische Verschwörungsmythen während der „Corona-Demos“

Imke Kummer und Nikolas Lelle

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus

Mehr als 30.000 Menschen demonstrierten am 29. August 2020 in Berlin, unter ihnen Impfgegner*innen, Reichsbürger*innen, AfD-Anhänger*innen, Rechtsextremist*innen, Verschwörungsideolog*innen, Holocaustleugner*innen, Antisemit*innen mit und ohne Migrationsgeschichte, Linke, Friedensaktivist*innen – die Aufzählung ließe sich noch sehr lang weiterführen. Auffällig ist der Anteil von (rechten) Esoteriker*innen, Heilpraktiker*innen und Anthroposoph*innen. So unterschiedlich diese Gruppen zunächst wirken und auch sind: Warum gehen sie gemeinsam demonstrieren? Was verbindet sie?

Während ein Teil der Demonstrant*innen zur extremen oder zur Neuen Rechten, zu rechtspopulistischen Strömungen, Reichsbürger*innen etc. gezählt werden kann – und damit zu klar antidemokratischen und menschenfeindlichen Organisationen –, glauben andere Demonstrant*innen verschwörungsideologische Erklärungen für die Covid-19-Pandemie, suchen einen Schuldigen für ihre internationale Verbreitung oder stellen ihren Widerwillen gegen Mund-Nasen-Bedeckungen über das Ziel der gesamtgesellschaftlichen Bekämpfung der Pandemie.

Auf den ersten Blick ist ihnen allen gemeinsam, dass sie nach Eigenaussage gegen die Einschränkung von Grundrechten und für Meinungsvielfalt demonstrieren. Dahinter verbirgt sich aber nicht selten ein Weltbild, das diese Begriffe nicht demokratisch fasst, sondern sie instrumentalisiert: Die Kritik an der vermeintlich fehlenden Meinungsfreiheit dient der Abwehr von Widerspruch, das Berufen auf Freiheit übersieht die Einengung derjenigen, die sich auf die Schutzmaßnahmen und ihre Wahrung im öffentlichen Raum verlassen; manche hegen sogar die Vorstellung, dass das deutsche Kaiserreich die

politische Form der Freiheit wäre. Die Bezugnahmen auf demokratische Grundrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit dienen hier bisweilen dazu, un- und antidemokratische Ziele durchzusetzen.

Dies zeigen besonders deutlich Vergleiche der Einschränkungen im Zuge der Pandemie mit der nationalsozialistischen Machtübergabe von 1933. Solche Vereinfachungen wirken wie Codes, die anschlussfähig für antisemitische Welterklärungen und damit die extreme Rechte sind.

Das Besondere an den Zusammenkünften auf den „Corona-Demos“ ist die Offenheit der sogenannten Sceptiker*innen für Antisemitismus. Von Holocaustrelativierung über die Forderung von Reichsbürger*innen nach einem „Friedensvertrag“ bis hin zum Glauben an die QAnon-Verschwörungsideologie – Antisemitismus hat im Kontext von Covid-19 Hochkonjunktur. Es gibt aber auch codierte, verstecktere Bilder, die auf den ersten Blick gar nicht antisemitisch wirken: Manche Demonstrant*innen zeigen sich „bloß“ skeptisch gegenüber der Existenz und Bedrohlichkeit von Covid-19 und nehmen zeitgleich an, Bill Gates habe das Virus in die Welt gesetzt, um sich wahlweise zu bereichern oder die Menschheit zu minimieren. Auch wenn hier „vom Juden“ keine Rede sein mag: Die Struktur dieser Erzählung ist antisemitisch. Sie eint die Vorstellung einer übermächtigen Elite oder Personengruppe, die die anderen zwangsimpfen oder in ihrer Meinungsfreiheit unterdrücken will oder, wie in verschwörungsideologischen Bildern, die im Hintergrund der Politik die Strippen zieht.

Sicher, viele Demonstrant*innen kommen harmlos daher: Sie demonstrieren für Frieden, schwenken Regenbogenflaggen und bringen ihre Kinder mit. Nicht alle

22.05.2018, Kirchhain (HE)

Ein ca. zwei Quadratmeter großes Hakenkreuz wird nachts auf die Fassade eines Wohnhauses gesprüht. Zudem werden mehrere Stolpersteine beschmiert.

25.05.2018, Leipzig (SN)

Unbekannte beschmierern nachts ein Plakat der Vortragsreihe „70 Jahre Israel“ mit Worten wie „Schieß Juden“ und „Holocaust Lüge“.



An der Querdenken-Demonstration, die am 29. August 2020 in Berlin stattfand, beteiligten sich zahlreiche Anhänger*innen der QAnon- und Reichsbürger-Szene. © Thilo Manemann

glauben an QAnon. Das Besondere und Gefährliche an den Demonstrationen im August in Berlin ist aber, dass antisemitische Welterklärungen – ob offen oder codiert – bei ihnen mobilisiert wurden und zu einer Aggressivität führten, wie sie selten an einem Ort zusammentrifft. Potenziell Betroffene rechter Gewalt trauten sich in vielen Teilen nicht, gegen die Ansammlung zu demonstrieren, aus Angst vor Übergriffen.

Es ist zweifelsohne Zeichen einer demokratischen Kultur, Gesetzesänderungen und politische Maßnahmen kritisch zu begleiten. Auch diejenigen im Kontext der Corona-Pandemie. Werden jedoch komplexe Zusammenhänge auf einen bestimmten Personenkreis projiziert und dämonisiert, wird die Welt in Gut und Böse eingeteilt, dann ist das zumindest anschlussfähig für antisemitische Welterklärungen.

Antisemitismus gibt sich dabei durchaus progressiv, als Aufbegehren gegen eine vermeintlich machtvolle Elite. Das antisemitische Ressentiment ist eine Welterklärung, die vereinfachte Antworten liefert in komplizierten Zeiten: In einem manichäischen Weltbild, das die Welt und die Menschen in Gut und Böse, Verblendete und Erleuchtete einteilt, wird das Negative und Unverständliche abgespalten auf einen Teil der Gesellschaft, der die Verantwortlichen für alles Schlechte in der Welt repräsentieren soll.

Dabei bedienen sich die heutigen **Verschwörungsmythen** rund um Corona jahrhundertalter Bilder: Schon bei der Pest wurden Jüdinnen und Juden für die grassierende Krankheit verantwortlich gemacht. Und auch der Vorwurf der Brunnenvergiftung, nach dem Juden das Trinkwasser vergiften würden, um so Menschen umzubringen, ist ein altes antijudaistisches Bild, an das heutige antisemitische Bilder anknüpfen. Diese Bilder werden jetzt re-aktualisiert.

Zudem zeigen sich auf den Demonstrationen **NS- und Shoah-Relativierungen**, die als sekundärer beziehungsweise Post-Shoah-Antisemitismus begriffen werden müssen. Wenn Teilnehmer*innen gelbe Sterne, auf denen „ungeimpft“ geschrieben steht, oder die Häftlingskleidung von KZ-Insassen tragen, die Einschränkungen im Kontext der Corona-Pandemie mit Grundrechtseinschränkungen im Jahr 1933 vergleichen oder Attila Hildmann die Auslistung seiner Produkte mit der Verfolgung von Jüdinnen und Juden während des Nationalsozialismus vergleicht, dann ist das eine Verharmlosung der menschenfeindlichen Verbrechen im Nationalsozialismus. Die Protestierenden setzen ihre Erfahrungen mit denen von Jüdinnen und Juden gleich und vollziehen mit dieser Verharmlosung und der gleichzeitigen antisemitisch konnotierten Deutung, dass „die da oben“ hinter Corona steckten und davon profitierten, eine Täter-Opfer-Umkehr. Diese dient, sozialpsychologisch gesprochen, der Erinnerungs- und Schuldabwehr und schließt nicht nur an die „erinnerungspolitische Wende“ der Neuen Rechten an, sondern zeigt auch pointiert den Umgang der nicht-jüdischen deutschen Bevölkerung mit der Shoah (vgl. Salzborn 2020).

Dass „die da oben“ im Hintergrund die Strippen ziehen, wissen im Antisemitismus die Erleuchteten, die angeblich die Wahrheit kennen. Sie hätten das Weltgeschehen verstanden – „Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden“, schreibt Theodor W. Adorno in der *Minima Moralia*.

28.05.2018, Berlin

Ein Mann bedroht zwei Männer mit einem messerähnlichen Gegenstand, nachdem sie ihn aufgefordert haben, mit seinen antisemitischen Sprüchen aufzuhören.

09.06.2018, Berlin

Am Al-Quds-Marsch beteiligen sich ca. 1.200 Menschen. Der Al-Quds-Tag ist ein Kampftag des iranischen Regimes, der auf die Vernichtung des Staates Israel abzielt.

Doch nach diesem viel zitierten Ausspruch steht noch ein weiterer wichtiger Satz: „Fremdwörter sind die Juden der Sprache“ – und hier kommt der **Anti-Intellektualismus** ins Spiel, der sich anhand der Verschwörungsmithen wie auf den Demonstrationen zu einem eindeutigen Antisemitismus hochschauelt. Antisemitismus ist seit jeher im Kern antiaufklärerisch, antimodern und eben auch wissenschaftsfeindlich. Und er bricht sich in dieser Form gerade in der Ablehnung „jüdischer Schulmedizin“ oder in der Aussage Bahn, man glaube nicht an Corona. Auch wenn nicht Juden, sondern Bill Gates für die Herkunft des Corona-Virus verantwortlich gemacht wird, wenn nicht an die Existenz und Bedrohlichkeit des Virus geglaubt wird, dann ist das eine Vereinfachung der Welt, eine Abkehr von Rationalität und Widerspruchstoleranz, die immer auch antisemitische Züge trägt. Das Judentum dient seit jeher als Projektionsfläche, Gegenpol und steht für Aufklärung und die „dekadente“ Moderne. Schon die Protokolle der Weisen von Zion legen davon Zeugnis ab.

Gerade auch im esoterischen Milieu ist häufig ein Anti-Intellektualismus zu beobachten, der mythische, spirituelle Erlösungsfantasien propagiert. In Deutschland sind schon früh Überschneidungen und ideologische Ähnlichkeiten von Esoterik und Antisemitismus zu finden. Rudolf Steiner ist einer der berühmten Namen, die hiermit verbunden werden. Im bis heute beliebten Begriff der „Schulmedizin“ hallt auch dieser Antisemitismus nach. Impfungen wurden schon von Nationalsozialist*innen als jüdisch verstanden und deswegen abgelehnt – Antisemitismus beinhaltet stets diese Wissenschaftsfeindlichkeit.

Literatur

Salzborn, Samuel (2020): *Kollektive Unschuld: Die Abwehr der Shoah im deutschen Erinnern*. Leipzig/Berlin: Hentrich & Hentrich.

In all dem tradiert sich ein ähnliches Bild: dass Jüdinnen und Juden, als jüdisch wahrgenommene Institutionen oder Menschen, die mit „dem Jüdischen“ im Bund sein sollen, hinter den Kulissen machtvoll und in böser Absicht Einfluss auf das Weltgeschehen nehmen. Diese antisemitische Welterklärung bestätigt nicht nur die eigene Identität, sondern legitimiert auch Gewalt – ein Aufbegehren wird zur vermeintlichen Pflicht und Notwehr. In der Parole „Widerstand“ versteckt sich ein Protest, der undemokratischer nicht sein könnte. Denn im Antisemitismus schwingt immer mit, man selbst habe die Wahrheit gesehen, die anderen nicht – das ist das Identitätsangebot, das der Antisemitismus macht. Man habe einen Ausweg aus der vermeintlichen Unterdrückung, Verblendung gefunden und wisse, was zu tun sei. Hier setzt auch der gewaltvolle Charakter des Antisemitismus ein: Ein Aufbegehren gegen „die da oben“ wird notwendig, das personalisierte Schlechte in der Welt muss vernichtet werden. Die vermeintliche Erweckung ermächtigt zur Tat.

Im Kontext der sogenannten Corona-Proteste muss festgehalten werden:

- Die Demonstrationen wurden nicht erst mit ihrer Instrumentalisierung durch Neonazis gefährlich, sondern weil sie ähnliche, für Antisemitismus anschlussfähige Weltanschauungen transportierten.
- Ob codiert oder offen zur Schau getragen: Antisemitismus ist in all seinen Unterschwelligkeiten, Erscheinungsformen und Facetten für die Betroffenen alltagsprägend und gefährlich.
- Bilder der antisemitischen Ausfälle auf den Demonstrationen sind keine aggressiven Einzelfälle, sondern wurden von einer breiten Masse geduldet, gebilligt und mitgetragen. Dies normalisiert Antisemitismus.

26.06.2018, Berlin

An der John-F.-Kennedy-Schule im Bezirk Steglitz-Zehlendorf wird ein jüdischer Schüler über Monate hinweg antisemitisch beleidigt und gemobbt.

27.06.2018, Wiesbaden (HE)

Ein Jude wird, nachdem das deutsche Fußballteam in der WM-Vorrunde verloren hat, in der Innenstadt von Fußballfans antisemitisch beleidigt und bedroht.

„Es fehlt Solidarität mit denjenigen, die Verschwörungserzählungen ertragen müssen.“

Gespräch mit Melanie Hermann

No World Order – Handeln gegen Verschwörungsideologien

Corona und die Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie stellen Menschen auf der ganzen Welt vor gravierende Herausforderungen. Diese Situation bietet den idealen Nährboden für antisemitische Verschwörungsideologien – ein Umstand, der insbesondere im sozialen Umfeld eine starke Belastung sein kann. Melanie Hermann vom Projekt „No World Order“ der Amadeu Antonio Stiftung berichtet über ihre Erfahrungen mit Menschen, die mit Verschwörungserzählungen konfrontiert sind.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus Seit Ausbruch der Covid-19-Pandemie erreichen dich unzählige Anfragen von Personen, die Rat im Umgang mit Verschwörungsmythen suchen. Wie sehen diese Anfragen aus? Was bewegt die Ratsuchenden?

Melanie Hermann *Vor der Pandemie habe ich viele Anfragen von Personen bekommen, die am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft oder im Sportheim mit Verschwörungserzählungen in Berührung gekommen waren. Das hat sich in der Pandemie fundamental geändert: Mich haben unzählige Anfragen von Personen erreicht, die im engsten Kreis mit Verschwörungsmythen konfrontiert wurden. Das waren Partner*innen, Freund*innen, Verwandte. Hinzu kommt, dass die Anzahl der Anfragen um ein Vielfaches gewachsen ist.*

Die Menschen, mit denen ich ein Beratungsgespräch geführt habe, erzählen meist: Sie seien schockiert und hätten nicht gedacht, dass Person XY an derartige Verschwörungserzählungen glaubt. Schließlich sei das eine intelligente und, so die bisherige Wahrnehmung, „eher“ linksalternative Person. Zudem sind die Menschen sind von der Intensität der Verschwörungserzählungen überrascht. Es geht häufig in die KenFM- oder QAnon-Richtung – und das ist zweifelsohne eine schlechte Grundlage für ein vernünftiges Gespräch.



Im Kontext der Covid-19-Pandemie veröffentlichte Melanie Hermann im Projekt „No World Order“ der Amadeu Antonio Stiftung eine Handreichung, die die zentralen Verschwörungsmythen mit fundierten Argumenten entkräftet: „Wissen, was gespielt wird. Krise, Corona und Verschwörungserzählungen“. Sie ist kostenlos abrufbar unter: amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/wissen-was-wirklich-gespielt-wird-2

01.07.2018, Oranienburg (BB)

Einige Personen einer AfD-Gruppe aus dem Wahlkreis von Dr. Alice Weidel, die die KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen besucht, stören die Führung massiv.

13.07.2018, Düsseldorf (NW)

Ein Jugendlicher, der eine Kippa und einen Anstecker mit der israelischen Staatsflagge trägt, wird aus einer Gruppe heraus beleidigt und bedrängt.

Was sind die häufigsten Fragen, die dich erreichen?

*Wenn sich Privatpersonen bei mir melden, geht es selten um konkrete Fragen. Sie sagen, sie sind aufgewühlt und haben ein Problem. Wenn z.B. die Partnerin nur noch über QAnon redet, fehlt die gemeinsame Gesprächsebene und diese Gespräche sind kräftezehrend. In der Beratung versuche ich, den Personen, mit denen ich spreche, eine Struktur zu geben, an der sie sich orientieren können. Ich möchte sie handlungsfähig machen. Die Anfragen von Personen hingegen, die sich bereits mit der Thematik befasst haben, sind konkret. Da geht es z.B. um Einschätzungen zu einzelnen YouTuber*innen.*

Welche zivilgesellschaftlichen Forderungen ergeben sich in Anbetracht der Gespräche, die du geführt hast? Was müsste aus deiner Sicht getan werden?

Es gibt in Deutschland keine Institution, die die inhaltliche mit der psychologischen Expertise verknüpft. Wenn ich an die Mobilen Beratungen gegen Rechtsextremismus, an die Sektenbeauftragten oder an meine Arbeit denke, muss ich feststellen, dass wir lediglich bis zu einem bestimmten Punkt beraten können. Die Weitervermittlung ist für diejenigen, die eine Beratung suchen, unbefriedigend.

*In der Zivilgesellschaft haben wir das Problem, dass Verschwörungsgläubige oftmals nicht als Täter*innen, sondern als Opfer gesehen werden, obwohl sie ihre kruden Erzählungen an vielen Unbeteiligten auslassen. Aus meiner Sicht fehlt die Solidarität mit denen, die all das ertragen müssen. Sie werden nicht ansatzweise geschützt. Das ist eine große Leerstelle, die dringend geschlossen werden muss. Zudem wird in Verschwörungsgläubigen häufig eine vollkommen verrückte Gruppe gesehen, die urplötzlich ans Tageslicht getreten ist. Wir müssen verstehen, dass sie ein Produkt der Gesellschaft sind.*

Was eint denn die Verschwörungserzählungen, die dir begegnet sind?

Neben strukturell antisemitischen Erzählmustern eint sie u.a. eine autoritäre Vorstellung von Freiheit. Verschwörungsgläubige wollen frei sein, alles zu sagen und tun zu dürfen, was sie wollen. Ein solches Freiheitsverständnis klammert die Folgen für die anderen aus. Das wird zwar als „Freiheit“ verkauft, aber ist zutiefst unsolidarisch. Zudem sehen Verschwörungsgläubige eine Diktatur in allem, was ihre „Freiheit“ einschränkt. So behaupten sie, es sei eine Diktatur, wenn man eine Maske tragen und Abstände einhalten muss ...

21.07.2018, Ilmenau (TH)

Unbekannte besprühen die Eingangstür und eine Wand der Jakobuskirche mit antisemitischen Inhalten.

24.07.2018, Hamburg

Ein Mann ruft in einem Linienbus antisemitische Parolen und verletzt eine Frau mit einem Messer.

Welche Rolle spielt Antisemitismus dabei?

Der strukturelle Antisemitismus spielt in diesen Erzählungen eine zentrale Rolle. Einflussreiche YouTuber*innen stellen recht schnell eine Verbindung zwischen der Pandemie und einer im Geheimen agierenden, mächtigen Elite her. Sie erklären komplexe Strukturen, indem sie Mächtige identifizieren und personifizieren. Das sind Trigger, die rasch abgerufen werden und in einen manifesten Antisemitismus münden können.

In welchen Formen hast du Antisemitismus beobachtet? Tritt er rund um Corona eher offen oder codiert auf?

Man kann definitiv beides beobachten. Während der strukturelle Antisemitismus über Codes à la „Rothschild“ funktioniert, ist das Tragen eines „Judensterns“ mit der Inschrift „Nicht Geimpft“ eine offen zur Schau getragene Verharmlosung der Shoah. Das Bedürfnis, endlich Opfer sein zu können, ist in Anbetracht der NS-Geschichte eine deutsche Spezifik.



Viele Menschen, die gegen die Corona-Schutzmaßnahmen auf die Straße gehen, glauben, sie lebten in einer „Corona-Diktatur“, die mit der NS-Diktatur vergleichbar sei. Daher tragen sie einen „Judenstern“ mit der Inschrift „Ungeimpft“. © Kira Ayyadi

Was macht die tägliche Konfrontation mit Verschwörungserzählungen mit dir? Wie gehst du mit der Masse an Beratungsanfragen und den Erzählungen um?

Natürlich sind viele Beratungsgespräche eine Herausforderung, weil die Personen teils schwer betroffen und verzweifelt sind. Aber in der Regel ist die Beratung eine dankbare Aufgabe. Denn ich höre denjenigen zu, die eine Unterstützung suchen, und helfe ihnen, eine Struktur zu bekommen. Häufig merke ich bereits im Verlauf des Gesprächs, dass sich etwas bewegt. Eine größere Herausforderung ist für mich die Auseinandersetzung mit den Gedanken der Täter*innen. Ich denke beispielsweise an die Pamphlete der beiden Täter von Halle (Saale) und Hanau. Um deren Weltbild zu ergründen, muss ich in ihre Köpfe schauen – und das ist keineswegs leicht. Aber ich habe Strategien entwickeln können, um eine gewisse Distanz zu wahren.

Das Gespräch wurde im Juli 2020 geführt.

27.08.2018, Chemnitz (SN)

Vermummte überfallen am Rande einer Demonstration, an der sich ein breites Spektrum rechter Kräfte beteiligt, das jüdische Restaurant „SCHALOM“.

07.09.2018, Frankfurt am Main (HE)

Als ein Mann am Rande eines Clubbesuchs gefragt wird, aus welchem Land er komme, und er meint, er sei „halber Israeli“, wird er attackiert.

Zum Verhältnis von Antisemitismus und Antifeminismus

Rachel Spicker und Judith Rahner

Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus

Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention



Welche realen Auswirkungen antifeministische Positionen auf den Alltag vieler Menschen haben, verdeutlicht die Broschüre „Antifeminismus als Demokratiegefährdung?! Gleichstellung in Zeiten von Rechtspopulismus“. Sie ist kostenlos abrufbar unter: frauenbeauftragte.org/sites/default/files/uploads/downloads/antifeminismus_als_demokratiegefaehrung.pdf

Antisemitismus und Antifeminismus sind historisch und ideologisch miteinander verschränkt und haben eine lange Tradition. Dabei sind sie weder historisch noch gegenwärtig ein Alleinstellungsmerkmal der extremen Rechten in Deutschland. Antifeminismus hat, wie andere menschenfeindliche Ideologien, vielfach eine starke Kitt-Funktion, indem er unterschiedliche gesellschaftliche und politische Milieus verbindet. Antifeministische Positionen und Organisationen finden sich zudem auch in jüdischen Communities, ebenso wie antisemitische Positionen in feministischen und queeren Zusammenhängen (vgl. das sogenannte Pinkwashing). Der folgende Text beleuchtet die Verknüpfung beider Ideologien und ihre Rolle in reaktionären, antimodernen bis extrem rechten oder rechtsterroristischen Weltbildern.

Historische Verknüpfungen von Antisemitismus und Antifeminismus

Spätestens mit dem Ende des 19. Jahrhunderts, nachdem neben der erkämpften und zunehmenden jüdischen Emanzipation auch die Frauenbewegung erstarkte, werden Jüdinnen und Juden ebenso wie Frauen von reaktionären gesellschaftlichen Kräften als Bedrohung oder als Feinde der Nation stilisiert. 1902 erschien die Essay-Sammlung „Die Antifeministen“ der bekannten Frauenrechtlerin Hedwig Dohm, die den Begriff Antifeminismus analog zum Wort Antisemitismus prägte.¹ Für Dohm sind dabei Sklaverei, Antisemitismus und Frauenunterdrückung Ausdruck desselben Prinzips von Abwertung „der Anderen“. Diese Anderen müssen als solche erst geschaffen oder konstruiert werden. Frauen sowie Jüdinnen und Juden werden in jener Zeit als „die Anderen“ markiert. Eine Abgrenzung zu ihnen ist zugleich für die Konstitution von Nationalismus, Patriotismus und Männlichkeit jener Jahre notwendig.

Mit dem Beginn der Frauenbewegung wurde von antimodernen Kräften eine „Verweiblichung der Politik“ befürchtet. Der Feminismus wurde zudem als „jüdisch“ oder „verjudet“ diffamiert. Das Erstarken der Emanzipationsbewegungen rief antifeministische Kreise auf den Plan, die über sämtliche

08.09.2018, Berlin

Nachdem ein Verkäufer den Davidstern-Schlüsselanhänger einer Kundin bemerkt hat, beleidigt er sie antisemitisch und attackiert sie.

11.09.2018, Boizenburg (MV)

Der jüdische Friedhof wird geschändet, indem ein Hakenkreuz auf die Haupttreppe einer Gedenkstätte auf dem Friedhof geschmiert wird.

gesellschaftlichen Milieus reichten. Der 1912 gegründete „Deutsche Bund zur Bekämpfung der Frauenemanzipation“ ist nur ein Ausdruck des organisierten Antifeminismus jener Jahre. Einige antifeministische Akteure waren dezidierte Antisemiten, wie beispielsweise der preußische Historiker Heinrich von Treitschke, von dem nicht nur der Satz stammt: „Die Obrigkeit ist männlich, dieser Satz versteht sich von selbst“, sondern auch „Die Juden sind unser Unglück“, der später zur Parole des nationalsozialistischen Hetzblatts *Der Stürmer* wurde. Die antifeministischen Artikulationen der Akteur*innen verknüpften sich mit antimodernistischen, antidemokratischen und eben antisemitischen Motiven.² Eine Rolle spielten dabei auch Wissenschaftsfeindlichkeit sowie Abwertungen von Intellektuellen, die sich bis heute durch antifeministische und antisemitische Narrative ziehen. Sowohl Antifeminismus als auch der moderne Antisemitismus können unter anderem als Gegenreaktion auf emanzipatorische Entwicklungen von Jüdinnen und Juden sowie der Frauenbewegungen verstanden werden.³

Antisemitische und sexistische Geschlechterbilder

Der Antisemitismus ist durchdrungen von sexistischen, antifeministischen und homosexuellenfeindlichen Versatzstücken; es gab und gibt eine Vielzahl an antisemitischen Geschlechterbildern. Um Jüdinnen und Juden als „die Anderen“ stigmatisieren und markieren zu können, spielte Geschlecht eine zentrale Rolle. Die Konstruktionen sind dabei durchaus ambivalent und reichen von Vorstellungen eines „verweiblichten“ oder „effeminierten Juden“, der als Gegensatz zu einem maskulinen deutschen Mann verstanden wurde, bis hin zur NS-Rhetorik vom „übergriffigen jüdischen Mann“, der eine Bedrohung für die deutschen Frauen darstelle. Auch Jüdinnen werden in antisemitischen Geschlechterbildern widersprüchlich verhandelt. Die stereotypen Darstellungen reichen von der „schönen Jüdin als Verführerin“, die in Gegensatz zu einer tugendhaften, zumeist katholischen, *weißen* Frau gesetzt wurde, bis zur Jüdin als „Mannsweib“, der abwertenden

Was ist Antifeminismus?

Unter Antifeminismus werden soziale Bewegungen oder gesellschaftliche, politische, religiöse und akademische Strömungen verstanden, die sich organisiert gegen Feminismus wenden. Antifeminismus richtet sich gegen Feminismus – bzw. das, was darunter verstanden wird – und gegen feministische Anliegen wie die Beseitigung von Sexismus, die Umsetzung von Gleichberechtigung oder die Stärkung weiblicher Selbstbestimmung.

Antifeminismus ist eine zentrale Ideologie im Rechtsradikalismus und Rechtsextremismus und integraler Bestandteil von Rechtspopulismus als Instrument der politischen Auseinandersetzung. Ein Erstarken extrem rechter Bewegungen und menschenfeindlicher Ideologien in den letzten Jahren in Deutschland geht daher auch mit einem Erstarken von Antifeminismus einher. Populistischen und extrem rechten Bewegungen gelingt es dabei verstärkt auszunutzen, dass Antifeminismus im Vergleich zu Rassismus oder Antisemitismus weniger stark als menschenfeindlich und demokratiegefährdend erkannt und gewertet wird. Das Lächerlichmachen und Bekämpfen von Feministinnen oder Gender-Mainstreaming, die Agitation gegen sexuelle Vielfalt und die Gleichheit der Geschlechter fällt auch in der Mitte der Gesellschaft auf fruchtbaren Boden.

19.09.2018, Offenbach (HE)

Ein Rabbiner wird in der Nähe der Synagoge von Jugendlichen antisemitisch beleidigt.

01.10.2018, Recklinghausen (NW)

Unbekannte überkleben vier Stolpersteine mit einer Folie mit Namen von Frauen, die mutmaßlich Opfer von Gewalt durch Geflüchtete geworden sind.

Beschreibung einer Frau mit vermeintlich männlichen Eigenschaften.⁴ Zusätzlich werden Frauen häufig als schwach, emotional und feinfühlig abgewertet. Gleichzeitig existieren Vorstellungen davon, dass insbesondere Frauenrechtlerinnen und Feministinnen – so wie Jüdinnen und Juden – übermächtig seien. Sowohl Jüdinnen und Juden als auch Frauen dienen als Projektionsfläche für die Angst vor der Modernisierung der Gesellschaft und eine Furcht vor der Ablösung einer Geschlechterordnung, die nur zwei, sich gegenseitig ausschließende Geschlechter kennt, männlich und weiblich.

Gegenwärtige Verknüpfungen von Antifeminismus und Antisemitismus

Auch heute können antisemitische und antifeministische Ressentiments eng miteinander verbunden sein und sind oftmals mit einer verschwörungsideologischen Weltanschauung verknüpft. Einige Akteur*innen des Antifeminismus sind ideologisch auch im antisemitischen Weltbild verhaftet. Das ist nicht sonderlich verwunderlich: Sowohl im Antisemitismus als auch im Antifeminismus gelten eine vielfältige Gesellschaft, Liberalismus und

weitere Aspekte der Moderne als Bedrohung. Veränderungen und Modernisierungsprozesse werden nicht als Folge von teils langwierigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, sondern personalisiert und als „Machwerk“ weniger einflussreicher Menschen angesehen, die angeblich auf Kosten der Gesellschaft nur an ihren eigenen Vorteil denken. Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitiken und feministische Errungenschaften werden in dieser Verschwörungsideologie als zentrales Element der Manipulation des „deutschen Volkes“ gesehen. Antifeministische und antisemitische Kräfte sehen Jüdinnen und Juden als „Strippenzieher“ des Feminismus, der den Mann absichtlich „verweibliche“, um nicht länger „wehrhaft“ sein zu können. Feminismus und Gender werden als Instrument einer vermeintlich jüdischen Elite – eine antisemitische Chiffre – verstanden, die die Familie zerstöre, Frauen ihrer vermeintlich natur- oder gottgegebenen Bestimmung entziehe, Kinder durch Sexualaufklärung „verwirre“ und „umerziehe“ und in letzter Konsequenz zur Schwächung oder gar Auslöschung des „deutschen Volkes“ beitrage. Wovon wiederum vorgeblich „die Juden“ profitieren würden.



Wenn hinter Gender und Homosexualität eine geheime Verschwörung vermutet wird, ist Antisemitismus nicht weit.

© David Janzen

06.10.2018, Eisenach (TH)

Nachdem Jugendliche die Synagogen-Gedenkstätte mit Neonazi-Stickern verschandelten, fasst die Polizei sie und findet Elektroschocker und Schlagring.

08.01.2019, Berlin

Eine Frau wird im Bus an ihrer Mütze in Richtung Boden gezogen, sodass sie beinahe vom Sitz fällt. Sie hat zuvor in hebräischer Sprache telefoniert.

Tödlicher Antisemitismus und Antifeminismus

Eine Verschwörungsideologie, in der sich die Verschränkung von Antisemitismus und Antifeminismus besonders deutlich zeigt, ist die des „Großen Austauschs“. Sie beschreibt die wahnhaftige Behauptung eines vermeintlichen Bevölkerungsaustauschs, bei dem die mehrheitlich weiße Gesellschaft durch muslimische und nicht-weiße Migrant*innen ersetzt und dadurch die weiße Bevölkerung vernichtet werde. Hinter dieser Verschwörung stecken angeblich „jüdische Mächte“. Gleichzeitig wird Feminismus für sinkende Geburtenraten im Westen verantwortlich gemacht, der damit ebenso die „eigene“ Bevölkerung bedrohe. Auf diese Weise werden rassistische, antifeministische und antisemitische Narrative verbunden.

Dass diese Kombination tödlich ausagiert werden kann, zeigen die Attentate von Utøya und Oslo 2011 sowie Christchurch, Poway und El Paso 2019 und nicht zuletzt der Anschlag in Halle (Saale) am 9. Oktober 2019. Gemeinsam war allen Attentätern eine Vernetzung in frauenfeindlichen, der *manosphere* zuzuordnenden Online-Communities, in denen u. a. die Erzählung des „Großen Austauschs“ verbreitet wird. Dabei werden mit dieser Verschwörungsideologie auch bestimmte Vorstellungen einer soldatischen Männlichkeit deutlich: Männer müssen der drohenden „Verweiblichung“ durch Feminismus ebenso Einhalt gebieten wie der vermeintlichen Ersetzung der weißen Bevölkerung. Dabei gilt es die „eigenen“ Frauen und Kinder vor den konstruierten „Anderen“ zu schützen und sich selbst als Soldaten, Beschützer und Helden zu inszenieren. Die imaginierte Bedrohung wird zum unausweichlichen Handlungszwang, Gewaltausübung als Notwehr legitimiert, und die Tötung von Menschen aus bestimmten als Feinde angesehenen Gruppen wird auf diese Weise zum Akt der Mannwerdung.⁵

Antisemitismus und Antifeminismus weisen strukturelle Ähnlichkeiten auf, können aber auch als Bestandteile in den Narrativen der jeweils anderen Ideologie oder miteinander verknüpft auftauchen. Gemeinsam ist ihnen insbesondere, dass sich ihre Befürworter im Wesen ihrer Identität angegriffen fühlen und der imaginierte Kriegszustand notwendig erscheint, um die eigene, konstruierte Gemeinschaft zu beschützen und emanzipatorische Bestrebungen abzuwehren.⁶

1 Vgl. Stögner, Karin (2014): *Antisemitismus und Sexismus. Historisch-gesellschaftliche Konstellationen*. Baden-Baden.

2 Vgl. Planert, Ute (1994): *Antifeminismus im Kaiserreich. Diskurs, soziale Formation und politische Mentalität*. Göttingen.

3 Vgl. Volkov, Shulamit (2001): *Das jüdische Projekt der Moderne: zehn Essays*. München: C. H. Beck.

4 Vgl. Haller, Lisa. (2005): *Antisemitismus und Geschlecht. Von „maskulinisierten Jüdinnen“, „effeminierten Juden“ und anderen Geschlechterbildern*. Unrast Verlag.

5 Vgl. Kracher, Veronika (2020): *Im Krieg gegen Frauen. Incels verlagern ihren Selbsthass auf andere*. In: Rechte Egoshoooter. Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat. Berlin: Ch. Links Verlag, S. 117–149.

6 Vgl. Hermann, Melanie (2020): *Antimoderner Abwehrkampf – zum Zusammenhang von Antisemitismus und Antifeminismus*. In: Wissenschaft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Zivilgesellschaft Nr. 7/2020, S. 26–35.

11.01.2019

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, erhält eine Drohmail von „NSU 2.0“. Die Mail beinhaltet Vernichtungsfantasien.

18.02.2019, München (BY)

Ein 38-Jähriger brüllt antisemitische Parolen vom Balkon seiner Wohnung: „Danke Adolf Hitler, dass du 6 Millionen Schmarotzerjuden getötet hast!“

„Wir dürfen im Kampf gegen Antisemitismus keine Hierarchisierungen vornehmen.“

Gespräch mit Dr. Felix Klein

Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus



Dr. Felix Klein
© BMI

Bund und Länder sind mit der Ernennung von Beauftragten gegen Antisemitismus einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland gegangen. Trotz einiger Erfolge gibt es noch viel zu tun – diese Einschätzung vertritt Dr. Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. Mit den Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus sprach er über seine Arbeit im Kontext der Covid-19-Pandemie, des Anschlags von Halle und der Causa Achille Mbembe.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus Die Covid-19-Pandemie hat Ihre Arbeit in diesem Jahr erheblich eingeschränkt. Wie konnten Sie den Kontakt zu den Jüdischen Gemeinden aufrecht-erhalten?

Dr. Felix Klein *Meine Arbeit lebt natürlich vom Austausch mit Menschen, von Begegnungen. Deshalb war es schwierig, sich nur noch virtuell treffen zu können. Die reale Begegnung ist sicher durch nichts zu ersetzen. Besonders tragisch ist, dass bei den Gedenkfeiern zum 75. Jahrestag der Auschwitz-Befreiung die Shoah-Überlebenden nicht so wie geplant zu Wort kommen konnten. Aber die virtuellen Treffen haben auch große Chancen gezeigt, weil etwa Podiumsdiskussionen von weitaus mehr Zuschauer*innen verfolgt wurden. Außerdem sind nicht nur Verschwörungsmythen durch die Pandemie verbreitet worden, sondern es haben auch positive Dinge stattgefunden. Man denke etwa an die Nachbarschaftshilfen. Das sollten wir mitnehmen.*

26.02.2019, Soest (NW)

Wegen eines antisemitismuskritischen T-Shirts wird ein Mann mit den Worten „Wir sind die Hitlerjugend, du Jude“ beschimpft und verfolgt.

08.03.2019, Berlin

Während des Spiels zwischen FC Ingolstadt 04 und 1. FC Union Berlin wird der israelische Fußballer Almog Cohen wegen seiner roten Karte antisemitisch beleidigt.

Es gab auch eine – bislang einzigartige – breite gesellschaftliche Debatte über Verschwörungsmythen ...

Ja, genau. Einmal mehr hat sich gezeigt, dass antisemitische Verschwörungsmythen bei Krisen besonders zum Vorschein kommen. Das hat etwas damit zu tun, dass es in unserer Kulturtechnik leider eingeübt ist, Juden für das verantwortlich zu machen, was gerade im Argen liegt.

Bevor Sie das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und im Kampf gegen Antisemitismus übernommen haben, waren Sie lange Diplomat im Auswärtigen Amt. Welche Fähigkeiten aus der Diplomatie helfen Ihnen in diesem Amt?

Als Diplomat lernt man, verschiedene Interessen zu erkennen und darauf aufbauend Handlungsoptionen zu entwickeln, die am Ende für alle akzeptabel sein sollen. Das hilft mir natürlich. Zudem habe ich als Diplomat Erfahrung darin, das große Ganze zu sehen. Ich profitiere jetzt von diesem holistischen Blick, der sieht, wie scheinbar abwegige Felder auch relevant sind und mit Antisemitismus zu tun haben.

Welches Zwischenfazit ziehen Sie nach zwei Jahren Amtszeit?

Wir haben in den beiden Jahren bereits vieles erreicht. Vier von fünf der Forderungen des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus konnten wir umsetzen. Dazu gehört die Schaffung von Strukturen wie die Institutionalisierung von Antisemitismusbeauftragten auf Länderebene oder die Einrichtung einer zentralen Meldestelle, die mit dem Bundesverband RIAS auf den Weg gebracht wurde. Zudem gab es Gesetzesinitiativen wie eine Änderung im Strafrecht, sodass antisemitische Tatmotive ausdrücklich von Gerichten strafverschärfend verwendet werden können, oder das Gesetz gegen Hass und Hetze im Internet.

Was ist die größte Herausforderung in der Bekämpfung des Antisemitismus in Deutschland heute?

Antisemitismus ist vor dem Hintergrund unserer Geschichte ein besonders sensibles Thema. Die tödliche Bedrohung kommt ganz klar von rechts. Das zeigen die Daten. Ich halte es für zentral, erstens die Kontinuitäten rechtsextremistischer Ideologie und zweitens den israelbezogenen Antisemitismus zu bekämpfen, insbesondere, weil letzterer global ist und politische Lager verbindet, die sonst nichts miteinander zu tun haben. Aber es ist klar, dass wir jede Form von Antisemitismus angehen müssen. Es gibt keinen harmlosen Antisemitismus – auch gerade, wenn er in der Mitte der Gesellschaft stattfindet.

Welches Ereignis hat Ihre bisherige Arbeit am stärksten beeinflusst?

Sicherlich war der Anschlag in Halle das Ereignis, das mich und meine Arbeit am stärksten geprägt hat, weil danach niemand mehr in Deutschland die tödliche Dimension von Antisemitismus und die Gefahr, die vom Antisemitismus für alle ausgeht, bestreiten kann. Denn am Ende war keines der beiden Opfer jüdisch.

Ist nach dem Anschlag in Halle genug getan worden?

Es ist viel passiert, aber bei weitem noch nicht genug. Gerade die bauliche Verbesserung in jüdischen Einrichtung ist noch nicht flächendeckend erfolgt. Es gibt zwar jetzt ein größeres Bewusstsein, aber da müsste schneller mehr passieren. Insbesondere bei den Sicherheitsbehörden gibt es aber jetzt ein gewachsenes Bewusstsein für Antisemitismus und jüdisches Leben.

10.03.2019, Nürnberg (BY)

In der Altstadt grölt ein 47-jähriger Dynamo Dresden-Fan am Rande eines Fußballspiels antisemitische Parolen und zeigt den Hitlergruß.

15.03.2019

Sechs bayrische Polizisten werden u.a. wegen antisemitischer Inhalte in einer Chat-Gruppe vom Dienst suspendiert.

Was erhoffen Sie sich von dem Prozess gegen den Attentäter von Halle?

Der Prozess zum Anschlag in Halle bietet die große Chance, über die Entstehung von Antisemitismus und seine hartnäckige Verwurzelung in Deutschland zu sprechen. Jetzt muss zudem untersucht werden, ob der Täter ein Netzwerk oder Unterstützer*innen hatte und wie seine Radikalisierung vonstattenging.

Das Jahr 2020 war in Deutschland auch von einer Debatte über die Frage geprägt, was überhaupt Antisemitismus ist.

Das ist der positive Effekt der sogenannten Mbembe-Debatte, die ich bewusst ausgelöst habe. Es ist wichtig, den Antisemitismus-Begriff möglichst präzise zu definieren, denn nur, wenn eine Gesellschaft ein Problem für sich definiert, kann sie es auch lösen. Es gibt gerade beim israelbezogenen Antisemitismus viele Missverständnisse, die jetzt transparenter und dadurch möglichst aufgelöst werden. Ich glaube, wir gehen gestärkt aus dieser Debatte hervor.

Die Angriffe gegen Sie in dieser Debatte waren teils massiv. Hatten Sie genug Rückhalt in ihrem Amt?

In jedem Fall. Ich habe viel Solidarität erfahren, insbesondere von wichtigen jüdischen Organisationen aus dem In- wie Ausland, die sich öffentlich hinter mich gestellt haben, und von Mandatsträger*innen aus der Politik. Mir ist es wichtig, Fälle von Antisemitismus zu benennen und auch im Zweifel kontroverse Debatten auszulösen. Dazu ist mein Amt da. Das gilt gerade auch für Fälle, in denen Antisemitismus nicht klar zu erkennen zu sein scheint. Wir dürfen im Kampf gegen Antisemitismus keine Hierarchisierungen vornehmen.

Das Interview wurde im Juli 2020 geführt.

15.03.2019, Berlin

Die „Dersim Kulturgemeinde Berlin“ lädt die verurteilte PFLP-Terroristin Rasma Odeh zu einer öffentlichen Veranstaltung ein. Der Auftritt wird von der Senatsverwaltung verboten.

Hatten Sie erwartet, dass die Debatte so kontrovers geführt würde?

Die Debatte drehte sich um Passagen aus Texten von Achille Mbembe, die nicht nur aus meiner Sicht eindeutig antisemitisch sind. Es ist daher eigentlich verwunderlich, dass sie so kontrovers geführt wurde. Um es noch einmal klar zu sagen: Es spricht nichts dagegen, die Shoah mit anderen Genoziden zu vergleichen. Aber es geht nicht, sie als Genozid unter anderen darzustellen. Es gibt natürlich unterschiedliche Leidenserfahrungen, die nicht aufeinander reduzierbar sind, und ich habe Verständnis dafür, wenn Menschen aus anderen Ländern eine andere Perspektive auf die Shoah mitbringen. Aber daraus darf nicht folgen, dass wir in Deutschland unsere hart erkämpfte Erinnerungskultur aufgeben dürfen.

Die Debatte war ungleich verteilt: Viele Mbembe-Verteidiger*innen auf der einen, deutlich weniger Kritiker*innen auf der anderen Seite. Absurderweise wurde so getan, als seien die Verteidiger*innen in der Unterzahl und dürften ihre Positionen nicht vortragen. Hier zeigt sich eine Verkehrung, wonach der Vorwurf des Antisemitismus schwerer wiegt als der Fakt, dass man antisemitische Texte publiziert hat.

Ja, das ist eine Umkehrung. Sie ist irritierend, aber auch nicht überraschend, weil wir dieses Argumentationsschema in der Vergangenheit schon öfter gesehen haben.

Wo stehen wir, und was müssen wir im Kampf gegen Antisemitismus noch erreichen?

Nach meinen Träumen befragt, würde ich antworten: Das Ziel muss sein, dass jüdische Einrichtungen in Deutschland nicht mehr bewacht werden müssen. Darüber hinaus sollten wir uns bei aller Sorge mit Blick auf den wachsenden Antisemitismus freuen, dass das jüdische Leben in Deutschland blüht und im Aufschwung ist. Ich bin ja auch „Beauftragter für jüdisches Leben“ und freue mich, hier positive Impulse zu setzen.

17.03.2019, Bernburg (BB)

Nach einem Oberliga-Spiel gegen Chemie Leipzig verbreitet der Torwart eines Fußballvereins eine antisemitische Fotomontage via Instagram.

Hinter dem Glanz der Fassade

Herausforderungen antisemitismuskritischer Bildungsarbeit im Kontext gesellschaftlicher Debatten

Robert Zenker und Patrick Siegele
Anne Frank Zentrum

Aus antisemitischen Einstellungen wird zunehmend antisemitische Gewalt. Dies verdeutlicht die aktuelle Ausgabe des „Lagebilds Antisemitismus“ ebenso wie die jüngsten Zahlen antisemitischer Angriffe, die laut Bundeskriminalamt 2019 um 13 % zugenommen haben.¹ Wie konkret die Bedrohung für die in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden ist, zeigte nicht zuletzt der rechtsterroristische Anschlag auf die Synagoge in Halle an Jom Kippur 2019.

Vor dem Hintergrund dieser beunruhigenden Entwicklung und dem Aufschwung verschwörungsideologischer Bewegungen im Kontext der Covid-19-Pandemie wachsen die Erwartungen an die antisemitismuskritische Bildungsarbeit. Deren Aufgabe ist es, die Folgen, die der Antisemitismus für die Betroffenen hat, sichtbar und antisemitische Vorurteile und Stereotype bearbeitbar zu machen. Dazu gehört es auch, Wissen über Antisemitismus, seine Geschichte, Funktionen und Erscheinungsformen zu vermitteln. Idealerweise setzt die Bildungsarbeit präventiv an, um die Ausbildung antisemitischer Vorurteile und Feindbilder zu verhindern. Und sie liefert das Werkzeug, um bei antisemitischen Vorfällen erfolgreich und im Sinne der Betroffenen zu intervenieren. Dazu zählt vor allem, ein Umfeld zu schaffen, in dem sich Jüdinnen und Juden, aber auch andere von Ausgrenzung und Diskriminierung betroffene Kinder und Jugendliche sicher und ernst genommen fühlen.

Angesichts dessen, dass der Antisemitismus in jüngster Zeit noch bedrohlicher, gewaltförmiger und öffentlich sichtbarer geworden ist, stellt sich die Frage, ob die antisemitismuskritische Bildung diesem Anspruch gerecht werden kann. Vor welchen Herausforderungen steht sie und wie kann sie diesen wirksam begegnen?



Das Anne Frank Zentrum veröffentlichte 2020 die Broschüre „Umgang mit Antisemitismus in der Grundschule“. Sie ist kostenlos abrufbar unter: [annefrank.de/themenfelder/antisemitismus-entgegenwirken/handreichung-zum-umgang-mit-antisemitismus-in-grundschulen](https://www.annefrank.de/themenfelder/antisemitismus-entgegenwirken/handreichung-zum-umgang-mit-antisemitismus-in-grundschulen)

08.04.2019, Dortmund (NW)

Der Fahrer eines Fernbusses verbietet vier israelischen Kindern, Essen mit auf die Fahrt zu nehmen, während es die übrigen Fahrgäste dürfen.

18.04.2019, Billerbeck (NW)

Unbekannte malen vor der „Alten Gerberei“, die einst von einer jüdischen Familie errichtet wurde, ein ca. 4 x 5 Meter großes Hakenkreuz auf die Straße.

Herausforderungen

Trotz der tagespolitisch und medial erhöhten Präsenz von Antisemitismus begegnen antisemitismuskritische Pädagog*innen zunächst der grundsätzlichen Schwierigkeit, ein selbstreflexives Problembewusstsein über antisemitische Ressentiments bei ihren Teilnehmenden zu entwickeln. Denn Antisemit*innen sind scheinbar immer die anderen. Deutschland hat eine lange Tradition, Antisemitismus als Problem wegzuschieben: in die „bewältigte“ Vergangenheit, ins Ausland oder an die konstruierten „extremistischen“ Ränder der Gesellschaft. In jüngster Zeit stehen besonders geflüchtete und muslimische Menschen unter dem Verdacht, antisemitisch zu sein.

Diese Dynamik, Antisemitismus als etwas Externes zu betrachten, entlastet die mehrheitsdeutsche Dominanzgesellschaft. Sie ist eine Ausdrucksweise des sekundären Antisemitismus nach 1945. Die Aufarbeitung des Nationalsozialismus hat widersprüchliche Auswirkungen auf die Erinnerungskultur. In der deutschen Erfolgsgeschichte als „Erinnerungsweltmeister“ wirkt Antisemitismus als Gegenbild des demokratischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik. Da antisemitische Ressentiments nicht existieren dürfen, scheinen sie „überwunden“. Wie Meron Mendel und Astrid Messerschmidt jedoch treffend beschreiben, beruht dieser offizielle Ausschluss des Antisemitismus aus der Öffentlichkeit auf einem „fragilen Konsens“, einer „Fassade, die vieles durchlässt“.²

In dieser Konstellation scheint der Antisemitismusvorwurf schwerer zu wiegen als der Antisemitismus selbst. Problematisierungen von antisemitischen Aussagen lösen teils heftige mediale Gegenbewegungen aus. Verantwortliche behaupten, dem angeblichen Totschlagargument einer „Antisemitismuskeule“ ausgesetzt zu sein. Innerhalb der neuen Artikulationsbedingungen, in denen Antisemitismus offiziell sanktioniert wird, sind antisemitische Aussagen jedoch nicht verschwunden, sondern werden in codierter Form weiterverbreitet.

Besonders der völkisch argumentierende Teil der AfD macht sich diese „Umwegkommunikation“ zunutze, indem beispielsweise AfD-Chef Alexander Gauland den Nationalsozialismus als „Vogelschiss in über 1.000 Jahren erfolgreicher deutscher Geschichte“³ relativiert oder der thüringische AfD-Fraktionschef Björn Höcke über einen „internationale[n] Geld-Macht-Komplex mit seiner krakenhaften Machtstruktur“⁴ spricht. Mithilfe klassisch jüdenfeindlicher Bilder werden antisemitische Bedeutungsinhalte verschlüsselt transportiert. Jedoch wird sich dieser Kommunikationsform



„Du Jude!“ ist unter Schüler*innen oftmals eine Beleidigung. Hierzu veröffentlichte die Amadeu Antonio Stiftung die Broschüre „Aufstehen! Nicht Aussitzen!“. Sie ist kostenlos abrufbar unter:
amadeu-antonio-stiftung.de/publikationen/aufstehen-nicht-aussitzen

01.05.2019, Duisburg (NW)

Jugendliche versuchen bei einer Antifa-Kundgebung am Rande einer Neonazi-Demonstration, eine Israelflagge herunterzureißen und zu bespucken.

01.05.2019, Frankfurt am Main (HE)

Auf der Hochstraße wird ein jüdischer Geschäftsmann von einem unbekanntem Mann als „Scheiß Jude!“ beschimpft.

auch in der breiten Öffentlichkeit bedient: indem Literaturnobelpreisträger Günther Grass in seinem Gedicht „Was gesagt werden muss“⁵ Israel als Kriegstreiber darstellt, Kollegah und Farid Bang verachtend über jüdische Auschwitz-Häftlinge rappen⁶ oder der vegane Kochbuchautor Attila Hildmann antisemitische Verschwörungsmethoden verbreitet.

Dieser gesellschaftliche Kontext wirkt sich auf die antisemitismuskritische Bildungsarbeit aus.

Julia Bernstein beschreibt, wie Antisemitismus in Schulen von Lehrkräften als ein überwundenes Problem wahrgenommen und bagatellisiert wird.⁷ Beispielsweise, wenn „Du Jude“ als eine der häufigsten Beschimpfungen unter Schüler*innen als Mobbing, Provokation oder Scherz verharmlost wird. Besonders schwerwiegend wirkt sich diese Situation auf jüdische Betroffene aus, die als „überempfindlich“ infrage gestellt werden und keinen Schutz erfahren. Darüber hinaus werden Juden und Jüdinnen immer wieder als Stellvertreter*innen Israels oder als Opfer der Shoah adressiert. Dieses Othering durch Rollenzuweisungen bewirkt, dass sich Juden und Jüdinnen vermehrt dazu entschließen, ihre Identität zu verheimlichen, um nicht aufzufallen.⁸

Ein weiteres Problem für die Antisemitismusprävention ist die Externalisierung des Antisemitismus auf (vermeintliche) Muslim*innen, geflüchtete Menschen oder Migrant*innen. Diese sehen sich auf Grund ihrer zugeschriebenen Herkunft oder Religionszugehörigkeit pauschalen Antisemitismusvorwürfen ausgesetzt. Zudem werden sie auch aus der deutschen Erinnerungskultur ausgeschlossen: Oft wird ihnen das Interesse an der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus abgesprochen. Als besondere „Problemgruppe“ müssten sie dazu verpflichtet werden, sich mit der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen. So wurden 2018 nach vermehrten antisemitischen Anschlägen obligatorische

Gedenkstättenbesuche für Migrant*innen gefordert. Erinnerungskultur wirkt so als eine exklusive „deutsche“ Leistung. Gerade dieses Zusammenwirken von Rassismus und Antisemitismus verursacht komplexe Schwierigkeiten für die antisemitismuskritische Bildungsarbeit.

Schließlich stellen Interventionen gegen antisemitische Aussagen oder Angriffe eine besondere Herausforderung für Pädagog*innen dar. Das selbstbewusste Einschreiten erfordert inhaltliche Sicherheit. Um erfolgreich und überzeugend zu sein, bedarf eine Intervention einer verständlichen Begründung statt bloßer Repression. Hierbei ist es besonders im pädagogischen Setting unvermeidbar, zwischen Aussage und Person zu trennen und letzterer die Möglichkeit zu geben, sich von ihrer Position oder Handlung zu distanzieren. Weiterhin erfolgt oft eine unterschiedliche Bewertung von antisemitischen Handlungen und den daraus folgenden Interventionen: Während der Antisemitismus nichtmigrantischer Schüler*innen als individuelles oder zwischenmenschliches Problem missverstanden wird, wird nach antisemitischen Handlungen migrantischer Schüler*innen oft generalisierend ein konstruiertes Kollektiv der Muslim*innen unter Antisemitismusverdacht gestellt. Gerade durch diese Einseitigkeit können Interventionen aber auch zur Verfestigung antisemitischer Einstellungen führen. Etwa, wenn sich Jugendliche darin bestätigt sehen, dass ihre Diskriminierungserfahrungen keine Anerkennung finden. Es braucht daher Sensibilität für Emotionen, Ängste und Ungerechtigkeitsempfinden.

04.05.2019, Berlin

Auf dem Neuköllner Hermannplatz findet ein „Palästina-Tag“ statt. Im Rahmen der Veranstaltung werden teilweise antisemitische Plakate gezeigt.

06.05.2019, Hamm (NW)

Die Linksjugend Hamm führt auf einer Liste für eine Demonstration die Parolen „From the river to the sea, Palestine will be free“ auf.

Handlungsempfehlungen

Erfolgreiche historisch-politische und antisemitismuskritische Bildungsarbeit bedarf vor allem einer Reflexion der Pädagog*in über ihre **eigene Involviertheit**. Ebenso wie die Besucher*innen antisemitismuskritischer Workshops sind auch Pädagog*innen nicht losgelöst von den angesprochenen gesellschaftlichen Verhältnissen – die Zielgruppe sind also nicht nur Teilnehmende, sondern auch Pädagog*innen selbst.

Um den Einstieg in eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus zu vereinfachen, lohnt sich besonders ein **lebensweltlicher Ansatz**. Diese Herangehensweise ermöglicht Teilnehmenden einen thematischen Zugang anhand ihrer persönlichen Biografie, Ortsbezüge sowie der Reflexion über ihre eigene Identität und ihre Beziehungen. Mithilfe persönlicher Erfahrungen können Lernprozesse angestoßen werden, die die Identität als Ausgangspunkt nutzen, um eine inhaltliche Auseinandersetzung über Haltungen und Einstellungen auszulösen. Das Anne Frank Zentrum arbeitet bereits seit vielen Jahren erfolgreich mit dem biografischen Ansatz. Durch die Auseinandersetzung mit konkreten Biografien bekommen Jugendliche einen Zugang zu zunächst schwer greifbaren Themen und entwickeln Bezugspunkte zu ihrem eigenen Leben.

Um den verbreiteten gesellschaftlichen Stereotypen über vermeintliche migrantische und muslimische Träger*innen von Antisemitismus entgegenzuwirken, braucht es eine **zuschreibungssensible Praxis** seitens der Pädagog*innen. Sie sollten darauf achten, nicht zu pauschalisieren und sensibel für die Diskriminierungserfahrungen der Teilnehmenden zu sein.

Darüber hinaus gilt es jedoch, auch **Gleichzeitigkeiten** – beispielsweise von Rassismuserfahrungen und antisemitischen Einstellungen – in ihrer Komplexität und Widersprüchlichkeit zu erkennen und auszuhalten, gemäß der Formel: Antisemitismus aus rassismuskritischer Perspektive bearbeiten und Rassismus aus antisemitismuskritischer Perspektive.⁹

Eine Vorgehensweise, dieses Zusammendenken zu befördern, findet sich in der Auseinandersetzung mit den **Funktionen des Antisemitismus**. Ein wesentliches Motiv antisemitischer Ressentiments liegt im Reduzieren, Vereinfachen oder Personifizieren von Komplexität. Statt Antisemitismus nur als ideologisch „falsches Denken“ bloßzustellen, ermöglicht eine Betrachtung seiner Funktionen eine Reflexion über Motivationen und Bedingungen antisemitischer Argumentationsweisen.

1 Siehe: bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=8 [4.8.2020]

2 Mendel/Messerschmidt 2017: 13.

3 zitiert nach einer Rede beim Bundeskongress der Jungen Alternative am 2.6.2018 in Seebach/Thüringen. In: youtube.com/watch?v=KS1WjiR8btA&list=ULZ4MefOq-daaE&index=320 [4.8.2020]

4 Höcke, Björn (2018): Europa ist nicht Brüssel. Rede auf dem Herrmannstreffen der AfD am 24. 11. 2018, in: youtube.com/watch?v=kflg_5GphB4 [4.8.2020]

5 Süddeutsche Zeitung, 10. April 2012

6 Im Bonustrack „0815“ des Albums „Jung, brutal und gutaussehend 3“ findet sich unter anderem die Zeile „Mein Körper definierter als von Auschwitz-Insassen“.

7 Bernstein (2020): 85ff.

8 Laut einer Studie der European Union Fundamental Rights Agency gaben bereits 2013 fast ein Viertel (23 %) aller befragten Jüdinnen und Juden in Europa an, zumindest manchmal auf den Besuch jüdischer Veranstaltungen oder Stätten zu verzichten, weil es sich dort oder auf dem Weg dorthin als Jude nicht sicher fühlt. EUFRA (2013): 38.

9 Vgl. Bernstein (2020): 304.

18.05.2019, Pforzheim (BW)

Ein Kleinbus der Partei „Die Rechte“ hält vor der Synagoge der jüdischen Gemeinde und spielt eine Tonaufnahme einer bekannten Shoah-Leugnerin ab.

18.05.2019, Hemmingen (NI)

Unbekannte verüben in der Nacht einen Brandanschlag auf das Wohnhaus eines jüdischen Ehepaares. Sie haben vor der Haustür ein Feuer gelegt.

Antisemitismuskritische Bildungsarbeit erfordert den Willen und die Ausdauer der Pädagog*innen, **konfliktbereit** in die Auseinandersetzung zu treten. Anstatt bestimmte Themen zu tabuisieren und Konflikte zu vermeiden, können diese als Ausgangspunkt für Diskussionen nutzbar gemacht werden. Hierbei gilt es, konstruktiv und nachvollziehbar eine klare Haltung zu beziehen, ohne persönlich oder bloßstellend vorzugehen.

Um dem Verständnis von Antisemitismus als gesamtgesellschaftlichem Problem gerecht zu werden, braucht es eine **Vervielfältigung der Zielgruppen** antisemitismuskritischer Bildungsarbeit. Statt lediglich Jugendliche zu adressieren, sollte es wesentliches Ziel sein, auch Kinder und Erwachsene verschiedener Milieus zu erreichen. Hierbei bedarf es besonders langfristiger und kontinuierlicher Angebote, um eine vertrauensvolle Beziehung zwischen Teilnehmenden und Pädagog*innen herzustellen, die die jeweiligen Bedürfnisse und Besonderheiten ernst nimmt.

Paradoxerweise wird innerhalb antisemitismuskritischer Bildungsarbeit in der Regel eine nicht-jüdische Teilnehmer*innenschaft vorausgesetzt – es wird über Juden und nicht mit Juden gesprochen. Stattdessen braucht es eine Pädagogik, die **Jüdinnen und Juden als Subjekte** in die Bildungsarbeit **einbezieht** und Othering problematisiert. Die oberste Priorität stellt schließlich der Schutz von Jüdinnen und Juden vor antisemitischen Ressentiments dar – unabhängig davon, ob tatsächlich jüdische Teilnehmende anwesend sind oder nicht.

Literatur

Bernstein, Julia (2020): *Antisemitismus an Schulen in Deutschland. Befunde – Analysen – Herangehensweisen*. Weinheim: Beltz Juventa.

Grimm, Marc/Müller, Stefan (2020): *Bildung gegen Antisemitismus. Spannungsfelder der Aufklärung*. Frankfurt am Main: Wochenschau Verlag.

Mendel, Meron/Messerschmidt, Astrid (2017): *Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft*. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

European Union Fundamental Rights Agency (2013): *Diskriminierung und Hasskriminalität gegenüber Juden in den EU-Mitgliedstaaten. Erfahrungen und Wahrnehmungen im Zusammenhang mit Antisemitismus*. Wien.

Kurth, Alexandra/Salzborn, Samuel (2019): *Antisemitismus in der Schule. Erkenntnisstand und Handlungsperspektiven*. Wissenschaftliches Gutachten. Berlin/Gießen.

24.05.2019, Berlin

Als ein 43-jähriger Israeli in hebräischer Sprache telefoniert, wird er von zwei Männern beschimpft.

06.06.2019, Berlin

Am Al-Quds-Marsch beteiligen sich ca. 1.000 Menschen. Der Al-Quds-Tag ist ein Kampftag des iranischen Regimes, der auf die Vernichtung Israels abzielt.

Antisemitismus und Rechtsterrorismus

Timo Büchner Buchautor und Journalist (Belltower.News)

Der Versuch des Attentäters vom 9. Oktober 2019, am heiligsten Tag des jüdischen Kalenders Jom Kippur mit Waffengewalt in die Synagoge der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale) einzudringen und die anwesenden Gemeindemitglieder zu töten, ist Ausdruck eines extremen Judenhasses. Dieser zog sich durch die gesamte Tat – vom veröffentlichten Pamphlet („KILL ALL JEWS!“) über den Livestream („I think the Holocaust never happened“) bis zum Zielobjekt. Zwar verhinderte die verschlossene Eingangstür das Massaker, aber der Attentäter tötete Jana L. vor der Synagoge und Kevin S. im nahegelegenen Döner-Imbiss.

Der Judenhass, die zentrale Motivation des Attentäters, setzte sich auch im Prozess unvermindert fort. Vor Gericht behauptete der 28-Jährige, „die Juden“ seien die „Hauptverursacher des weißen Genozids“. Auf die Frage, warum er sein Ziel von Jüdinnen und Juden auf Muslim*innen verlagert habe, antwortete er: Wenn er nicht die „Ursache“ (Judentum) treffen könne, müsse er „wohl oder übel“ zum „Symptom“ (Islam) wechseln. Das verdeutlicht, wie tief der Attentäter in die Legende vom „Großen Austausch“ (Renaud Camus) eingetaucht ist, die in der Neuen und extremen Rechten seit einigen Jahren starke Verbreitung findet. Der Verschwörungsmythos des „Großen Austauschs“ meint die planmäßige Vernichtung der europäischen Völker durch eine niedrige Geburtenrate und hohe Einwanderungsrate. Eine fremdgesteuerte „Invasion“ von Muslim*innen solle die Völker „vermischen“ und letztendlich vernichten. Der Mythos ist im Kern antisemitisch: Es wird behauptet, eine geheime, mächtige Elite – oftmals wird der US-amerikanische Jude und Shoah-Überlebende George Soros genannt – plane und steuere den Bevölkerungsaustausch. Gelegentlich werden „die Juden“ offen dafür verantwortlich gemacht. Das belegt das Beispiel des Halle-Attentäters. Denn er schrieb in seinem Pamphlet

vom „ZOG“ – einem „Zionist Occupied Government“ (deutsch: einer „zionistisch besetzten Regierung“). Das Akronym ist ein weit verbreiteter Code für die „jüdische Weltverschwörung“.

Antisemitismus spielt in der Ideologie von Rechtsterrorist*innen oftmals eine Schlüsselrolle, weshalb Jüdinnen und Juden zur Zielscheibe rechtsterroristischer Anschläge werden. Ein Blick in die Geschichte der Bundesrepublik illustriert diesen Umstand:

- Der Rabbiner Shlomo Lewin und seine Lebensgefährtin Frida Poeschke wurden am 19. Dezember 1980 aus antisemitischen Motiven in ihrer gemeinsamen Wohnung in Erlangen (Bayern) ermordet. Der mutmaßliche Täter, der Selbstmord beging, war Mitglied der „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Bis heute konnte die Tat nicht vollständig aufgeklärt werden, weil unter anderem das Bundesamt für Verfassungsschutz die Freigabe relevanter Akten verweigert.
- Am Bahnhof in Düsseldorf-Wehrhahn (Nordrhein-Westfalen) explodierte am 27. Juli 2000 eine mit TNT gefüllte Rohrbombe. Zehn Menschen, die aus Aserbaidschan, Kasachstan, Russland und der Ukraine stammten, wurden teils lebensgefährlich verletzt. Eine Frau verlor ihr ungeborenes Kind. Sechs der zehn Opfer waren jüdisch und Mitglieder in umliegenden jüdischen Gemeinden. Antisemitische und rassistische Tatmotive liegen nahe. 2017 wurde ein tatverdächtiger Neonazi festgenommen, allerdings ist er Mitte 2018 aus Beweismangel freigesprochen worden.

16.06.2019, München (BY)

Unbekannte hinterlassen in der Nacht unzählige antisemitische und neonazistische Sprays auf dem Gelände einer Skate-Anlage.

21.06.2019, Hamburg

Ein Mann greift einen Rabbiner und ein Vorstandsmitglied der Jüdischen Gemeinde Hamburg an, nachdem sie das Hamburger Rathaus verlassen haben.



Wenige Tage nach dem rechtsterroristischen Anschlag in Halle (Saale) demonstrierten in zahlreichen Städten Deutschlands mehrere tausend Menschen gegen Antisemitismus und rechte Gewalt. © Florian Boillot | Snapshot Photography

- Der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU), der für zehn Morde, drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle zwischen 2000 und 2007 verantwortlich ist, erstellte eine Liste mit potenziellen Anschlagzielen. Darauf befanden sich 233 jüdische Einrichtungen. Im März 2000 sollen zwei NSU-Mitglieder die – in der Liste enthaltene – Synagoge Rykestraße im Berliner Ortsteil Prenzlauer Berg ausgekundschaftet haben.

Allerdings ist kein Rückblick in die vergangenen vier Jahrzehnte erforderlich, um auf die potentiell tödliche Dimension antisemitischen Rechtsterrors hinzuweisen. Drei Beispiele von Personen und Gruppen (abseits des Halle-Attentäters), die im Laufe der vergangenen Jahre aktiv waren und Jüdinnen und Juden ins Visier nahmen, sollen die Aktualität der antisemitischen Gefahr des deutschen Rechtsterrorismus demonstrieren:

- Franco A., Oberleutnant der Bundeswehr, erstellte Feindeslisten und machte sich Notizen zu möglichen Anschlagzielen. Er plante unter anderem Anschläge auf den Zentralrat der Juden in Deutschland und auf die Jüdin und Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane, wofür er bereits die Räumlichkeiten der Stiftung ausgespäht hatte. A. wurde

im April 2017 festgenommen, Anklage wurde im Dezember erhoben. Das Urteil steht bislang noch aus. Kahane, die sich als jüdische Frau seit Jahrzehnten gegen Antisemitismus und Rassismus engagiert, ist ein beständiges Feindbild der extremen Rechten. Das belegte nicht zuletzt der Gerichtsprozess gegen den Halle-Attentäter, der vor Gericht aussagte, sie stünde „ganz oben“ auf seiner „Feindesliste“.

- Die seit August 2016 bestehende „Goyim Partei Deutschland“ (GPD, „Goyim“ stammt aus dem Hebräischen und bedeutet „Nichtjuden“) veröffentlichte im Netz hunderte Bilder, Texte und Videos, in denen der Nationalsozialismus verherrlicht und die Shoah geleugnet wurde. Sie verbreitete antisemitische Propaganda, die konkrete Vernichtungsfantasien gegen Jüdinnen und Juden enthielt. Das Bundeskriminalamt nahm am 16. Juli 2020 die beiden „Rädelsführer“ der GPD in den Niederlanden und in Berlin fest und durchsuchte die Wohnungen von sechs weiteren Beschuldigten. Die Maßnahmen fanden in Bayern, Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland sowie Heerlen (Niederlande) statt.
- Die Anfang 2017 gegründete Gruppe „Nordadler“, die zahlreiche Eigenbezeichnungen wie „Völkische Renaissance“ und „Völkische Revolution“ nutzte, vertrat eine Mischung aus antisemitischen, rassistischen und verschwörungsideologischen Positionen. Sie hatte Immobilien in Thüringen gekauft, um eine Schulungsarbeit nach dem Vorbild des NS-Reichsarbeitsdienstes durchzuführen. Durch gezielte Anschläge auf Jüdinnen und Juden wollte sie einer nationalsozialistischen Diktatur zur Macht verhelfen. Im April 2018 führte die Bundesanwaltschaft mehrere Hausdurchsuchungen im Norden Deutschlands durch, ehe das Verbot der Gruppe am 23. Juni 2020 mit Durchsuchungen in Brandenburg, Sachsen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen vollzogen wurde.

13.07.2019, Freiburg (BW)

Ein Mann attackiert die Vorsitzende der Israelitischen Gemeinde am Eingang des Gemeindehauses mit üblen Vernichtungsdrohungen.

17.07.2019, Gangelst (NW)

Auf dem jüdischen Friedhof werden 30 Grabsteine umgeworfen und mit NS-Symbolen beschmiert.

Am eindrücklichsten führt uns das Beispiel des Halle-Attentäters die aktuellen Entwicklungen des antisemitisch motivierten Rechtsterrorismus vor Augen:

① Transnationalisierung – Der Anschlag knüpfte an die zwei antisemitischen Anschläge von Pittsburgh (Pennsylvania/USA, 27.10.2018) und Poway (Kalifornien/USA, 27.4.2019) sowie an den Anschlag auf zwei Moscheen in Christchurch (Canterbury/Neuseeland, 15.3.2019) an. So sagte der Halle-Attentäter im Gerichtsprozess, er habe den Entschluss zum Massaker nach dem Christchurch-Anschlag gefasst. Die Serie rechtsterroristischer Anschläge offenbart, dass sich die Attentäter gegenseitig inspirieren und zum Massaker anstacheln.

② Online-Radikalisierung – Zwar handelte der Attentäter in der konkreten Tатаusführung allein, aber im Prozess seiner Radikalisierung wird deutlich, dass der „Einzeltäter“-Begriff irreführend ist. Denn er bekam ideelle und infrastrukturelle Unterstützung, zum Beispiel soll er eine 0,1 Bitcoin-Spende (ca. 1.000 Euro) zum Kauf von Stahl für den Bau seiner Waffen erhalten haben.

③ Intersektionalität – Der Anschlag war nicht nur antisemitisch, sondern auch rassistisch und antifeministisch/misogyn motiviert. Das belegen die Opferauswahl und der stark ausgeprägte Frauenhass im Pamphlet, der an die Ideologie der hegemonialen Männlichkeit der „Incels“ (von „involuntary celibate“, deutsch: „unfreiwilliges Zölibat“) erinnert.

Literatur

Baeck, Jan-Philipp/Speit, Andreas (2020): *Rechte Egoshooter. Von der virtuellen Hetze zum Livestream-Attentat*. Berlin: Ch. Links Verlag.

Quent, Matthias/Salheiser, Axel/Salzborn, Samuel (2019): *Rechtsterrorismus. Wissen schafft Demokratie* – Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, Ausgabe 6.

Steinke, Ronen (2020): *Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und der Staat versagt. Eine Anklage*. München: Piper Verlag.

An dieser Stelle werden die Parallelen zu rechtsterroristischen Anschlägen deutlich, die nicht explizit antisemitisch motiviert und gegen Jüdinnen und Juden gerichtet waren: Das Weltbild der Attentäter, die den Kasseler Regierungspräsidenten Dr. Walter Lübcke (2.6.2019) und neun Migrant*innen in Hanau (19.2.2020) ermordeten, war von strukturell antisemitischen Verschwörungsmymen geprägt. Beide Attentäter glaubten an eine höhere Macht, die für den „Bevölkerungsaustausch“ und den „Volkstod“ der Deutschen verantwortlich sei.

Eines wird deutlich: Antisemitismus und antisemitische Verschwörungsideologien drängen zur Tat. Wird angenommen, das „deutsche Volk“ werde existenziell bedroht und es bleibe nur noch wenig Zeit, um die schleichende Entwicklung des „Volkstods“ zu stoppen, entsteht ein Handlungsdruck. Greifen die Attentäter zur Waffe und ermorden Menschen, legitimieren sie die Taten mit angeblicher Notwehr. Schließlich sei der Anschlag notwendig gewesen, um die Deutschen vor der Vernichtung zu bewahren.

18.07.2019, München (BY)

Ein Mann schlägt unvermittelt auf einen Passanten ein, schreit antisemitische Parolen und zeigt den Hitlergruß. Er setzt dies nach Eintreffen der Polizei fort.

27.07.2019, Berlin

Im Vorfeld der Pride Week setzt eine starke Online-Mobilisierung gegen die Veranstalter*innen ein, weil sie sich gegen die BDS-Kampagne ausgesprochen haben.

„Solche Attentäter können mit keiner nennenswerten Unterstützung in der Gesellschaft rechnen.“

Gespräch mit Max Privorozki

Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale)

Für das jüdische Leben in Deutschland war der Anschlag vom 9. Oktober 2019 in Halle (Saale) durch einen Rechtsterroristen eine Zäsur. Obwohl der Attentäter sein Ziel, in die Hallenser Synagoge einzudringen, nicht erreichte, zeigte der Versuch, welches mörderische Potenzial nach wie vor vom Antisemitismus ausgeht. Max Privorozki, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale), berichtet über den Alltag der Gemeinde nach dem Anschlag, die neuen Herausforderungen in der Covid-19-Pandemie und die Solidarität von Politik und Zivilgesellschaft.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus Am 9. Oktober 2019 versuchte ein 28-Jähriger, Ihre Synagoge mit Waffengewalt zu stürmen und die anwesenden Jüdinnen und Juden zu ermorden. Wie nehmen Sie heute, im Sommer 2020, die Stimmung in der Gemeinde wahr? Konnte der Alltag wieder in das Gemeindeleben einkehren?



Max Privorozki
© Ella Privorozki

Max Privorozki Ich bekomme diese Frage sehr häufig gestellt. Dabei wird vergessen, dass wir uns inmitten einer Pandemie befinden. Die Konsequenzen der Covid-19-Pandemie sind für die Arbeit und das Leben in der Gemeinde katastrophal. Man denke an das Pessachfest, eines der bedeutendsten Feste im Judentum. Es fand in Zeiten des Shutdowns statt. Es war unmöglich, Pessach „normal“ zu feiern, obwohl wir unser Möglichstes getan haben. Wir haben die Feierlichkeiten via Zoom durchgeführt, wir haben Lebensmittel in die einzelnen Haushalte gebracht, ... Aber natürlich reichte das keineswegs an das Fest heran, das mit der gesamten Familie in der Synagoge gefeiert wird. Und Pessach ist nur ein Beispiel. Wir mussten vieles aus dem Gemeindeleben absagen: Ferienlager für die Kinder, gesellige Abende für die Älteren, ... Daher ist die Stimmung in der Gemeinde sehr betrübt.

27.07.2019, Berlin

Der Rabbiner Yehuda Teichtal wird in Begleitung eines seiner Kinder nach dem Besuch der Synagoge auf offener Straße bespuckt und auf Arabisch beschimpft.

10.08.2019, Berlin

Ein Fluggast mit einer Davidstern-Halskette wird wegen eines zu großen Gepäckstückes antisemitisch beschimpft und vom Flug ausgeschlossen.

Mit welchen Gefühlen blicken Sie in das kommende Jahr?

Das Ende der Pandemie ist noch nicht in Sicht. Niemand weiß, wie sich all das im kommenden Jahr entwickeln wird. Es ist schwer vorhersehbar. Insofern können wir wenig bis nichts planen. Wir wissen nicht, wie die großen Feste gefeiert werden sollen. Das wird sich wohl erst 2021 zeigen.

Die enormen Herausforderungen, die sich aus der Pandemie für die Gemeinde ergeben, sind das eine. Hinzu kommen die Verarbeitung des Attentats und die Begleitung des Prozesses gegen den Täter. Am 21. Juli 2020, in wenigen Tagen, beginnt der Gerichtsprozess, neun Monate nach der Tat. Sie sind einer der 43 Nebenkläger*innen. Was erhoffen Sie sich vom Prozess?

Ich suche Antworten auf zwei Fragenkomplexe. Der erste Komplex dreht sich um die Radikalisierung des Mannes: Wie konnte er sich zum mutmaßlichen Mörder entwickeln? Wie konnte es geschehen, dass er seine Vorstellung von der Weltordnung über das menschliche Leben gestellt hat? Wie konnte es geschehen, dass er Menschen, die er hasste, getötet hat? Der zweite Komplex dreht sich um die Unterstützung des Mannes: War er, nicht nur in Bezug auf den Tag des Attentats, wirklich ein Einzelgänger? Wie hat er die Vorbereitungen zur Tat finanziert? Welche Rolle spielten seine Eltern? In den Akten, die ich bislang gelesen habe, bleiben die Fragen unbeantwortet und werden, so finde ich, nicht ausreichend beleuchtet.

Glauben Sie, dass Sie befriedigende Antworten auf diese Fragen bekommen werden?



Synagoge der Jüdischen Gemeinde zu Halle (Saale). © Nikolas Lelle

Wissen Sie, die Hoffnung stirbt zuletzt. Das ist der einzige Grund, weshalb ich die Nebenklage erhoben habe. Ich bin fest entschlossen, dass die Bundesanwaltschaft die höchste Strafe verlangen und das Gericht eine lebenslange Haftstrafe verhängen wird. Dafür wird meine Nebenklage sicherlich nicht erforderlich sein.

07.09.2019, Weimar (TH)

Unbekannte beschmieren in der KZ-Gedenkstätte Buchenwald insgesamt drei Gedenksteine mit Hakenkreuzen.

07.09.2019, Mühlheim (HE)

In der hessischen Polizei tauchen stark antisemitische und rassistische Bilder in einer WhatsApp-Gruppe auf.

Ende Mai 2020 sorgte der Attentäter für Aufsehen, als er versuchte, aus der JVA Halle (Saale) auszubrechen? Was waren Ihre Gedanken, als Sie vom Fluchtversuch erfahren haben? Und: Welche langfristigen Konsequenzen fordern Sie mit Blick auf das Versagen der Behörden?

Ich war schockiert und dachte, dass das ein schlechter Witz ist. Konsequenzen? Ich fordere keine Konsequenzen angesichts des Fluchtversuchs. Aber ich fordere von der Politik, dass sie nachhaltig handelt und strategisch denkt – anstatt immer und immer wieder hastig auf ein Ereignis reagieren zu müssen. Der Betrieb muss ständig funktionieren – und nicht nur, wenn etwas passiert. Daher muss die Strategie eine absolute Priorität für die Politik haben. Das gilt für die Sicherheit in der JVA, für die Arbeit der Polizeibehörden usw.

Über das Attentat vom 9. Oktober 2019 wurde weltweit berichtet. Wie haben Sie das starke Medieninteresse im Nachgang der Tat wahrgenommen? War das hilfreich oder eher übergriffig?

Für mich war klar, dass mich in den Tagen und Wochen nach der Tat eine Vielzahl an Pressefragen erreichen würden. Der Bundespräsident, Innenminister und Ministerpräsident besuchten uns, hunderte Kameras und Mikrofone richteten sich auf uns. Ich gebe bis heute pro Tag drei bis vier Interviews. Es erreichen mich Anfragen aus ganz Europa. Ich hätte nicht gedacht, dass die unfassbare Masse an Presseanfragen kein Ende nimmt. Nun weiß ich, dass ich einen Pressesprecher hätte einstellen sollen, der sich um die Anfragen kümmert. Schließlich habe ich noch viele andere Aufgaben in der Gemeinde zu erledigen.

Es gab neben den medialen Reaktionen eine Vielzahl an Reaktionen aus der Politik und der Zivilgesellschaft. Inwiefern haben Sie von dort glaubwürdige Solidarität erfahren? Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

*Die gesellschaftliche Unterstützung war enorm und ist bis heute enorm. Wir haben verstanden, dass Menschen wie der Attentäter mit keiner nennenswerten Unterstützung in der Gesellschaft rechnen können. Das ist meiner Meinung nach einer der Hauptunterschiede zwischen derartigen Angriffen und den Angriffen, die sich in der Zeit des Nationalsozialismus gegen Jüdinnen und Juden ereigneten. Die Frage nach der Unterstützung, die wir vonseiten der Politik erfahren haben, ist schwer zu beantworten. Denn es ist nicht immer ersichtlich, ob die Politiker*innen aus der Verpflichtung heraus solidarisch sind oder ob sie auch menschlich genauso denken, wie sie sprechen.*

Das Gespräch wurde im Juli 2020 geführt.

02.10.2019, Massing (BY)

Nachdem ein Unbekannter eine Frau um Geld bittet und sie zu ihrem Sohn auf Hebräisch spricht, beschimpft der Mann sie und bewirft sie mit einem Stein.

04.10.2019, Berlin

Ein Mann bedroht die Objektschützer der Neuen Synagoge mit einem Messer und ruft „Allahu Akbar“. Nach der Festnahme wird er einen Tag später freigelassen.

„Ich möchte, dass mehr Fakten ans Licht kommen.“

Gespräch mit Naomi Henkel-Gümbel



Naomi Henkel-Gümbel
© Adela Lovrić

Naomi Henkel-Gümbel ist eine von 43 Nebenkläger*innen im Prozess gegen den Attentäter des Halle-Anschlags. In Deutschland geboren und aufgewachsen, wanderte sie nach der Schulzeit nach Israel aus und teilt heute ihre Zeit zwischen beiden Ländern auf. In Israel wie auch in Berlin engagiert sie sich für die Entwicklung und Gestaltung jüdischer Communities und der jeweiligen Gesellschaft. Naomi war als Teil der Base Berlin-Gruppe am 9. Oktober 2019 zu Jom Kippur in Halle zu Gast.

Am 21. Juli 2020 begann vor dem Oberlandesgericht Naumburg der Prozess gegen den Attentäter¹, der an jenem Tag einen Anschlag auf die Synagoge in Halle und den nahegelegenen Imbiss Kiez-Döner verübte, dabei zwei Menschen ermordete und weitere verletzte. Rachel Spicker hat für Belltower.News mit Naomi Henkel-Gümbel darüber gesprochen, wie sie den Anschlag erlebt hat, warum sie sich für eine Nebenklage entschieden hat und was sie sich von dem Gerichtsverfahren erhofft.

Belltower.News *Wie haben Sie den Anschlag erlebt?*

Naomi Henkel-Gümbel *Ich habe nicht sofort verstanden, was passiert ist. Nachdem ich den ersten Knall gehört habe, habe ich noch Witze darüber gemacht – nach dem Motto „Ah, jetzt bin ich ja wenigstens wach“. Wir hatten bereits seit dem Abend davor gefastet und während der Gebete längere Zeit gestanden. Das Stehen, die Konzentration auf den Inhalt des Gebets, die Auseinandersetzung mit sich selbst – das ist ja durchaus auch kräftezehrend. Dann habe ich einen zweiten Knall gehört und durch die Fenster eine Art Lichtkörper gesehen. Ich dachte zunächst, dass es Jugendliche wären, die Böller werfen. Mir war sofort bewusst, dass es antisemitisch motiviert war. Aber ich hätte nicht gedacht, dass jemand Sprengsätze auf die Synagoge und den angrenzenden Friedhof geworfen hat. Ich erinnere mich, dass alle ziemlich ruhig geblieben sind, niemand hat eine Panikattacke bekommen oder ähnliches. Wir sind in Deckung gegangen und dann in die Wohnung gelaufen, die sich oberhalb der Synagoge befindet, während andere Personen alle Zugänge zur Synagoge verriegelt und verbarrikadiert haben. Eine Person hat angefangen, Bettlaken und Bettbezüge abzuziehen und eine Notleiter zusammenzuknoten, eine andere religiös observante Person hat*

¹ Einige Nebenkläger*innen haben in ihrem Statement zum Prozessbeginn Medienschaffende dazu aufgerufen, den Namen des Attentäters nicht zu nennen, um ihm selbst keine Plattform zu bieten. Dieser Forderung wollen wir hier nachkommen.

09.10.2019, Halle (Saale) (ST)

Ein 28-jähriger versucht an Jom Kippur, die Synagoge der Jüdischen Gemeinde zu Halle mit Waffengewalt zu stürmen. Er tötet zwei Menschen.

09.10.2019, Halle (Saale) (ST)

Nach Beginn einer Kundgebung für die Betroffenen des Halle-Anschlags fährt ein Radfahrer gezielt in die Teilnehmenden und schreit Unverständliches.

ihr Telefon eingeschaltet, um zu erfahren, was genau eigentlich gerade vor sich geht – wohl aus einer guten Intuition heraus, dass hier Leben bedroht sind, denn es waren nicht alle aus unserer Gruppe in der Synagoge anwesend. Obwohl ich das als ein Zeichen für den Ernst der Lage wahrgenommen habe, bin ich erstaunlich ruhig geblieben und wollte weiterhin wie gewohnt den Tag traditionell einhalten – etwas, was mir im Nachhinein sehr zugesetzt hat. Das nicht richtige Einschätzen der Situation und diese Ungewissheit, dieser Kontrollverlust war besonders schwierig: Wir wussten nicht, sind es vielleicht mehrere Täter? Wer ist die Person, die vor der Synagoge angeschossen wurde? Lebt die Person noch? Wer kann ihr helfen? Wir konnten ja nicht raus. Das war ziemlich bedrückend.

Erst nach und nach wurde mir bewusst, was uns da passiert ist. Das mag sich vielleicht lächerlich anhören, aber ich dachte, vielleicht wird darüber in den Lokalnachrichten berichtet. So wie in den Lokalnachrichten steht, dass eine Bank überfallen wird. Die Dimension des Erlebten und dass es ein Stückweit deutsche Geschichte prägen würde, wurde mir erst viel später klar.

*Die ersten Tage nach dem Anschlag waren für mich schwer zu bewältigen. Einen Tag später wollten wir mit dem Zug zurück nach Berlin fahren. Dadurch, dass der Bahnhof zeitweise gesperrt wurde, konnten wir unsere ursprüngliche Verbindung nicht nehmen. Wir gingen zum Schalter der Deutschen Bahn und erklärten, dass wir unseren ursprünglichen Zug nicht nehmen konnten. Die Angestellte fragte, warum. Wir guckten uns an und schwiegen einen Moment. Dann erzählten wir kurz, was passiert war. Die Bahnangestellte antwortete knapp, dass könnte ja jede*r behaupten und fragte, wie wir das beweisen könnten. Ja, wie können wir beweisen, dass wir einen antisemitischen und rassistischen Terroranschlag überlebt haben? Ich schaute auf meinen Arm und sah da noch das Bändchen, das uns im Krankenhaus nach dem Anschlag zur Registrierung angelegt worden war. Als wir das unangenehme Gespräch hinter uns gebracht hatten und aus*

dem Bahncenter Richtung Gleise gehen wollten, sahen wir einen Neonazi mit der üblichen Kleidung und den üblichen Tattoos. Das war unser Abschied von Halle.

Wie geht es Ihnen heute?

*Ich habe nach und nach versucht, diesen Kontrollverlust, den ich am Tag des Anschlags so deutlich gespürt habe, zu bearbeiten und wieder näher zu mir selbst zu finden. Ich möchte nicht, dass dieses Erlebnis dauerhaft meinen Alltag bestimmt. Und das gelingt mir jetzt wieder besser. Es gibt sehr viele Bereiche, bei denen ich sagen würde, da bin ich stärker als vor Halle und auch stärker als direkt danach. Einen großen Teil dessen habe ich dem Support der jüdischen Community in Berlin und meinen Freund*innen zu verdanken, ich habe viel Solidarität erfahren.*

Natürlich gibt es Ereignisse, die mich zurückwerfen. Der Anschlag in Hanau am 19. Februar 2020, bei dem neun Menschen aus rassistischen Motiven getötet wurden, hat mich zutiefst erschüttert und wütend gemacht. Gleichzeitig werden dadurch Erinnerungen an den 9. Oktober in Halle wach. Mit der Zeit und durch die Corona-Pandemie habe ich gemerkt, es sind nicht nur Menschen für mich da, sondern es gibt auch Menschen in meinem Umfeld, die auf mich zählen und für die ich Verantwortung trage. Das, was uns passiert und was zum Beispiel in Hanau passiert ist, hat mich dazu gebracht, abzuwägen und mich selbst zu fragen, gut, ich kann entweder eine passive Rolle einnehmen oder ich werde aktiv: Ich kann den Aufarbeitungsprozess und die gesellschaftlichen Entwicklungen aktiv mitgestalten und mein Bestes geben, um dagegen zu halten.

Warum haben Sie sich dafür entschieden, Nebenklägerin zu werden?

Als Nebenklägerin habe ich die Möglichkeit, darüber zu berichten, was ich erlebt habe und wie ich es erlebt habe. Aber mir geht es um mehr als das: Ich möchte das Narrativ rund um dieses Ereignis aktiv mitgestalten. Ich möchte wissen, welche Umstände dazu

11.10.2019, Chemnitz (SN)

Während einer Kundgebung für die Betroffenen des Halle-Anschlags zeigt ein Mann in einer vorbeifahrenden Straßebahn einen Hitlergruß.

13.10.2019, Gehrden (NI)

Ein Gedenkkranz für die Toten des Halle-Anschlags, der an der Gedenktafel der zerstörten Synagoge abgelegt ist, wird angezündet.

geführt haben, dass dieser Anschlag sich so ereignen konnte. Ich möchte dazu beitragen, dass mehr Fakten ans Licht kommen. Ich habe das Gefühl, dass die Öffentlichkeit diesen Anschlag schon ad acta gelegt hat, es geht mal wieder um einen Einzeltäter, der die Tat auch noch gefilmt hat, das heißt, die Beweislage ist doch klar und wir können damit abschließen. Ich kann damit nicht abschließen, ich habe noch viele Fragen. Ich frage mich, ob wir wirklich von einem Einzeltäter sprechen können, wenn er sich in Online-Communitys gemeinsam mit anderen ausgetauscht hat und sich mit seinem Anschlag in englischer Ansprache auf einen anderen Attentäter bezieht und zur Nachahmung auffordert. Ich frage mich, wie es möglich ist, dass seine Online- und Offline-Aktivitäten und seine Pläne weder seinem Umfeld noch den Behörden bekannt gewesen sein sollen. Mir ist wichtig zu erfahren, wie die Behörden zu der Einschätzung kommen, dass vor der Synagoge kein Schutz notwendig war, und wo beim Polizeieinsatz am Tag selbst Fehler gemacht wurden. Ich frage mich auch, warum die Presse lieber darüber berichtet, dass uns eine Tür aus guter deutscher Eiche gerettet hat, anstatt darüber zu berichten, dass jüdische Gemeinden seit Jahrzehnten mit oft sehr wenig zur Verfügung stehenden Mitteln ihre Sicherheitskonzepte in der Regel selbst erarbeiten und mit ihren eigenen Budgets umsetzen müssen. Es ist der jüdischen Gemeinde in Halle zu danken, dass sie selbst ein Sicherheitskonzept erstellt hat, und der Person zu danken, die die Tür schlussendlich abgeschlossen hat.

Dieser Prozess bedeutet für mich aber auch, mich mit meiner persönlichen Geschichte auseinanderzusetzen. Ich bin als Enkelin von Holocaust-Überlebenden in Deutschland aufgewachsen und habe mich lange Zeit fehlplatziert gefühlt. In Gesprächen mit meinen Verwandten, die Deutschland verlassen haben, kam

Das Gespräch wurde im Juli 2020 von Rachel Spicker für Belltower.News geführt.

immer wieder die Frage auf, wie wir, wie meine Großeltern sich dafür entscheiden konnten, in Deutschland zu bleiben. Ich selber konnte es nicht verstehen. Ich habe mich bewusst dafür entschieden, nach der Schulzeit nach Israel auszuwandern. Einer der Gründe dafür waren Antisemitismuserfahrungen. Seit kurzem verbringe ich wieder mehr Zeit in Deutschland aufgrund meines Studiums. Und dann ist Halle passiert. Nach dem Anschlag habe ich länger mit der Frage gehadert, ob es nicht ein Fehler war, ein Leben in Deutschland zu versuchen. Mittlerweile sehe ich mich mehr in der Verantwortung, gegen rechte Kräfte zu halten – an beiden Orten, die ich als meine Heimat betrachte, auch wenn es zeitweise schwierig und schmerzhaft ist.

Was erhoffen Sie sich von dem Prozess?

Ich hoffe, dass ich besser verstehen kann, wie es zu dieser Tat kommen konnte und welche Perspektiven und Möglichkeiten es gibt, solche Taten in Zukunft zu verhindern. Ich möchte Brücken statt Mauern bauen. Auch wünsche ich mir, dass der Prozess dazu beitragen kann, dass es ein besseres Verständnis der Mehrheitsgesellschaft für die Lebenswelten von uns Minderheiten gibt und wir solidarische Verhältnisse aufbauen und intensivieren können. Wir brauchen mehr solidarische Bündnisse mit- und untereinander. Die gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahre und die Zunahme rechter Gewalt und rechten Terrors zeigen, dass das wichtiger denn je ist.

Weitere Informationen zum Gerichtsprozess

Gemeinsam mit NSU-Watch dokumentiert der Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG) den Prozess auf Deutsch, Englisch und Russisch. Auf dem Blog halle-prozess-report.de werden Prozessdokumentationen, Berichte und Eindrücke aus Perspektive der Nebenklage im Austausch mit Nebenkläger*innen, Aktivist*innen und Unterstützer*innen veröffentlicht.

15.10.2019, Denzlingen (BW)

Unbekannte schmieren „Juden töten ist geil – danke an Halle 2019“ sowie ein Hakenkreuz an eine Wand in der Unterführung des Bahnhofs.

17.10.2019, Berlin

Ein 29-jähriger beleidigt in einem Lokal im Berliner Ortsteil Kreuzberg einen anderen Mann antisemitisch und greift diesen körperlich an.

Antisemitismus in der extremen Rechten

Jan Riebe Fachstelle Gender, GMF und Rechtsextremismus
Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention

Die extreme Rechte ist in Fragen der angestrebten politischen Ziele, ihres Auftretens und der Wahl der Mittel oftmals heterogen. Jedoch gibt es viele einende ideologische Aspekte. Dazu zählt neben Rassismus, Nationalismus und Antifeminismus auch der Antisemitismus.

Im Gegensatz zu Rassismus, Nationalismus und Antifeminismus, zu denen man sich mehr oder weniger offen bekennt, ist das halbwegs offene Bekenntnis zum Antisemitismus in den letzten Jahren stärker umstritten. Während die klar neonazistische extreme Rechte ihren Antisemitismus weitestgehend offen zur Schau stellt, arbeiteten die rechtspopulistische extreme Rechte und die sogenannte Neue Rechte viel stärker mit Andeutungen und Mimikry. Der Erfolg der letzten Jahre hängt auch mit dieser Taktik zusammen.

Antisemitismus als strukturierende Leitideologie des Rechtsextremismus

Antisemitismus ist jedoch jenseits taktischer Überlegungen nach wie vor die Kernideologie der gesamten extremen Rechten in Deutschland. Er strukturiert ihr Weltbild, auch wenn der Grad dessen, wie stark die jeweiligen Strömungen in antisemitischen Weltdeutungen verhaftet sind, sich unterscheidet.

Antisemitismus ermöglicht es, die Welt in klare Fronten aufzuteilen; Komplexitäten, Uneindeutigkeiten gibt es hier nicht. In einem geschlossenen antisemitischen Weltbild kämpft stets das vollständig Gute gegen das absolute Böse. Diese Weltsicht ermöglicht es, jegliches eigene Handeln als Verteidigung zu rechtfertigen, und legitimiert somit auch Gewalt als „Widerstand“. Das Böse wird in Jüdinnen und Juden personifiziert. Mit dieser Personifizierung und Verabsolutierung des Bösen lassen sich alle Ereignisse der Weltgeschichte, ob Krisen oder Revolutionen, Krankheiten, ja sogar Naturkatastrophen erklären. Sie werden nicht als systembedingt oder naturgegeben identifiziert, sondern als eine Verschwörung gegen das Eigene, gegen „das Gute“ – durch eine kleine Machtelite, durch „die Juden“. Nicht immer werden Jüdinnen



Die extrem rechte Partei „Der III. Weg“ dämonisiert den Staat Israel als „Terrorstaat“. Der israelbezogene Antisemitismus ist eine tragende Säule der offen NS-verherrlichenden Partei. © Lucius Teidelbaum

28.10.2019, Berlin

In Berlin-Weißensee wird ein 70-jähriger Mann antisemitisch beleidigt, zudem schlägt der Täter auf ihn ein, bis der Betroffene zu Boden stürzt.

18.11.2019, Berlin

Vier Jugendliche beleidigen einen 76-jährigen in Berlin-Pankow antisemitisch und schlagen diesem ins Gesicht. Als dieser daraufhin zu Boden geht, schlagen die Täter*innen weiter auf ihn ein.

und Juden beim Namen genannt, dies hat vielfach taktische Gründe, um sich nicht politisch ins Abseits zu stellen. Die eigene Klientel versteht aber, wer gemeint ist, und nur darum geht es. Das antisemitische Weltbild ist eine notwendige Voraussetzung für die extreme Rechte, um erklären zu können, warum „die Deutschen“ (als ethnisch-homogene Gemeinschaft gedacht) nicht den Platz in der Geschichte einnehmen, der ihnen nach ihrer Ansicht zusteht.

Rhetorische Tricks



Die extrem rechte Partei „Die Rechte“ provozierte auf einer Demonstration am 11. Mai 2019 in Pforzheim (Baden-Württemberg) mit der Parole „Israel ist unser Unglück!“, die an die antisemitische Parole „Die Juden sind unser Unglück!“ des NS-Hetzblattes „Der Stürmer“ erinnert.

© Marc Gruber | imago images | vmd-images

Antisemitische Positionierungen sind sowohl Ausdruck des Weltbilds als auch einer Anti-Establishment-Haltung. Das Motto lautet: „Man wird ja wohl noch sagen dürfen ...“ Dafür ist es wichtig, Skandale zu produzieren, ohne sich richtig angreifbar zu machen. Dies geschieht vielfach mit rhetorischen Tricks. Auch der Thüringer AfD-Fraktionsvorsitzende Björn Höcke nutzt diese, um sich antisemitisch zu äußern. Als er das Holocaust-Mahnmal als „Denkmal der Schande“ bezeichnete, spielte er sehr bewusst mit der Doppeldeutung, dass es sowohl so aufgefasst werden kann, dass es eine Schande ist, solch ein Denkmal zu bauen, als auch, dass es ein Denkmal ist, das an eine Schande erinnert. Die neonazistische Partei

„Die Rechte“ trug am 1. Mai 2018 bei einem Aufmarsch ein Front-Transparent mit dem Slogan „Ob Dortmund, Erfurt oder Buxtehude – der Feind ist und bleibt der Kapitalismus“. Sehr wohl wissend, dass alle verstanden, dass sich auf Buxtehude „Jude“ und nicht „Kapitalismus“ reimt. So äußert man sich klar antisemitisch, setzt Kapitalismus mit Jüdinnen und Juden gleich und muss dennoch keine strafrechtlichen Konsequenzen fürchten. Diese rhetorischen Tricks gehören zum Alltagsrepertoire der extremen Rechten.

Ausweitung der Kampfzone

Die rhetorischen Taschenspieler*innentricks helfen der extremen Rechten, sich für bürgerliche Kreise zu öffnen. Dass ihr Agitationsspielraum sich in den letzten Jahren immens vergrößern konnte, hängt wesentlich damit zusammen, dass die gesellschaftliche soziale Ächtung von Rechtsextremen und auch des Antisemitismus stark nachgelassen hat. Ein wichtiges Ereignis hierfür waren die Demonstrationen gegen Geflüchtete 2015. Nochmals verstärkt im Zuge der Corona-Pandemie hat sich deutlich gezeigt, dass es in größeren Teilen der Bevölkerung keine Distanz mehr zu Inhalten, Aktionsformen und Personen der extremen Rechten gibt. Die extreme Rechte ist in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

19.12.2019, Berlin

Ein 14-jähriger Schüler wird in Berlin-Tempelhof von drei Mitschülern antisemitisch beleidigt, gefesselt und gewürgt.

06.01.2020, Berlin

Als ein 30-jähriger Mann mit zwei Familienmitgliedern aus der U-Bahn steigt, schlägt ihm ein Unbekannter mit der Faust ins Gesicht und beleidigt ihn antisemitisch.

Antisemitismus schadet dabei nicht, sondern ist vielfach hilfreich. Dies führt auch zur verstärkten gesellschaftlichen Akzeptanz und Reproduktion von Antisemitismus, insbesondere in Form von Verschwörungserzählungen. Hierbei erfüllt das von Jürgen Elsässer herausgegebene Compact-Magazin eine wichtige Mittlerrolle zwischen den Spektren. Verschwörungserzählungen wie die der „Umvolkung“, welche behauptet, dass es einen Geheimplan gäbe, die weiße Bevölkerung Europas durch Muslim*innen und nicht-weiße Menschen zu ersetzen, waren anfänglich auf rechtsextreme Kreise beschränkt. Durch den bewussten Distanzverlust größerer Bevölkerungsteile dem organisierten Rechtsextremismus gegenüber werden diese antisemitischen Verschwörungserzählungen gesellschaftlich viel breiter reproduziert als noch vor wenigen Jahren und finden sich mittlerweile auch im Bundestagsplenum wieder.

Während sich bekannte rechtsextreme Akteur*innen Mühe geben, ihren Antisemitismus bei klaren Andeutungen zu belassen, spricht das rechtsextreme Fußvolk aus, was gemeint ist. So beschimpft der als veganer Kochbuchautor bekannt gewordene Attila Hildmann Gegner*innen als „Parasiten“ und „Untermenschen“ und lässt dabei kaum eine antisemitische Verschwörungserzählung aus: Der „Judenstamm“ der Zionist*innen habe die Shoah mitfinanziert und nach dem Krieg daran weitergearbeitet, „die deutsche Rasse“ zu vernichten.¹

Solche und andere Hetze und Diffamierung von Jüdinnen und Juden geht schnell in physische Gewalt über. Im Fokus der Angriffe stehen bekannte jüdische Persönlichkeiten, die sich für eine liberale und diverse Gesellschaft einsetzen und so verantwortlich gemacht werden, hinter der „Umvolkung“ zu stehen, wie George Soros und Anetta Kahane. Gegen beide gab es bereits umgesetzte oder geplante Anschlagversuche durch Rechtsextremisten. Rechtsterrorist*innen wie der Attentäter von Halle würden ohne den vorhandenen antisemitischen gesellschaftlichen Diskurs nicht zur Tat schreiten. Deshalb können Gewalttaten nicht ohne den gesellschaftlichen Resonanzraum für Antisemitismus betrachtet werden.

Der Antisemitismus stellt für die extreme Rechte eine bedeutende Brückenideologie dar, nicht nur zur Mitte der Gesellschaft und einigen linken Milieus, sondern auch zu migrantischem Rechtsextremismus, wie dem der „Grauen Wölfe“, oder zu islamistischen Gruppen.

Shoahleugnung

Seit 1945 ist die Shoahleugnung oder -relativierung ein wichtiges Aktionsfeld der extremen Rechten. Für inhaftierte Shoahleugner*innen wie Horst Mahler oder Ursula Haverbeck-Wetzel veranstalten Rechtsextreme regelmäßig Kundgebungen. Die neonazistische Partei „Die Rechte“ stellte Haverbeck-Wetzel gar als Spitzenkandidatin für die Europawahl 2019 auf. Auch aufgrund der deutschen und europäischen Rechtsprechung ist jedoch zu konstatieren, dass die offene Shoahleugnung eher auf die neonazistische Rechte beschränkt ist, während sich intellektuell gebende extreme Rechte eher davon reden, dass die Forschung zur Shoah „ergebnisoffen“ bleiben müsse, oder den Nationalsozialismus als „Vogelschiss“ in Deutschlands Geschichte relativieren. Dies zeigt, dass Antisemitismus, nicht nur in der Geschichtspolitik, unterschiedlich offen adressiert wird – auch aufgrund von taktischen Überlegungen.

Im Einsatz gegen „Rothschild & Co.“

Neben der Geschichtspolitik dienen ebenfalls die Wirtschafts- und die Sozialpolitik als beliebtes Feld für antisemitische Welterklärungen. Auch hier wird vielfach mit Andeutungen gearbeitet und auf „antisemitisches Wissen“ im Zielpublikum gesetzt. So postete die NPD Bayern bei Facebook ein Bild des NPD-Europaparlamentsabgeordneten Udo Voigt, als dieser gemeinsam mit „Gelbwesten“ vor der Rothschild-Bank demonstrierte. Dass es ausgerechnet diese Bank war, war kein Zufall: „Im Einsatz gegen Rothschild & Co. [...] gegen Kapital und Fremdherrschaft“.² Auf antisemitisches Wissen setzte auch Björn Höcke in einer Rede im Thüringer Landtag: „Unser Geldsystem ist krank, es muss grundlegend reformiert werden, damit sich Leistung und Ehrlichkeit wieder lohnen und nicht Schläue und Verschlagenheit“.³ Wer verstehen wollte, hat verstanden.

07.01.2020, Berlin

Eine Gruppe von Jugendlichen nennt einen 68-jährigen mehrfach „Jude“; zwei von ihnen greifen dem Mann zwischen die Beine.

13.01.2020, Nürnberg (BY)

Unbekannte beschmierern eine Kindertagesstätte mit antisemitischen Sprüchen.

Neonazistische Kleinparteien

Neonazistische Kleinparteien wie die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), „Die Rechte“ oder „Der III. Weg“ sind offen antisemitisch. Teilweise wenden sie sich zugleich gegen die Etikettierung, eine antisemitische Partei zu sein. So schreibt die NPD auf ihrer Internetseite: „Die NPD ist keine ‚antisemitische‘ Partei. Man sollte sich dennoch im Klaren darüber sein, dass wir seitens der Presse auch in Bezug auf den ‚jüdischen Staat‘ belogen und hinter Licht geführt werden.“ Im weiteren Text gibt es keinen Versuch zu widerlegen, antisemitisch zu sein. Viel offener war 2018 der rheinland-pfälzische NPD-Landesvorsitzende: „Wenn es eine zionistische Regierung schafft, daß sich die weiße Bevölkerung gegenseitig abschachtet, weißt Du daß der EWIGE Antimensch die Strippen zieht! #NiewiederIsrael.“⁴ (alle Fehler im Original) Funktionäre der NPD nehmen des Öfteren am Berliner Al-Quds-Marsch teil, der größten regelmäßigen antisemitischen, aber auch islamistischen Demonstration in Deutschland, und unterhalten Kontakt zur islamistischen Hisbollah.⁵

Neonazistische Parteien reizen in Äußerungen und Wahlkampfslogans vielfach die Grenze der Meinungsfreiheit sehr weit aus. „Die Rechte“ plakatierte zur Europawahl 2019: „Israel ist unser Unglück!“ Die Parole kann als aktualisierte Neuauflage der antisemitischen Parole „Die Juden sind unser Unglück!“ des Historikers und Politikers Heinrich von Treitschke verstanden werden, der sie erstmals 1879 in seiner Schrift „Unsere Aussichten“ formulierte. Sie wurde später zur Parole des antisemitischen NS-Hetzblattes „Der Stürmer“. Neonazis ist sehr bewusst, dass Jüdinnen und Juden, deren Namen während des Nationalsozialismus laut Auffassung der Nazis nicht als „typisch jüdisch“ erkennbar waren, spätestens ab dem 1. Januar 1939 einen zweiten Vornamen tragen mussten: „Sara“ für Frauen, „Israel“ für Männer. Die zuständige Staatsanwaltschaft weigerte sich 2019, Ermittlungen aufzunehmen, erst das Oberlandesgericht Karlsruhe ordnete diese an.⁶ Auf Demonstrationen, die dem Umfeld der Partei „Die Rechte“ zugerechnet werden, sind häufig antisemitische Sprüche zu hören wie

„Wer Deutschland liebt, ist Antisemit“, „Anne Frank war essgestört“⁷ oder an Rosch Haschana „Palästina hilf uns doch, Israel gibt’s immer noch“⁸. Die Polizei schritt in keinem der Fälle unmittelbar ein.

Aufmärsche im Stile des Nationalsozialismus mit uniformierten Parteianhänger*innen, die im Takt auf die Trommel hauen, sind das Markenzeichen der Partei „Der III. Weg“. Die neonazistische Partei ist international gut vernetzt und hält auch Kontakte in den Libanon und Syrien, u. a. zur islamistischen und antisemitischen Hisbollah. Verbindendes Element ist der Antisemitismus und Kampf gegen Israel. „Anstatt Geld in den überflüssigen Schutz von Synagogen zu pumpen, sollte die Stadt lieber in die Sicherheit der Deutschen investieren“, äußerte etwa Karl-Heinz Statzberger, Leiter des Stützpunkts München/Oberbayern. Früher war er bei der Kameradschaft Süd in München aktiv. Im Jahr 2005 wurde er zu einer Gefängnisstrafe von vier Jahren und drei Monaten verurteilt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Kameradschaft Süd einen Bombenanschlag auf die Grundsteinlegung des jüdischen Gemeinde- und Kulturzentrums am St.-Jakobs-Platz in München geplant hatte.⁹ Neben diesen eindeutigen Verbindungen zum antisemitischen Rechtsterrorismus ist der israelbezogene Antisemitismus eine tragende Säule der Partei, die sich in Merchandise, Demoparolen und vielen Artikeln auf der Partei-Homepage widerspiegelt. Sie werben auch für die antiisraelische Boykottbewegung BDS.¹⁰

Pro-Israel?

Während viele extreme Rechte ihren Antisemitismus als „Israelkritik“ nur sehr zaghaft tarnen oder gar sich mit palästinensischen Nationalist*innen und Islamist*innen gegen Israel und alles „Jüdische“ verbünden, versuchen andere durch eine dezidiert pro-israelische Positionierung und Bündnisse mit marginalisierten israelischen Gruppierungen ihren Antisemitismus und Rechtsextremismus zu kaschieren, um Akzeptanz in der Mehrheitsbevölkerung für ihren antimuslimischen Rassismus zu erlangen. Beide rechtsextreme Bündnisstrategien sind überwiegend taktischer Natur. Es wird nach dem Motto

24.01.2020, Berlin

Ein Mann behauptet in der U-Bahn, der Staat Israel habe Millionen Menschen getötet und würde die Organe der Getöteten an reiche Menschen verkaufen.

24.01.2020, Berlin

Ein Jude, der sich von einer Bekanntschaft mit „Shabbat Shalom“ verabschiedet hat, wird von zwei Männern zur U-Bahn verfolgt. Sie nennen ihn abfällig „Yahudi“.

„der Feind meines Feindes“ ausgelotet, wer der Hauptfeind ist: Jüdinnen und Juden oder Muslim*innen. Jedoch lehnen die meisten Rechtsextremist*innen solche taktischen Bündnisse, die über eine symbolische Instrumentalisierung der einen oder anderen Seite hinausgehen, ab. Somit ist auch die „Israelsolidarität von rechts“ entsprechend einzuordnen. Die Fassade bröckelt spätestens, wenn israelische Politiker*innen die deutsche Vergangenheit thematisieren oder Rüstungsgeschäfte vereinbart werden. Dann kommen die bekannten antisemitischen Ressentiments zum Vorschein: „Der Jude“ bzw. Israel würde Deutschland kleinhalten wollen, finanziell ausbeuten, Vorteile aus der Shoah schlagen und nicht zulassen, dass Deutschland souverän werde.

Fazit

Antisemitismus ist Kernideologie und Erfolgsstrategie der extremen Rechten in einem. In den letzten Jahren wird er weniger sozial geächtet, was auch am Erfolg der extremen Rechten liegt und ihnen zugleich in die Hände spielt. Der Antisemitismus dient vielfach als erfolgreiche Brückennideologie in andere gesellschaftliche Spektren. Dafür tarnen große Teile der extremen Rechten ihren Antisemitismus mit rhetorischen Tricks. An der Gefährlichkeit des Antisemitismus in der extremen Rechten hat dies jedoch nichts verändert – ganz im Gegenteil, er ist gemeinsam mit der extremen Rechten gesellschaftsfähiger geworden.

1 tagesspiegel.de/themen/reportage/antisemitismus-im-netz-attila-hildmann-gibt-juden-die-schuld-und-verteidigt-hitler/25930880.html.

2 Quelle: Twitter-Account Robert Andreasch vom 17.02.2019.

3 thueringer-landtag.de/uploads/tx_tlt-calendar/protocols/zzDruckfassung11.pdf, S. 697.

4 Quelle: Bundesamt für Verfassungsschutz: Lagebild Antisemitismus, Juli 2020, S. 24 bzw. Facebook-Eintrag vom 10.12.2018, de-de.facebook.com/mwrlp3.

5 taz.de/Europaeische-Neonazis-bei-der-Hisbollah/15582324.

6 lto.de/recht/justiz/jolg-karlsruhe-1ws28519-hass-kriminalitaet-volksverhetzung-gericht-zwingt-sta-ermittlungen-juden-israel.

7 Quelle: juedische-allgemeine.de/politik/marschieren-erlaubt.

8 Quelle: belltower.news/dortmunder-neonazis-antisemitische-beleidigungen-zu-rosh-haschana-91873.

9 move36.de/2019/02/04/frueher-in-terror-truppe-heute-bei-der-iii-weg.

10 Quelle: Twitter-Account RIAS vom 02.05.2019.

30.01.2020, Berlin

Ein junger Jude wird auf der Dating-Plattform „Grindr“ antisemitisch beschimpft, nachdem er die Avancen eines anderen Mannes abgewiesen hat.

31.01.2020, Plettenberg (NW)

Bei Bauarbeiten der Telekom werden Stolpersteine entfernt und mit dem Bauschutt vernichtet, obwohl die Stadt auf sie hingewiesen hat.

„Man muss auch in den eigenen Strukturen kehren.“

Dschihadistischer und legalistischer Islamismus

Gespräch mit Ronya Othmann



Ronya Othmann
© Beliban Stolberg

Immer wieder gibt es islamistische Anschläge, in Deutschland und der ganzen Welt. Die Ziele sind unterschiedlich: Oft richten sie sich gegen alles „Westliche“ und regelmäßig gegen jüdische Einrichtungen oder Jüdinnen und Juden, vielfach werden Muslim*innen Opfer der Anschläge. Was hat Islamismus mit Antisemitismus zu tun, und wie kann man einen Überblick über die Akteur*innen bekommen? Mit Ronya Othmann, Schriftstellerin und Journalistin, reden wir über den Unterschied zwischen legalistischem und dschihadistischem Islamismus, über wichtige Akteur*innen in Deutschland und wie eine Abgrenzung von ihnen funktionieren kann.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus *Wie sind Sie eigentlich beim Thema Islamismus gelandet? Sie sind ja auch Schriftstellerin.*

Ronya Othmann *Ich bin unter anderem ezidisch. Der Islamismus wurde zu einem Thema für mich durch den Genozid an den Ezid*innen 2014 im irakischen Shingal, durch die Prozesse gegen Islamist*innen des Islamischen Staates, aber auch durch meine taz-Kolumne mit Cemile Sahin. In dieser haben wir immer wieder auch über Islamismus geschrieben und wurden dafür angegriffen. Das hat mich motiviert, besser zu verstehen, was da los ist.*

In welchem Verhältnis stehen Islamismus und Antisemitismus? Bzw. welche Rolle spielt Antisemitismus im islamistischen Weltbild?

Antisemitismus ist ein Kernelement des Islamismus. Man findet ihn bei allen islamistischen Strömungen, von denen es ja ganz verschiedene gibt: im Iran etwa den schiitischen Islamismus, den sunnitischen Islamismus wie beispielsweise al-Qaida oder der IS, den dschihadistischen Islamismus und den legalistischen Islamismus. Allen diesen Strömungen ist gemeinsam, dass sie antisemitisch sind. Gemeinsam ist ihnen auch unter anderem die Homofeindlichkeit, also Schwulenfeindlichkeit.

03.02.2020, Berlin

Ein Mann beschimpft seine Partnerin – gut hörbar für seine jüdische Nachbarin – antisemitisch.

12.03.2020, Mönchengladbach (NW)

Unbekannte beschmierden den Briefkasten der Jüdischen Gemeinde in Mönchengladbach mit einem Hakenkreuz.

Am häufigsten zeigt sich der Antisemitismus als israelbezogener Antisemitismus. Es gibt beispielsweise Akteur*innen, die sich antisemitisch gegenüber Israel äußern, aber so tun, als hätten sie nichts gegen Jüdinnen und Juden. Eine Person hat zum Beispiel mal ein Bild bei Instagram geteilt, wo es um das Zusammenleben von Jüdinnen und Juden und Muslim*innen in Aleppo geht. Dass es dort aber ebenfalls schon früher Pogrome gegen Jüdinnen und Juden gab, wird verschwiegen. Israel gegenüber äußern sie sich jedoch klar antisemitisch und tun dabei so, als ob es eine Kritik an Israel wäre, die nichts mit Jüdinnen und Juden zu tun hat. Das kann man natürlich nicht voneinander trennen, vor allem, weil sie die gleichen antisemitischen Bilder benutzen, aber nicht das Wort Jude – sondern „Israel“ – verwenden.

Der Anschlag auf die Synagoge und den Präsidenten der Jüdischen Gemeinde in Graz im August 2020 zeigt aber, wie schwierig es ist, solche Attentate den richtigen Akteur*innen zuzuordnen. Der mutmaßliche Täter ist Syrer, und in Syrien gibt es nicht nur die Islamisten, die antisemitisch sind, sondern auch das Regime. Antisemitismus ist in Syrien quasi Staatsdoktrin. Das Assad-Regime hat mit den Islamisten zwar kooperiert, benutzt teilweise auch islamistische Sprache und propagiert einen Märtyrer-Kult, aber es versteht sich nicht als islamistisch. Der Assad-Clan ist ja auch alawitisch (nicht zu verwechseln mit den Aleviten). Es stellt sich also die Frage, inwiefern das eigentlich im strengen Sinne ein islamistisches Attentat war.

Jedoch gab es in der Vergangenheit islamistische Anschläge, die antisemitisch waren, wie beispielsweise die Geiselnahme an der Porte de Vincennes 2015 in Paris: Ein Attentäter, der sich zum Islamischen Staat bekannte, ermordete in einem jüdischen Supermarkt vier Juden und nahm Geiseln.

Stimmt, man müsste viel mehr unterscheiden zwischen den verschiedenen islamistischen Strömungen, um ihnen auch entsprechend begegnen zu können.

Natürlich sind alle islamistischen Strömungen antidemokratisch, antisemitisch und damit hochproblematisch, aber ideologisch gibt es doch auch massive Unterschiede: zwischen der Muslimbruderschaft, dem IS oder türkischen Strukturen wie zum Beispiel DITIB.

Was sind denn islamistische Strukturen jenseits des IS (Islamischer Staat) in Deutschland?

Es gibt zum Beispiel legalistische Islamist*innen: Sie wollen ihre Ziele nicht mit Gewalt oder Anschlägen erreichen, sondern indem sie auf friedliche, politische Weise Einfluss gewinnen. Dazu gehören sicherlich muslimbruderschaftsnahe Vereine wie Islamic Relief oder DITIB, Milli Görüş. Im Zentralrat der Muslime ist z.B. das Islamische Zentrum Hamburg mit der Blauen Moschee organisiert, einer schiitischen Moschee, in der ein Khomeini-Bild an der Wand hängt. Ein Problem ist, dass es größtenteils kein Wissen über diese Strukturen gibt und dass sie verharmlost werden. Teils übernehmen diese Gruppen beispielsweise auch Spitzeltätigkeiten gegenüber Kritiker*innen z.B. des türkischen oder iranischen Regimes in Deutschland, was zu Einschüchterungen führt.

Der IS ist eine Form des dschihadistischen Islamismus, der ein weltweites Kalifat nach IS-Regeln schaffen will. DITIB steht dagegen für eine andere Form der Islamisierung. Man kann das z.B. in der Türkei beobachten, wo Museen, die zuvor christliche Kirchen waren, zu Moscheen gemacht werden. Bei der Eröffnungsfeier zur Hagia Sophia trat der Prediger mit Schwert auf, also mit einem politischen Kampfsymbol. In deutschen DITIB-Moscheen wurde zum Einmarsch in Afrin die Fetih-Sure rezitiert, was auf Deutsch „Eroberung“ bedeutet. Legalistische Islamist*innen versuchen ihre Ziele mit politischen Mitteln durchzusetzen, sind aber keineswegs ungefährlich.

18.03.2020

Der deutsche „Atomwaffen Division“-Ableger veröffentlicht via Telegram einige Texte und Tonaufnahmen, in denen der „Kampf gegen die Juden“ beschworen wird.

23.03.2020, Berlin

Eine Frau wird im Supermarkt im Ortsteil Prenzlauer Berg antisemitisch beleidigt, nachdem sie mit ihren Kindern in hebräischer Sprache gesprochen hat.

Politisch unproblematisch sind oft nur Einzelakteur*innen, die außerhalb der großen Verbände stehen und die die Strukturen kritisieren. Beispielsweise untersteht DITIB schon der Struktur nach dem türkischen Präsidenten, weil sie Diyanet untergeordnet sind, der türkischen Religionsbehörde, die direkt Erdogan untersteht. Solange es diese ganzen Verstrickungen und Verbindungen gibt, muss man sich distanzieren.

Im August kam es auf der Berliner A100 zu einem islamistischen Attentat, bei dem sechs Menschen teils schwer verletzt wurden. Auf den Social Media-Profilen des Attentäters fanden Ermittler*innen pro-palästinensische Posts. Auch der Angreifer in Graz sprayte in zwei Nächten pro-palästinensische Parolen an die Synagoge. Israelbezogener Antisemitismus ist eine gefährliche und weitverbreitete Erscheinungsform des heutigen Antisemitismus. Welche anderen Formen gibt es im Islamismus?

Antisemitismus finden wir im Dschihadismus, beim IS wie al-Qaida, und natürlich auch bei der Hamas und Hisbollah, deren primäres Ziel ja die Vernichtung Israels ist. Antisemitisch ist natürlich auch das iranische Regime, wo Israelflaggen nur hergestellt werden, um sie in öffentlichkeitswirksamen Propagandaveranstaltungen wieder zu verbrennen, und wo zum Beispiel auch die Holocaustleugner-Konferenz stattfand.

Antisemitismus, antisemitische Pogrome gab es in der arabischen Welt übrigens schon vor der Staatsgründung Israels (Georges Bensoussan schreibt darüber in „Die Juden der arabischen Welt. Die verbotene Frage“). Und Radio Zeesen sendete aus Nazideutschland antisemitische Propaganda auf Arabisch und rief zum Dschihad gegen Juden auf. Man findet heute im islamistischen Antisemitismus auch den Antisemitismus der Nationalsozialisten wieder.

Verschwörungserzählungen rund um Covid-19 gibt es natürlich auch in islamistischen Gruppen. Im Iran zum Beispiel gibt es Verschwörungserzählungen, laut denen die Bahai Schuld hätten oder Israel, die an einem Impfmittel forschen. Ich habe auch schon gelesen, dass Homosexuelle die Schuldigen seien, und natürlich gab und gibt es die Erzählung, „die Juden“ seien schuld.

29.03.2020, Berlin

In einer Bahnhofshalle werden antisemitische Schmierereien wie „Judenfreie Zone“ und „Free Palästina“ angebracht. Zudem findet sich ein Hakenkreuz.

16.04.2020

Der „Querdenken 711“-Gründer Michael Ballweg aus Stuttgart teilt via Twitter eine Karikatur, in der Bill Gates in SS-Uniform als Drahtzieher hinter Corona dargestellt wird.

Ganz konkret wurde das ja auf Twitter im Hashtag #Covid1948 bzw. #Covid48, mit dem eine Verbindung zwischen der Gründung Israels und der Pandemie hergestellt wurde. In dem Bild ist Israel das Virus, das über das palästinensische Land kommt. Nicht nur dieses Beispiel zeigt die Rolle Sozialer Netzwerke für die Verbreitung menschenfeindlicher Einstellungen. Im Rechtsextremismus ist das ja schon bekannt: Akteur*innen vernetzen sich auf Image-Boards, über Social Media etc. – wie sieht das im islamistischen Milieu aus?

Offline gestaltet sich die Recherche für mich schwer, weil ich in viele Moscheen nicht reingehen kann. Ich recherchiere deswegen ohnehin nur online. Viel findet sich da in Videos bei YouTube, in Reden und Predigten. Auch Fotos, die in Sozialen Netzwerken geteilt werden, zeigen uns, wer mit wem zu tun hat. Da ist gerade Instagram eine wichtige Plattform. Klassische Zeitungen wie die „Islamische Zeitung“ oder „Islamiq“ geben ebenfalls Aufschluss über das Milieu. Man muss sich sehr genau anschauen, mit wem man es zu tun hat, wie sie agieren und sich nach außen geben.

Auch TRT, die öffentlich-rechtliche Rundfunkgesellschaft der Türkei, ist da spannend, weil die Beiträge des Senders viel in Sozialen Netzwerken, auch im deutschen Kontext, geteilt werden. TRT macht viel zu (antimuslimischem) Rassismus in Deutschland, ist aber ein türkischer Staatssender. Über den Rassismus in der Türkei, beispielsweise gegenüber Kurd*innen und nicht-muslimischen Minderheiten, schweigt er. Das finde ich krass. Es gibt es in Deutschland einfach zu wenig Wissen darüber, was das für Medien sind.

D.h. sie reden nur über den Rassismus, der sie betrifft?

Ja. Ein anderes Beispiel: Es ist heuchlerisch, wenn sich islamische Verbände mit jüdischen Menschen nach einem antisemitischen Anschlag öffentlich solidarisieren, aber gleichzeitig nicht ihren eigenen Antisemitismus thematisieren. Andersherum gilt das auch: Wenn Leute sich mit islamistischen Strukturen beschäftigen und gleichzeitig nicht antimuslimischen Rassismus sehen. Das Ziel muss sein, antimuslimischen Rassismus zu kritisieren und gleichzeitig auch die ganzen islamistischen und faschistischen Strukturen weltweit. Und, ganz wichtig, man muss auch in seinen eigenen Strukturen kehren.

Das Gespräch wurde im August 2020 geführt.

17.04.2020, Düsseldorf (NW)

Eine Kreidezeichnung setzt einen Davidstern mit einem Totenkopf gleich und macht Israel und die USA für die Covid-19-Pandemie verantwortlich.

20.04.2020, Berlin

Eine Online-Veranstaltung der israelischen Botschaft zum Jom haShoah wird von antiisraelischen Aktivist*innen mit Parolen und Hitler-Bildern gestört.

„Muslimischer Antisemitismus“

Rassistische Zuschreibung oder ein reales Problem?

Kai E. Schubert Justus-Liebig-Universität Gießen

Antisemitismus wird klassischerweise der extremen Rechten zugeschrieben. Es gibt allerdings kein soziokulturelles oder politisches Milieu, das frei von Antisemitismus wäre. Über den Antisemitismus „der Muslim*innen“ wird oft besonders emotional diskutiert. Im Folgenden sollen Schlaglichter auf diese Form des Antisemitismus geworfen werden, die von Muslim*innen im Allgemeinen und von islamistischen Organisationen im Besonderen ausgeht. Hinterfragt werden muss aber zunächst die mehrheitsgesellschaftliche Perspektive auf das Thema.

Über wen wird gesprochen, wenn von „den Muslim*innen“ die Rede ist?

Als Muslim*innen verstehen sich Menschen mit oder ohne Migrationsgeschichte. Unabhängig davon existieren in der deutschen Mehrheitsgesellschaft starke Tendenzen, einerseits Muslim*innen als nicht „ursprünglich“ in Deutschland lebende und zu „uns“ gehörende Menschen sowie andererseits tatsächliche Migrant*innen aus bestimmten Ländern in erster Linie als Muslim*innen zu sehen und zu markieren. Das ist für die Betroffenen ein Problem, weil „Muslim*innen“ rassistische Abwertung und Ausgrenzung, Diskriminierung und Gewalt bis hin zu terroristischen Angriffen erfahren.

Über die Thematisierung des Antisemitismus von Muslim*innen kann dieser außerdem – gezielt oder unbewusst – zu einem Problem der (vermeintlich) „Anderen“ gemacht werden. Die Abgrenzung von „den antisemitischen Muslim*innen“ ist dann die Grundlage für die Konstruktion einer aufgeklärten Eigengruppe, die frei von Antisemitismus sei – es aber tatsächlich nicht ist. Ein Beispiel sind die Spekulationen im Zuge der verstärkten Fluchtmigration nach 2014, dass durch sie der Antisemitismus nach Deutschland „importiert“ werde. Für

die These, dass aus der Fluchtmigration direkt eine erhöhte Bedrohung von Jüdinnen und Juden in Deutschland folgt, gibt es keinen Beweis. Das Sprechen von einem „Antisemitismus-Import“ suggeriert ein ansonsten antisemitismusfreies Europa, das es nie gegeben hat.

Doch auch wenn Antisemitismus massiv u.a. durch rechtspopulistische und -extremistische Kräfte wie die AfD dramatisiert und instrumentalisiert wird, muss festgehalten werden, dass dieser unter Muslim*innen ein tatsächliches Problem darstellt.

(Alltags-)Antisemitismus von Muslim*innen

Die Mehrheit der Muslim*innen in Deutschland grenzt sich von islamistischen Ideen und Aktionen ab. Dennoch vertritt ein Teil dieser Gruppe antisemitische Einstellungen: Verschiedene Studien konnten zeigen, dass durchschnittlich Muslim*innen eher als andere Personen einigen Formen von Antisemitismus zustimmen (Decker u.a. 2019; Jikeli 2019: 54; Bundesministerium des Innern 2017: 75–79). Dies gilt insbesondere für den israelbezogenen Antisemitismus und zum Teil auch für Formen des traditionell-modernen Antisemitismus, also zum Beispiel Stereotype jüdischer Macht, Verschwörungstheorien, Geldaffinität. Eine Schuldabwehr in Bezug auf die Shoah findet sich seltener bei Muslim*innen. Befragungen haben außerdem gezeigt, dass Jüdinnen und Juden in hohem Maße (radikale) „Muslim*innen“ als Urheber*innen von antisemitischen Andeutungen, Beleidigungen und Gewalttaten identifizieren (European Union Agency for Fundamental Rights 2018; Bernstein u.a. 2017: 20–22).

Insbesondere israelbezogener Antisemitismus von „Muslim*innen“ wurde und wird zum Teil verharmlost. Ein gravierendes Beispiel ist das Urteil des Amtsgerichts

22.04.2020, Heidelberg (BW)

Auf ein Toilettenhäuschen werden Hakenkreuze und Schmierereien wie „Merkel-Juden u. Asylanten vergasen – Zyklon B“ gesprüht.

28.04.2020, Düsseldorf (NW)

In den Hausflur eines Wohnhauses, unmittelbar neben der Wohnung eines jüdischen Bewohners, werden NS-Symbole wie Hakenkreuze geschmiert.



Der jährliche „Al-Quds-Marsch“ in Berlin findet im Rahmen des „Al-Quds-Tags“ (deutsch: „Internationaler Jerusalem-Tag“) statt, der 1979 vom iranischen Revolutionsführer Ruhollah Chomeini ausgerufen worden ist. © Sören Kohlhuber

Wuppertal von 2015, das einen Brandanschlag auf die dortige Synagoge nicht – strafverschärfend – als antisemitisch einstufte. Das Ziel der drei Täter, „Aufmerksamkeit auf den zwischen Israel und den Palästinensern lodernen Konflikt zu lenken“, wurde als „politische Motivation“ bezeichnet und von Antisemitismus abgegrenzt. Im (relativ milden) Urteil drückt sich auch die kulturrelativistische Vorstellung aus, die drei Täter hätten als Palästinenser herkunftsbbedingt die Unterscheidung zwischen einer israelischen Institution und einem jüdischen Gotteshaus nicht unbedingt treffen können. Diese Bewertung wurde 2017 in der nächsten Instanz bestätigt.

Antisemitische Vorfälle, in denen eine islamistische Haltung ausgedrückt wird, bilden allerdings eine vergleichsweise kleine Zahl sowohl der polizeilich erfassten Straftaten als auch der Dokumentation durch zivilgesellschaftliche Organisationen wie die Amadeu Antonio Stiftung und die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS). Derartige Statistiken stehen vor der Herausforderung eines hohen Dunkelfelds nicht gemeldeter Vorfälle sowie einer großen Zahl an Vorfällen, über die nicht genügend Informationen für eine politische Zuordnung der Täter*innen vorliegen.

Ein dezidiert islamistischer Hintergrund scheint bei den allermeisten antisemitischen Taten wohl eher keine Rolle zu spielen. Darüber hinaus spielt bei vielen Taten, die „Muslim*innen“ zugeschrieben werden, der Islam keine erkennbare große Rolle, bedeutender scheint häufig der Bezug der Täter*innen auf den Nationalismus eines mehrheitlich muslimischen Landes sowie einer damit verbundenen Palästina-Solidarität und/oder Verschwörungsmymen zu sein.

Antisemitismus islamistischer und islamistisch beeinflusster Organisationen

Islamist*innen in Deutschland vermeiden in der Regel öffentliche Aufrufe zu Straftaten und explizit antisemitische Aussagen, um einer Strafverfolgung zu entgehen. Dennoch propagieren sie – intern sowie durch Medien und Veranstaltungen – auch antijüdische und insbesondere antiisraelische Feindbilder. Beispiele für derartige Akteur*innen sind:

- Die libanesische Organisation Hisbollah (deutsch: „Partei Gottes“) verübte auch in Europa bereits antisemitische Anschläge. Sie nutzt Deutschland vor allem als Rückzugsort, um Geld zu beschaffen. Ihre Sympathisant*innen organisieren seit vielen Jahren in Berlin Demonstrationen zum „Al-Quds-Tag“, bei denen die „Befreiung Jerusalems und Palästinas“ von Israel, das heißt ein Ende des jüdischen Staates, gefordert und antisemitischer Terror verharmlost und glorifiziert wird. Regelmäßig kam es hier bisher auch zu antisemitischen Parolen und Übergriffen. Nachdem zivilgesellschaftliche Organisationen dies lange gefordert hatten, wurde die Hisbollah 2020 durch den Bundesminister des Innern verboten. Ein mögliches Verbot des Al-Quds-Tags 2021 wäre dringend zu prüfen.
- An den Aktivitäten zum Al-Quds-Tag maßgeblich beteiligt waren lange auch Vertreter*innen des schiitischen Islamischen Zentrums Hamburg (IZH), worauf die Dokumentationen der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus sowie des Jüdischen

06.05.2020, Berlin

Es werden Plakate entdeckt, auf denen die Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie mit der antisemitischen Politik des NS-Regimes verglichen werden.

09.05.2020, Leipzig (SN)

Unbekannte schmieren ein Hakenkreuz auf ein jüdisches Mahnmahl.

Forums für Demokratie und gegen Antisemitismus (JFDA u. a. 2018) hinweisen. Das IZH propagiert die Ideologie des fundamentalistischen Islams des iranischen Regimes, welches regelmäßig dem jüdischen Staat Israel mit der Vernichtung droht und die Shoah leugnet. Das IZH ist an der „SCHURA – Rat der islamischen Gemeinschaften in Hamburg“ und an den Verbänden „Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden in Deutschland“ (IGS) und „Zentralrat der Muslime“ (ZdM) beteiligt (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages 2019: 2). Mit diesen arbeiten Landes- und Bundesregierungen in vielfältiger Weise zusammen: Die IGS und der ZdM üben zum Beispiel durch die Mitgliedschaft im Beirat des neuen Instituts für islamische Theologie an der Berliner Humboldt-Universität dort inhaltlichen Einfluss aus.

- Ebenfalls Mitglied im ZdM ist ATIB (türkisch-islamische Union Europa). Wie Prof. Dr. Kemal Bozay (2019: 56, 58) beschreibt, verkörpert diese Organisation die Ülkücülük-Ideologie der „Grauen Wölfe“, die stark nationalistisch und auch rassistisch, u. a. gegen Kurd*innen sowie Jüdinnen und Juden, geprägt ist und einen traditionalistischen Islam propagiert.
- Sympathisant*innen und Anhänger*innen der palästinensischen, islamistisch-nationalistischen Hamas führen in Deutschland vor allem antiisraelische Demonstrationen und Veranstaltungen durch. Der Terrorismus der Hamas gegen die israelische Zivilbevölkerung wird regelmäßig als „Widerstand gegen die Besatzung“ verharmlost. Zentral ist hier die Forderung nach einem „Rückkehrrecht“ für alle, die als palästinensische Geflüchtete gelten. Hiermit ist allerdings eine Zahl von über fünf Millionen Personen gemeint, die auch die Nachfahren der tatsächlich vor israelisch-arabischen Kriegen Geflohenen einschließt. Mit dieser Forderung wird ein Ende des Staates Israel entweder in Kauf genommen oder auch explizit angestrebt.

In der Studie „antisemitisch, antidemokratisch, islamistisch“ (2020) stellt das AJC fest, dass das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) der „zentrale Akteur des schiitischen Islamismus in Deutschland“ ist. Ein Akteur des legalistischen Islamismus, wie das IZH, dürfe nicht als ungefährlich für die Demokratie wahrgenommen und behandelt werden. Deswegen fordert Dr. Remko Leemhuis, Direktor des AJC Berlin, „dass die Stadt Hamburg den Dialog mit den iranischen Islamisten einstellt und ein Vereinsverbot umgehend geprüft wird.“ (vgl. [ajcgermany.org/de/kommentar/pressemitteilung-das-ajc-berlin-veroeffentlicht-eine-untersuchung-zum-islamischen-zentrum](https://www.ajcgermany.org/de/kommentar/pressemitteilung-das-ajc-berlin-veroeffentlicht-eine-untersuchung-zum-islamischen-zentrum))

Was folgt daraus?

Die Debatten über einen vermeintlich „importierten“ Antisemitismus wurden in den letzten Jahren wieder etwas ruhiger. Zwischenzeitlich dominierte die Diskussion ein „muslimischer“/„islamischer“ Antisemitismus. Verbreitet war die Vorstellung, andere Formen von Antisemitismus seien gesellschaftlich „unter Kontrolle“ und die wesentliche Auseinandersetzung hiermit längst erledigt. Nach dem antisemitischen, antifeministischen und rassistischen Anschlag in Halle 2019 ließ sich aber kaum mehr leugnen, dass vor allem der rechtsextreme Antisemitismus in Deutschland tödliche Folgen hat. Andere Formen von Antisemitismus werden jedoch in der Regel heute nicht (mehr) ausgeblendet. Klar ist: Antisemitismus hat keinen Platz in einer demokratischen Gesellschaft der Vielfalt. Jede Form von Antisemitismus bedroht Jüdinnen und Juden und ist inakzeptabel.

Vertreten wird Antisemitismus auch von Muslim*innen und Personen mit Migrationsgeschichte. Welchen Stellenwert jedoch welche Form der Identifikation als Muslim*a für welche Ausdrucksform einer jüdenfeindlichen Positionierung hat, welche gesellschaftlichen Kontexte

10.05.2020

Der Rapper Sido verbreitet im YouTube-Video mit dem Rapper Ali Bumaye antisemitische Verschwörungsmythen, die im Kontext von „QAnon“ verbreitet werden.

13.05.2020, Berlin

Unbekannte schmieren NS-Symbole auf ein Denkmal für die ehemalige Synagoge im Bezirk Schöneberg.

sich hierbei auswirken und unter welchen Umständen hieraus Gewalt gegen Jüdinnen und Juden entsteht, kann pauschal nicht beantwortet werden und bedarf grundsätzlich der näheren Analyse. Eine zu starke Fokussierung auf den Islam wird dem Antisemitismus in der Einwanderungsgesellschaft mit ihren unterschiedlichen Formen des Autoritarismus nicht gerecht. Die Kritik dieses Antisemitismus sollte sich daher nicht von überhitzten Debatten unter Druck setzen lassen, sondern in erster Linie solidarisch mit den Betroffenen und in der Sache konsequent sowie gleichzeitig sensibel sein für die Dynamiken ausgrenzender Diskurse.

Literatur

- Arnold, Sina (2019): *Der neue Antisemitismus der Anderen? Islam, Migration und Flucht*. In: Heilbronn, Christian/Rabinovici, Doron/Sznaider, Natan (Hrsg.): *Neuer Antisemitismus? Fortsetzung einer globalen Debatte*. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung (Bd. 10355). Bonn, S. 128–158.
- Bernstein, Julia/Hövermann, Andreas/Jensen, Silke/Zick, Andreas (2017): *Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland. Ein Studienbericht für den Expertenrat Antisemitismus*. Bielefeld. [↗ uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf](https://uni-bielefeld.de/ikg/daten/JuPe_Bericht_April2017.pdf).
- Bozay, Kemal (2019): *Die Ideologie der Grauen Wölfe*. In: Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (Hrsg.): *neuer deutscher extremismus*. Berlin, S. 54–61.
- Bundeskoordination Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage (2019): *neuer deutscher extremismus*. Berlin. [↗ couragehop.schule-ohne-rassismus.org/publikationen/themenhefte/145/themenheft-neuer-deutscher-extremismus?c=5](https://couragehop.schule-ohne-rassismus.org/publikationen/themenhefte/145/themenheft-neuer-deutscher-extremismus?c=5).
- Bundesministerium des Innern (2017): *Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen*. Berlin.
- Decker, Oliver/Pickel, Gert/Reimer-Gordinskaya, Katrin (2019): *Der Berlin-Monitor 2019. Vernetzte Solidarität – Fragmentierte Demokratie*. Berlin: Zu Klampen Verlag.
- European Union Agency for Fundamental Rights (2018): *Experiences and perceptions of antisemitism. Second survey on discrimination and hate crime against Jews in the EU*. Wien. [↗ fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-experiences-and-perceptions-of-antisemitism-survey_en.pdf](https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2018-experiences-and-perceptions-of-antisemitism-survey_en.pdf).
- Höfl, Stefan E. (2019): *... den Antisemitismus bei den ‚Anderen‘ suchen? – Verhältnisbestimmungen mit Blick auf Antisemitismus unter ‚Muslimen/innen‘*. [↗ anders-denken.info/orientieren/%E2%80%A6-den-antisemitismus-bei-den-%E2%80%9Aanderen%E2%80%98-suchen-%E2%80%93-verh%C3%A4ltnisbestimmungen-mit-blick-auf](https://anders-denken.info/orientieren/%E2%80%A6-den-antisemitismus-bei-den-%E2%80%9Aanderen%E2%80%98-suchen-%E2%80%93-verh%C3%A4ltnisbestimmungen-mit-blick-auf).
- JFDA/Re Doc/RIAS (14.06.2018): *Auswertung des Qudstag-Marsches 2018*. [↗ jfda.de/blog/2018/06/14/auswertung-al-quds-marsch-2018](https://jfda.de/blog/2018/06/14/auswertung-al-quds-marsch-2018).
- Jikeli, Günther (2019): *Antisemitismus unter Muslimen in Deutschland und Europa*. In: Glöckner, Olaf/Jikeli, Günther (Hrsg.): *Das neue Unbehagen. Antisemitismus in Deutschland heute*. Wiesbaden: Olms, S. 49–72.
- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages (25.03.2019): *Kurzinformation Zentralrat der Muslime in Deutschland e. V.* [↗ bundestag.de/resource/blob/644714/d3d63b246b0c6f1f1525c155ac324b4f/WD-1-005-19-pdf-data.pdf](https://bundestag.de/resource/blob/644714/d3d63b246b0c6f1f1525c155ac324b4f/WD-1-005-19-pdf-data.pdf)

20.05.2020, München (BY)

Ein Radfahrer beleidigt einen Trainer des jüdischen Vereins TSV Maccabi München, der im Englischen Garten einen Spaziergang macht, antisemitisch.

21.05.2020, Sächsische Schweiz (SN)

Eine Gruppe von vier Männern verunglimpft zwei jüdische Familien beim Spaziergang. Eine Person begrüßt die Familien mit „Heil Hitler!“

„...plötzlich trafen keine gelernten Mythen, sondern Menschen aufeinander.“

Gespräch mit Holger Michel

Förderkreis Holocaust Denkmal und Nachbarschaft



Holger Michel
© Holger Michel

Ein Thema hat Debatten über Antisemitismus eine Weile befeuert und ist dieses Jahr doch aus dem Blick geraten: Antisemitismus unter Geflüchteten. Die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus sprachen mit Holger Michel, der zwei Jahre in einer Notunterkunft für Geflüchtete geholfen hat, über Grenzen und Möglichkeiten von Begegnungsprojekten zwischen Muslim*innen und Jüdinnen und Juden.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus Herr Michel, Sie haben zwei Jahre ehrenamtlich in einer Geflüchtetenunterkunft im Rathaus Berlin-Wilmersdorf gearbeitet und über die Zeit das Buch „Wir machen das“ (2017) geschrieben. Ist Antisemitismus unter Geflüchteten ein Problem?

Holger Michel *Meine Perspektive auf Antisemitismus unter Geflüchteten beruht nicht primär auf Zahlen und Studien, sondern auf persönlichen Erfahrungen. Diese sind, dass antisemitische Vorurteile und antisemitisches Gedankengut bei vielen, ohne das in Zahlen zu nennen, vorhanden sind. Mein Eindruck ist allerdings, dass die deutsche Mehrheitsgesellschaft es sich gerne sehr leicht macht und sich, den Finger auf den „importierten Antisemitismus“ zeigend, reinwäscht. Dem widersprechen natürlich alle Zahlen. Antisemitische Einstellungen lagen in der deutschen Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten konstant zwischen 8 und 12%. Es ist also Unfug zu behaupten, dass Deutschland bis 2015 quasi ein antisemitismusfreies Land war und dann ein Problem bekam. Allzu oft wird der Antisemitismus von Geflüchteten oder Menschen mit Migrationshintergrund thematisiert, ohne den eigenen Antisemitismus zu reflektieren. Das ist ein Problem.*

Eine pauschale Antwort auf die Frage, ob Antisemitismus unter Geflüchteten ein Problem ist, gibt es aber nicht. Kann es auch nicht geben. Wer sind denn „die Geflüchteten“? Das ist doch keine homogene Gruppe. Dennoch haben wir zweifelsohne eine nennenswerte Anzahl geflüchteter Menschen mit antisemitischen Einstellungen. Meiner Erfahrung nach beruhen die sehr oft auf Unwissenheit, auch hervorgerufen durch die Nichtmöglichkeit, in der Heimat Zugang zu Wissen zu erhalten, was bei in Deutschland

22.05.2020, München (BY)

Es werden Sticker entdeckt, die den Virologen Christian Drosten und den SS-Arzt Josef Mengele mit dem Satz zeigen: „TRUST ME I'M A DOCTOR“.

27.05.2020, Berlin

Ein Spaziergänger entdeckt an einem Shoah-Mahnmal einen Aufkleber mit den Schriftzügen „Free Gaza“ und „I support a free Palestine“.

aufgewachsenen Antisemit*innen anders ist. Eine syrische Mitarbeiterin hat mir einmal erzählt, dass sie erst jetzt, mit fast 40 Jahren, hier in Deutschland zum ersten Mal etwas über die Ausmaße des Holocaust gelernt hat.

Um das Problem zu erfassen, müssen wir weiter differenzieren. Woher kommt die Person? Menschen aus dem Iran und Syrien haben sicherlich andere Einstellungen als Menschen aus anderen Ländern der Region. Daran schließt die Frage an, ob es sich um Judenfeindlichkeit oder um eine feindliche Einstellung gegenüber Israel handelt. Mit dieser Differenzierung mache ich mich bei einigen unbeliebt, ich halte sie aber für notwendig. Hier gehen Probleme, Vorurteile und Ablehnung zwar ineinander über, aber sie müssen unterschiedlich bearbeitet werden. Erwarte ich von jeder und jedem absoluten Respekt gegenüber Jüdinnen und Juden? Ja, ohne Wenn und Aber! Kann ich von jemandem, dem 30 Jahre lang in Syrien von der Propaganda eingetrichtert wurde, dass Israel die größte Bedrohung der Menschheit ist, erwarten, dass er nach Grenzübertritt plötzlich für das uneingeschränkte Existenzrecht Israels, das für mich natürlich nicht verhandelbar ist, eintritt? Nein. Wenn ich das aber immer gleichsetze, stehe ich in einer Sackgasse und kann gar nichts bewirken. Schritt 1: uneingeschränkter Respekt vor allen hier lebenden Menschen. Um Israel kümmern wir uns danach. Wobei auch da viel zu tun ist.

Es herrscht ja auch ein unglaubliches Unwissen über Israel. Als ich 2016 von einer Israel-Reise Fotos an Geflüchtete in Wilmersdorf schickte, glaubten die mir zuerst nicht, dass die Fotos aus Israel sind, weil da Moscheen auf den Bildern waren und sie doch gelernt haben, dass alle Moslems vertrieben wurden. Syrer*innen haben mich gewarnt, dort hinzufahren, weil das ein gefährliches Land sei. Das muss man sich mal vorstellen: Diese Menschen sind vor einem Bürgerkrieg geflohen und glaubten, Israel sei ein gefährliches Land. Unterm Strich kann man sagen: Die Ablehnung von Israel ist bei vielen sehr groß. Das ist hochproblematisch, aber das in der Arbeit mit Geflüchteten zu bearbeiten ist Schritt 2.

Was haben Sie denn in dieser Geflüchtetenunterkunft gemacht? Wie kam es dazu?

Ich wollte im September 2015 einen Tag in der neu eröffneten Geflüchtetenunterkunft helfen und bin dann nicht mehr weggekommen. Dort herrschte eine euphorische und zugleich bedrückende Stimmung mit vielen Helfenden, und die Frage war gleich „Was willst du machen?“ Am Ende habe ich bis zur Schließung zwei Jahre später geholfen. Die Situation war zu Anfang katastrophal. Es gab noch keinen Träger, und es war viel zu wenig zu essen da. Ohne Spenden wären da Kinder gestorben. Mitten in Deutschland, das kann man sich gar nicht vorstellen. Wir waren ein großes Team und haben täglich bis in die Nacht hinein geholfen. Ich habe zwischendurch meine Stelle reduziert und bin täglich nach der Arbeit nach Wilmersdorf gefahren. Ende 2015 wurde ich zum Sprecher der Initiative gewählt und war damit Ansprechpartner für Träger, Verwaltung, Politik und Medien.

Als Gruppe haben wir schnell angefangen zu überlegen, wie wir uns Integration vorstellen. In der gesellschaftlichen Debatte der Zeit wurden Antisemitismus, Homophobie und Sexismus immer in Zusammenhang mit den Themen Integration und Geflüchtete gebracht. Also haben wir uns dazu entschieden, diese Themen anzugehen. Für uns war die Frage: Was wollen wir für ein Bild von Gesellschaft in Deutschland vermitteln? Nicht unbedingt: Wie ist die deutsche Realität? Das ist ja auch ein Unterschied. So war zum Beispiel die Mehrheit der „Leitungsstellen“ bei den Freiwilligen mit Frauen besetzt, um klar zu machen: Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Beim Christopher-Street-Day haben wir über den Tag und die Aktionen rund um diesen Tag mit Flyern in 12 Sprachen informiert. Wir hatten Freiwillige mit Behinderung, homosexuelle Freiwillige und Freiwillige mit Davidstern um den Hals. Und wir sagten: Willkommen, das ist das Deutschland, das wir wollen. Wer von uns gefördert werden wollte, der musste diese Regeln annehmen. Da wurde nicht verhandelt.

28.05.2020, Halle (Saale) (ST)

Die Jüdische Gemeinde zu Halle erhält einen Drohbrief, der weißes Pulver, ein schwarz-weißes Hitler-Foto sowie die NS-Parole „Sieg Heil!“ enthält.

28.05.2020, Halle (Saale) (ST)

Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Halle finden vor der Synagoge ein Hakenkreuz aus Taschentüchern. Wenige Tage später finden sie ein weiteres.

Wie lief das dann beim Thema Antisemitismus?

Zwei Monate nach der Eröffnung haben wir ein Pilotprojekt mit der Synagoge am Fraenkelufer gestartet. Wir hatten zwar festgestellt, dass das Thema Jüdinnen und Juden bzw. Antisemitismus viel irrelevanter war, als das medial dargestellt wurde, denn die Geflüchteten hatten konkrete, reale Probleme: neues Land, neue Sprache, Papiere, Behörden. Aber wir wollten uns dem Thema stellen, wollten klar machen, was wir erwarten. Und auch zeigen, dass das Bild von Jüdinnen und Juden ein anderes ist, als die Propaganda ihnen eingetrichtert hatte. Für deutsche Helfer*innen war das übrigens auch ganz gut, von denen hatten auch so einige ein falsches Bild.

Auch die jüdische Gemeinde hatte Sorgen, Vorurteile und Ängste, wie das mit einer Million überwiegend muslimischer Geflüchteter wird. Also war das Ziel: zusammenbringen, kennenlernen. An einem Tag sind dann rund 70 jüdische Helfer*innen gekommen, alle mit T-Shirts der Aktion, wo Davidsterne draufgedruckt waren. Da waren dann also 1.200 Geflüchtete, davon so 90 bis 95 % muslimischen Glaubens, und 70 Personen mit Davidstern, mit Kippa. Wenn du damit aufgewachsen bist, dass das Monster sind, die dich alle töten wollen, und plötzlich stehen die in Sneakern vor dir und packen mit an, um dir zu helfen, dann brechen Gerüste zusammen. Das zu beobachten ist anstrengend, ange-spannt, manchmal auch einfach sehr unterhaltsam.

Unterm Strich haben wir als Initiative und auch die jüdische Gemeinde ein sehr positives Resümee gezogen. Die Idee war, sich kennenzulernen und gemeinsam zu interagieren. Und das hat geklappt. Ob beim Fußballspiel oder beim Aushelfen in der Kleiderkammer – plötzlich trafen keine gelernten Mythen, sondern Menschen aufeinander. Und die jüdische Gemeinde hat beispielsweise für uns Weihnachten gerettet, weil die meisten der Helfer*innen nicht in Berlin, sondern bei ihren Familien waren. 1.200 Bewohner*innen, ein paar wenige Helfer*innen und sehr viel Security – das ging nicht. Und da ist die jüdische Gemeinde eingesprungen.

Es sind durch dieses Projekt auch persönlich Beziehungen entstanden, die bis heute halten.

Eine jüdische Helferin, Anna¹, war vom ersten bis zum letzten Tag dabei. Sie trägt eine Davidstern-Kette. Sie sagt bis heute, dass sie nicht ein einziges Mal eine negative Reaktion auf den Davidstern vernommen hat. Die Leute haben viel gefragt, weil viele von ihnen überrascht waren, dass der vermeintlich „böse Jude“ hier war, um zu helfen. Aber sie hat nie eine Bedrohung oder negative Reaktionen erhalten. Und da ist natürlich die Frage, wann Antisemitismus beginnt. Ich wurde beispielsweise mal von einem Syrer gefragt, ob es stimmt, dass Juden in Deutschland keine Steuern zahlen müssen. Ist das Antisemitismus oder ein antisemitisches Vorurteil? Man kann diese Differenzierung Haarspalterei nennen, wenn ich aber gegen Antisemitismus kämpfen will, muss ich differenzieren. Die Frage ist absurder Quatsch, klar. Aber ich habe gerade die Möglichkeit, mit einem Vorurteil aufzuräumen. Ich finde, so lange Leute zwar solche Fragen stellen, mir aber die Möglichkeit geben, sie aufzuklären, ist das für mich kein Antisemitismus. Nur wenn die Person meine Antwort nicht gelten lassen und besseren Wissens darauf beharren würde, ist es Antisemitismus.

Es ist schwierig, über dieses Thema zu schreiben, ohne der Illusion des importierten Antisemitismus auf den Leim zu gehen, nach der die Geflüchteten Antisemitismus wieder nach Deutschland gebracht hätten. Man muss aber auch unbedingt De-Thematisierung vermeiden, bei der Antisemitismus unter Geflüchteten abgestritten wird. Wie thematisiert man dann Antisemitismus unter Geflüchteten?

Den muss man auf jeden Fall thematisieren, es gibt ihn, wir müssen ihn bekämpfen. Die Frage ist aber, wie wir uns dem Problem annähern. Gehen wir davon aus, dass jeder Muslim und jeder Geflüchtete automatisch eine Gefahr und eine Bedrohung für Jüdinnen und Juden darstellt?

¹ Name von der Redaktion geändert.

03.06.2020, Halle (Saale) (ST)

Auf dem Marktplatz ruft ein 41-jähriger die NS-Parole „Heil Hitler!“ und beleidigt mehrere Passant*innen als „Judensau“. Zudem schlägt er einen Mann.

04.06.2020, Berlin

Ein Café-Mitarbeiter behauptet im Gespräch mit einem Gast, Bill Gates und „die Zionisten“ stünden hinter Corona. Nach Kritik wird der Kunde des Lokals verwiesen.

Ich wünsche mir, dass das Thema „heutiges Judentum in Deutschland“ verstärkt in den Integrationskursen behandelt wird. Ich plädiere nicht dafür, dass wir das mit Besuchen im Konzentrationslager abhaken. Da sehen sie dann nur tote Juden, aber nicht den Typen, der neben mir im Café sitzt und genauso aussieht wie ich.

Es gibt ja auch viel Kritik an dem Begegnungskonzept. In die Richtung gehend, dass Antisemitismus nichts mit dem wirklichen Verhalten von Jüdinnen und Juden zu tun hat, sondern Dinge oder Charaktereigenschaften damit auf sie projiziert werden. Oder dass Antisemitismus bestimmte Funktion erfüllt und mehr ist als ein auflösendes Vorurteil. Wenn das stimmt, kann die Begegnung vielleicht nicht so viel bringen.

Da hast du natürlich recht, das funktioniert nicht alleine. Wir hatten die Möglichkeit, ein solches Projekt zu starten, das können nicht alle. Ich habe in der Debatte um „Pflichtbesuche“ von Geflüchteten mal geschrieben, dass alle Geflüchteten mal Juden kennenlernen sollten. Ein jüdischer Freund sagte dann: „Nette Idee, aber weißt du, wie viel Juden und wie viele Flüchtlinge und Menschen mit Migrationshintergrund es gibt? Die sind zehnmal mehr. Schönen Dank, dann ist mein Kalender für immer voll.“ Fairer Punkt, auch ich lerne dazu. Dennoch bin ich davon überzeugt, dass direkter Kontakt und vor allem das nicht Zur-Disposition-Stellen von gesellschaftlichen Normen dem Thema mehr helfen als KZ-Besuche, wenngleich ich denke, dass da jeder Mensch mal hinfahren müsste.

Ist das Thema Antisemitismus unter Geflüchteten noch aktuell im Jahr 2020?

*Ja. Es ist ein Thema und wird auch immer Thema bleiben. Antisemitismus muss weiterhin beobachtet und Strategien dagegen entwickelt werden. Damit wir sinnvolle Lösungen finden, ist es wichtig, sich verschiedene Gruppen anzuschauen: Wenn wir über Geflüchtete reden, haben alle sofort Muslim*innen im Kopf. Unter den christlichen Syrer*innen waren die Vorurteile aber keineswegs geringer. Das ist auch ein nationales und nicht nur ein religiöses Problem.*

Das Gespräch wurde im September 2020 geführt.

04.06.2020, Göttingen (NI)

Ein antisemitischer und rassistischer Drohbrief erreicht das Büro der Grünen. Er enthält weißes Pulver und ist mit einem Hakenkreuz signiert.

06.06.2020, Berlin

Der Vegankoch Attila Hildmann, der sich via Telegram wiederholt stark antisemitisch äußert, behauptet in einer Rede, „die Zionisten“ seien die Drahtzieher der Corona-Pandemie.

„Von den IS-Rückkehrer*innen geht eine Gefahr für Jüdinnen und Juden in Deutschland aus.“

Gespräch mit Alexander Steder

Mideast Freedom Forum Berlin e. V.



Alexander Steder

© Alexander Steder

Der Islamische Staat (IS) eroberte im Zuge des syrischen Bürgerkriegs ab 2011 weite Teile des Landes sowie des Iraks und rief ein Kalifat aus. Unzählige Islamist*innen aus Europa und Asien reisten in die Kriegsgebiete und beteiligten sich an den Gräueltaten der Terrororganisation. Seit Ende 2017 gilt der IS als militärisch besiegt. Aber die Gefahr durch globale Terrorzellen der Organisation bleibt bestehen, so Alexander Steder, Bildungsreferent des Mideast Freedom Forum Berlin, im Gespräch über das antisemitische Weltbild des IS und die IS-Rückkehrer*innen.

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus Welche Rolle spielt Antisemitismus in der Propaganda des IS?

Alexander Steder *Der IS hat – wie keine dschihadistische Miliz zuvor – den propagandistischen Umgang mit Medien und Social Media-Plattformen begriffen. Ich habe das englischsprachige Magazin „Dabiq“ untersucht, das zwischen Juli 2014 und Juli 2016 erschienen ist. Es kann stellvertretend für die Propaganda und die verbreitete Ideologie des IS gewertet werden. „Dabiq“ sollte zum einen an-radikalisierte Jugendliche im westlichen Ausland für die Reise ins Kalifat anwerben und zum anderen ideologisches bzw. theologisches Rüstzeug für IS-Anhänger*innen und -Sympathisant*innen liefern, um das IS-Kalifat zu legitimieren. In sämtlichen Ausgaben des Magazins werden Jüdinnen und Juden thematisiert. Sie werden stets in der binären Struktur des dschihadistischen Weltbilds, das zwischen Muslim*innen und Ungläubigen unterscheidet, dargestellt. Neben „Kreuzrittern“ (hier: Christ*innen) und deren Alliierten (hier: bspw. Kurdische Milizen) werden sie als die Feind*innen des Islams betrachtet.*

06.06.2020, Sangerhausen (ST)

Unbekannte sprühen schwarze Farbe auf eine Gedenkplatte, die an die jüdischen Bewohner*innen erinnert, die in der NS-Zeit ermordet wurden.

12.06.2020, Frankfurt am Main (HE)

Nachdem ein Unbekannter einen Mann gefragt hat, ob er jüdisch sei, attackiert er diesen. Der Betroffene kann ausweichen und bleibt unverletzt.

Sind Jüdinnen und Juden ein Feindbild unter vielen oder spielen sie eine besondere Rolle?

Zwar werden Jüdinnen und Juden im selben Atemzug mit den übrigen Feind*innen genannt. Aber sie stellen aus Sicht des IS eine besondere Gefahr dar. Das Bild des Juden, der hinter den Kulissen die Strippen zieht und gegen den Islam hetzt, scheint omnipräsent. Selbst zur Darstellung der Schiit*innen werden antisemitische Bilder bemüht und Verbindungen zum Judentum bzw. zum Staat Israel konstruiert. Auffällig ist aus meiner Sicht, dass eine längst antisemitisch denkende Zielgruppe adressiert wird, die keineswegs von der „jüdischen Weltverschwörung“ überzeugt werden muss. Es genügt schon, einen Davidstern oder einen israelischen Politiker abzubilden. Die Botschaften werden verstanden. Aus meiner Sicht ist der Antisemitismus des IS gefährlich, weil er an den bereits vorhandenen Judenhass andockt und verspricht, aus dem Antisemitismus des Wortes einen Antisemitismus der Tat zu machen.

Wird Antisemitismus als Element der IS-Ideologie in der Berichterstattung über die dschihadistische Miliz ausreichend beleuchtet? Welche Beobachtungen hast du gemacht?

Es scheint für viele selbstverständlich zu sein, dass der IS antisemitisch ist. Mit Blick auf die Berichterstattung habe ich den Eindruck, dass das zu selbstverständlich zu sein scheint. Als ein IS-Terrorist im Januar 2015 einen Anschlag auf einen koscheren Supermarkt in Paris im Kontext des Anschlags auf die französische Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ verübte, spielte die antisemitische Dimension in der deutschen Berichterstattung nahezu keine Rolle. Der Hass auf Jüdinnen und Juden wurde kaum thematisiert, obwohl das ausgewählte Ziel und die Worte des Attentäters eindeutig waren. Übrigens habe ich ähnliche Beobachtungen in der Forschung gemacht. Der erste Artikel, der sich dezidiert mit der Rolle des Antisemitismus im Weltbild des IS beschäftigt, erschien erst im Herbst 2019.

Welche Rolle spielt der Staat Israel in der Propaganda? Unterscheidet der IS zwischen Israel und Jüdinnen und Juden?

Der IS betrachtet Israel/Palästina als muslimisches Territorium, das von der jüdischen Besatzung befreit werden müsse. In der Vergangenheit richtete er Vernichtungsdrohungen an Israel und dessen jüdischen Bevölkerungsanteil. Glücklicherweise konnte der IS den Staat nie ernsthaft herausfordern. Obwohl es unter arabischen Israelis eine kleine Szene gibt, von der ein Teil sich dem IS in Syrien angeschlossen hat, blieben Anschläge des IS im Inneren des Landes bislang aus. Einzelpersonen oder Zellen, die mit dem IS in Verbindung standen, konnten frühzeitig aufgedeckt und verhaftet werden. Die relative Sicherheit Israels vor IS-Anschlägen darf aber nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Vernichtungsdrohungen eine ernstzunehmende, konkrete Gefahr sind. Denn: Der antisemitische Vernichtungswahn kennt keine Grenzen, laut IS-Propaganda besitzen Jüdinnen und Juden die globale Macht. Deshalb müsse der Terror global verbreitet werden. Ein Blick in unser Nachbarland Frankreich genügt: Dschihadist*innen identifizierten das französische „Charlie Hebdo“ als jüdisch, nur zwei Tage später folgte die Geiselnahme im koscheren Supermarkt ...

... aber hat der IS überhaupt noch eine Zukunft, nachdem er in den letzten Jahren starke Verluste hinnehmen und sich weitestgehend zurückziehen musste?

Der IS scheint vorerst besiegt. Ob er sich aufrechterhalten kann, ist offen. Ideologisch erklärt er seinen Rückzug mit einer göttlichen Prüfung. Ob er seine Anhänger*innen hiervon überzeugen kann, ist ebenso offen. Dennoch muss angenommen werden, dass sich IS-Zellen mit umfangreichen Waffenbeständen entweder im irakisch-syrischen Grenzgebiet festsetzen oder das Hauptoperationsfeld verlegen. Natürlich hat der IS durch Gebietsverluste jeglichen Anreiz für

16.06.2020, Darmstadt (HE)

In der Nacht beschädigen Unbekannte die Menora an der Gedenkstätte der Liberalen Synagoge schwer.

21.06.2020

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. Josef Schuster, erhält erneut eine Drohmail von „NSU 2.0“. Die Mail beinhaltet Vernichtungsfantasien.

ausreisewillige Dschihadist*innen eingeübt, und ohne operativen Rückzugsort ist er nicht in der Lage, großangelegte Terroranschläge in Europa zu verüben. Deshalb fokussierte er sich in den vergangenen zwei Jahren auf Anleitungen zu „Lone-Wolf-Anschlägen“. Zwar scheint die mediale Infrastruktur im Frühjahr 2018 weitestgehend zum Erliegen gekommen zu sein, aber der Rückgang produzierter Propaganda-Magazine und -Videos sollte nicht täuschen. Schließlich wurde ein Großteil der Aktivitäten auf Chatforen verlegt, deren Reichweite und Sogwirkung keinesfalls unterschätzt werden darf.

Wie schätzen Sie die aktuelle Bedrohungslage für Jüdinnen und Juden durch Anschläge von IS-Rückkehrer*innen in Europa ein? Halten Sie einen Anschlag in Deutschland für möglich?

Es ist durchaus eine verstärkte Transnationalisierung des Terrors möglich, hierbei könnte den IS-Rückkehrer*innen eine Schlüsselrolle zukommen. Schätzungen zufolge sollen sich bereits einige tausend Dschihadist*innen von den 20.000 identifizierten, die sich einst der Miliz angeschlossen haben, in ihren Herkunftsländern befinden. So sollen nach diesen Schätzungen mehrere hundert IS-Rückkehrer*innen in Deutschland sein. Weil Antisemitismus eine zentrale Rolle im Weltbild des IS spielt, geht von den IS-Rückkehrer*innen ohne Zweifel eine Gefahr für Jüdinnen und Juden in Deutschland aus. Deshalb sind die Sicherheitsbehörden gefordert, die Gefahr ernst zu nehmen.

Das Gespräch wurde im Juli 2020 geführt.

04.07.2020, Köln (NW)

Pro-palästinensische Aktivist*innen gedenken der deutschen und palästinensischen Entführer*innen eines Passagierflugzeugs im Jahr 1976 nach Entebbe.

09.07.2020, Worms (RP)

Eine Frau beschmiert auf einem jüdischen Friedhof zwischen 50 und 100 Grabsteine. Die Stadt spricht von einem „unpolitischen Vorfall“, da sie verwirrt sei.

Antisemitismus in der Linken

Tom Uhlig Bildungsstätte Anne Frank

Antisemitismus in der politischen Linken wird von vielen noch für einen Widerspruch in sich gehalten: Wie können Bewegungen, die für soziale Gerechtigkeit eintreten, gegenüber dem Ressentiment gegen Jüdinnen und Juden blind sein und dieses sogar reproduzieren? Zudem ist es in weiten Teilen linke Theorie und Praxis gewesen, die Antisemitismus als gesellschaftliches Phänomen überhaupt erst versteh- und damit kritisierbar gemacht hat. Der Selbstanspruch linker Bewegungen, universalistische Prinzipien wie die Menschenrechte vertreten zu wollen, tendiert dazu, die hier zumeist chiffrierten Ausdrucksformen des Antisemitismus zu überdecken: Man glaubt dann eventuell, per definitionem kein Antisemit sein zu können. Sich selbst linkspolitisch zu verorten ist allerdings kein Ticket, das, einmal gezogen, einen davor bewahrt, menschenverachtende Ideologien zu verinnerlichen. Um dem eigenen Anspruch tatsächlich gerecht zu werden, bedarf es einer kontinuierlichen Selbstbefragung und der Sicherheit, eigene Politiken und Haltungen auch immer wieder irritieren zu lassen. Im Folgenden soll mit aktuellen Beispielen unterlegt eine solche Irritation von drei maßgeblichen linken Aktionsfeldern gegeben werden, in denen sich Antisemitismus immer wieder Bahn bricht: der personalisierenden Kapitalismuskritik, dem Antiimperialismus und der instrumentellen Erinnerungspolitik.



Die Scharni 38, ein linkes Hausprojekt im Berliner Ortsteil Friedrichshain, spricht sich entschieden gegen jede Form von Antisemitismus aus. Das ist in der linken Szene – mit Blick auf den israelbezogenen Antisemitismus – keinesfalls selbstverständlich. © Nikolas Lelle

Personalisierende Kapitalismuskritik

Kapitalismus ist ein abstrakter Funktionszusammenhang, der die Menschen zueinander und zur Produktion in bestimmte Beziehungen setzt. Gleichwohl man jeden Tag mit den Erscheinungsformen kapitalistischer Produktionsweise und Vergesellschaftung konfrontiert ist, mit dem ungeheuren Meer an Waren und Dienstleistungen, ist es schwierig, den Kapitalismus an sich zu kritisieren, weil es sich um einen bewussten Prozess handelt, an dem alle ihren Anteil haben. Regressive Kapitalismuskritik macht es sich einfach, indem sie den Kapitalismus, zumindest dessen Produktion unnötigen Leides, den Machenschaften einiger weniger zuschreibt, also personalisiert. Damit ist sie anschlussfähig an antisemitische Weltdeutungsmuster, die von einer verborgenen Macht der Jüdinnen und Juden sowie ihrer engen Assoziation

09.07.2020, München (BY)

Der Rabbiner Shmuel Aharon Brodman wird beim Verlassen einer Straßenbahn von vier Männern verfolgt, die sich wiederholt abfällig über Israel äußern.

10.07.2020, Bonn (NW)

Unbekannte sprühen antisemitische Parolen an das Carl-von-Ossietsky-Gymnasium im Ortsteil Ückesdorf.

mit der Zirkulationssphäre ausgehen. Im modernen Antisemitismus sind die Eigenschaften, die Jüdinnen und Juden zugeschrieben werden, teilweise identisch mit denen des Kapitals: Sie sind vermeintlich überall, ungesehen, wirken hinter den Dingen, durchdringen alles, sind universalistisch, sind dem Globalen und damit nicht dem Nationalen verbunden usw. Durch ihre angebliche Verkörperung der Prinzipien der Moderne eignen sie sich für Antisemit*innen zur Identifikation mit dem Kapitalismus überhaupt.

Im „Linkspopulismus“ wird die Verzerrung personalisierender Kapitalismuskritik sogar ganz bewusst als Strategie gewählt. So schreibt etwa die Philosophin Chantal Mouffe im Aufsatz „Linkspopulismus als progressive politische Strategie der Zukunft“ (2018): „Dies ist die politische Strategie, die ich als ‚linken Populismus‘ bezeichne. Ihr Zweck ist die Konstruktion eines kollektiven Willens, eines ‚Volkes‘, dessen Gegner die ‚Oligarchie‘ ist, die Kraft, die die neoliberale Ordnung aufrechterhält.“ Notwendig werde diese Strategie aus dem Erfolg des Rechtspopulismus, den man nach Mouffe nicht als „rechtsextrem oder faschistisch“ klassifizieren dürfe, sondern man

müsse die „Existenz eines demokratischen Kerns“ ihrer Forderungen anerkennen. Diese Argumentationsweise ist symptomatisch für die personalisierende Kapitalismuskritik des Linkspopulismus: Die Rechten seien eigentlich nur fehlgeleitete Linke, die man im gemeinsamen Kampf gegen die „Oligarchen“, die „Bänker, Bonzen und Banditen“ zurückgewinnen müsse. In Frankreich wird bzw. wurde der Linkspopulismus beispielsweise prominent von Jean-Luc Mélenchon und seiner Partei *La France insoumise* („Unbeugsames Frankreich“), in England bis April 2020 von der Labour-Partei unter dem Vorsitz Jeremy Corbyns und in Deutschland von der klanglos verschwundenen „Sammlungsbewegung“ *Aufstehen* rund um Sahra Wagenknecht vertreten.



Die BDS-Kampagne beteiligte sich am Radical Queer March vom 27. Juli 2019 in Berlin. Die Veranstalter*innen distanzieren sich von der antisemitischen Kampagne. © Leonhard Lenz

Antimperialismus

Ungewohnt heftig wurde 2020 im deutschsprachigen Feuilleton über postkoloniale Theorie und einen ihrer prominentesten Vertreter, Joseph-Achille Mbembe, diskutiert. Mbembe sollte die Ruhrtriennale 2020 mit einem Vortrag eröffnen, wogegen sich Kritik zunächst seitens eines FDP-Politikers und des Antisemitismusbeauftragten des Bundes richtete: Mbembe verbreite in seinen Schriften israelbezogenen Antisemitismus und rede einer Bagatellisierung der Shoah das Wort. Tatsächlich forderte Mbembe im Vorwort eines Buches die globale Isolierung Israels (Mbembe 2005: VIII) und behauptete in „Politik der Feindschaft“, das „israelische Trennungsjahr“ ließe sich mit

11.07.2020, Köln (NW)

Tierrechtsaktivist*innen färben das Wasser mehrerer Brunnen mit roter Farbe. Unter den Brunnen befindet sich die „Kindergedenkstätte Löwenbrunnen“.

16.07.2020, Berlin

Die „Rädelsführer“ der antisemitischen „Goyim Partei Deutschland“ werden festgenommen. Sie sollen Anschläge auf Jüdinnen und Juden geplant haben.

der Metapher der Apartheid nicht erfassen, da die „apokalyptischen Ressourcen und Katastrophen weitaus komplexer und geschichtlich viel tiefer verwurzelt [sind] als alles, was den südafrikanischen Calvinismus möglich machte“ (Mbembe 2017: 85). Diese Dämonisierungen Israels im Antimperialismus und Antizionismus der politischen Linken, welche in manchen Aspekten von der postkolonialen Philosophie beerbt wurden, haben eine lange Tradition. Israel gilt hier neben den USA als der imperialistische beziehungsweise kolonialistische Staat schlechthin, der ständig die Rechte der autochthonen Palästinenser*innen unterminiere. Der Nahostkonflikt wird somit alleinig auf israelische Politik zurückgeführt.

Für die bundesdeutsche Linke hatten antiimperialistische Konflikte oftmals die Funktion von Stellvertreterkämpfen. Während die revolutionäre Umwälzung im eigenen Land in weite Ferne rückte, hat sich die Hoffnung auf sogenannte Befreiungsbewegungen im Trikont wie auch auf die Kurd*innen oder Palästinenser*innen verschoben. Die Solidarität mit den Unterdrückten führte bisweilen zu ihrer unkritischen Affirmation: So spielt heute in der „palästinensolidarischen“ Linken kaum eine Rolle, dass im Gaza-Streifen eine mörderische Terrororganisation herrscht und im Westjordanland ein Präsident, dessen Amtszeit vor elf Jahren endete. Die palästinensische Gesellschaft wird in der antiimperialistischen Denkschablone zumeist als vopolitische Gemeinschaft verzerrt, ohne innere Widersprüche.

Instrumentelle Erinnerungspolitik

Im Dezember 2019 stellte die Aktionskunstgruppe *Zentrum für Politische Schönheit* vor dem Reichstag eine Stahlsäule auf, in die angeblich Asche von zur Zeit des Nationalsozialismus ermordeten Jüdinnen und Juden eingelassen war. Die Inspiration zu dieser Aktion hatte Philipp Ruch, Chef des Zentrums, nach eigener Aussage von Lea Rosh, die als Mitinitiatorin des Berliner Denkmals für die ermordeten Juden Europas zur Eröffnung einen in Belzec gefundenen Backenzahn in eine der Betonstelen einlassen wollte. Wie damals Rosh wurde auch das Zentrum massiv für die Pietätlosigkeit kritisiert, mit der zudem gegen die jüdischen Bestattungsriten verstoßen wurde, wonach keine Gebeine Verstorbener bewegt werden dürfen. Die Aktion ist ein typischer Ausdruck sogenannter Erinnerungskultur, die an den Interessen der Betroffenen kaum interessiert scheint. Ruch wollte die Stele als einen Kommentar zur gegenwärtigen Situation Deutschlands verstehen und ignorierte dabei, dass es sich bei der Asche um kein Symbol oder eine Metapher für die politischen Verhältnisse handelt, sondern um die sterblichen Überreste ermordeter Menschen, mit Angehörigen und einem Recht auf Totenruhe.

30.07.2020, Mühlhausen (TH)

Auf einer Wand am Bahnhof sind eine NS-Hakenkreuzfahne sowie eine Cartoon-Figur gesprüht, die auf einen Davidstern uriniert.

04.-07.2020

Im Rahmen der Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen tauchen vermehrt „Judensterne“ mit der Inschrift „Nicht Geimpft“ bzw. „Ungeimpft“ auf.

So wie in der Gesamtgesellschaft die Auseinandersetzung mit der Shoah oftmals von Interessen jenseits des Gedenkens geprägt ist, schlagen sich auch in der politischen Linken immer wieder Formen instrumenteller Erinnerungspolitik durch. Christian Schneider und Ulrike Jureit (2010) haben die „Opferidentifizierung“ vieler nicht-jüdischer Deutscher kritisiert, die sich aus der Genealogie deutscher Täterschaft befreien wollen, indem sie sich selbst aufseiten der Opfer verorten. Daraus können vereinnahmende und gleichzeitig verharmlosende Vergleiche resultieren, wie es bereits im Zuge der Studierendenproteste Ende der 1960er Jahre der Fall war, wenn etwa die Rede davon war, die Protestierenden heute würden wie die Juden damals behandelt. Auch ist eine solche Identifizierung problematisch, weil sie leicht in ihr Gegenteil umschlagen kann, sobald sich das Objekt nicht mehr entsprechend dem eigenen Gefühlshaushalt verhält: Als Israel, dem vor 1967 als dem Staat der Shoah-Überlebenden einige linke Sympathien galten, im Zuge des Sechstagekriegs nicht länger zur Projektionsfläche des hilflosen Opfers taugte, wandelte sich die Stimmung. Der vormals bewunderte Staat wurde nun von vielen hasserfüllt abgelehnt, was darauf hinweist, dass die vorherige Parteinahme instrumentellen Charakter hatte.

Literatur

Hauray, Thomas (2002): *Antisemitismus von links. Kommunistische Ideologie, Nationalismus und Antizionismus in der frühen DDR*. Hamburg: Hamburger Edition.

Mouffe, Chantal (11.09.2018): *Linkspopulismus als progressive politische Strategie der Zukunft*. Online: nachdenkseiten.de/?p=45947.

Jureit, Ulrike/Schneider, Christian (2010): *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*. Stuttgart: Klett-Cotta.

Poliakov, Léon (1992): *Vom Antizionismus zum Antisemitismus*. Freiburg im Breisgau: ça ira-Verlag.

Mbembe, Achille (2005): *On Palestine*. In: Sean, Jacobs/Soske, Jon (Hrsg.): *Apartheid Israel. The Politics of Analogy*. Chicago: Haymarket Books, S. VII–VIII.

Postone, Moishe (2005): *Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen*. Freiburg im Breisgau: ça ira-Verlag.

Mbembe, Achille (2017): *Politik der Feindschaft*. Berlin: Suhrkamp Verlag.

22.08.2020, Münster (NW)

Auf einer Gedenkkundgebung für die Opfer des rassistischen Terroranschlags in Hanau instrumentalisiert die Gruppe „Palästina Antikolonial“ in einem Redebeitrag das Anliegen der Kundgebung für dämonisierende Hetze gegen Israel.

28.08.2020, Mainz (RP)

Nur eine Stunde, nachdem in Mainz ein Stolperstein im Rahmen einer Gedenkveranstaltung verlegt wurde, werden dort niedergelegte Blumen zerstört und der Stein beschmutzt.

„Antisemitismus in der Kunst wird zu wenig thematisiert.“

Gespräch mit Fabian Bechtle und Leon Kahane

Forum demokratische Kultur und zeitgenössische Kunst

Die Kunstszene gilt gemeinhin als aufgeschlossen und progressiv – in puncto Antisemitismus lässt sich dieses Bild allerdings nur bedingt aufrechterhalten. Zu dieser Einschätzung kommt das Forum demokratische Kultur und zeitgenössische Kunst, das sich als Projekt der Amadeu Antonio Stiftung mit antidemokratischen und menschenfeindlichen Einstellungen in der Kunst befasst. Die Projektleiter Fabian Bechtle und Leon Kahane erläutern im Gespräch, warum der israelbezogene Antisemitismus in der Kunst als Ausdruck des Kulturpessimismus zu verstehen ist.

**Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus
Wie drückt sich Antisemitismus in der heutigen Kunstwelt aus?**

Leon Kahane *Der Antisemitismus drückt sich nur selten in Karikaturen von Hakennasen und Schläfenlocken, sondern vielmehr in subtilen Bildern aus. Man denke an eine verkürzte Kritik an der Moderne oder an den Vorwurf des Kosmopolitismus. Die Vorstellungen münden stets in Antisemitismus: „Die Juden“ sollen den Sklavenhandel finanziert, „die Juden“ sollen die globale Fluchtbewegung gesteuert, und die US-amerikanischen Polizisten, die George Floyd im Mai 2020 töteten, sollen ihr Handwerk in Israel gelernt haben. Wenn am Ende immer „die Juden“ schuld sind, ist das eine Form der Selbstentlastung.*

Das heißt, es gibt heute wenig explizit antisemitische Kunst, sondern vielmehr Antisemitismus in der Kunst?

Fabian Bechtle *Ja, es gibt in der Bundesrepublik keine – breit rezipierte – antisemitische Kunst. Das sieht historisch betrachtet anders aus. Insofern gab es eine Entwicklung in den vergangenen 75 Jahren. Allerdings zeigt sich z.B. ein wachsendes Maß an „Israelkritik“. Sie ist in der Kunstszene vergleichsweise weit verbreitet. Antisemitismus drückt sich meist über derartige Umwege aus.*

Kahane *Natürlich geht Antisemitismus mit der Zeit, er entwickelt sich und passt sich an. Die antisemitische Kunst, die aus einer Zeit des Rassenantisemitismus stammt, gibt's nicht mehr. Aber es gibt Kunst, die antisemitische Kriterien mit Blick auf die heutige Zeit erfüllt. Die Künstler*innen, die diese Kunstwerke erschaffen, stellen in Frage, dass sie antisemitisch sind.*

Bechtle *In progressiven Milieus herrscht die Grundidee, sich auf die Seite der Unterdrückten, auf die gerechte, gute Seite zu stellen. Das ist per se nichts Schlechtes. Aber wenn der Staat Israel als rassistischer Apartheidstaat bezeichnet wird, ist eine Grenze überschritten. Aus der Grundidee, auf der richtigen Seite stehen zu wollen, lässt sich in der Kunstwelt nicht nur der Antizionismus, sondern auch der Antiamerikanismus ableiten.*

01.09.2020, Halle (Saale) (ST)

Ein jüdisches Paar mit Kippas und Davidstern wird auf dem Weg zu ihrem Auto von einem Fahrradfahrer lautstark antisemitisch beschimpft.

05.09.2020, Nordhausen (TH)

Ein Auto wird mit antisemitischen Drohparolen und Davidsternen beschmiert.

Inwiefern spielt die antisemitische BDS-Kampagne („Boycott, Desinvestment, Sanctions“) noch eine Rolle im Kunst- und Kulturbetrieb? Welche Bedeutung hat der Beschluss des Bundestags dazu?

*Kahane Es ist interessant zu beobachten, wie sehr die Kampagne verharmlost wird und sich Künstler*innen hinreißen lassen, einen Aufruf zu unterzeichnen, der sich mit einer komplexen Thematik, über die sie meist wenig wissen, befasst. Es scheint hier klar zu sein, was gut und böse ist.*

Bechtle Die Erzählung, der BDS-Beschluss des Bundestags unterdrücke kritische Meinungen zum Nahostkonflikt, ist bereits unwahr, weil die These von der unterdrückten Meinung die dominante Erzählung in der öffentlichen Debatte – und ebenso in der Kunstwelt – ist. Man hört und liest das viel und in etablierten Medien. Ich denke, der Beschluss drängt diese Positionen keineswegs in die Peripherie. Im Gegenteil: Der Beschluss war für viele sogar Anlass, sich zu exponieren. Das zeigte sich allzu deutlich in der Debatte um den geplanten Ruhrtriennale-Auftritt von Achille Mbembe ...



Um auf die unterschiedlichen Ausprägungen des Antisemitismus in der Kunstwelt aufmerksam zu machen, veranstaltet das Forum demokratische Kunst und zeitgenössische Kultur eine Reihe an Tagungen, Workshops und Podien. © Fabian Bechtle

Kahane ... die Debatte illustrierte die Bedeutung der Postcolonial Studies in der Kunst sowie die Konflikte der Postcolonial Studies mit Antisemitismusfragen. Es ist offensichtlich, dass der Antisemitismus auf mehreren Ebenen in den Werken Mbembes steckt. Das beschränkt sich keineswegs auf: „BDS: Ja oder Nein?“ Im internationalen Vergleich spielt die BDS-Kampagne, auch als symbolische Kapitalismuskritik, eine größere Rolle als in Deutschland. In einigen Ländern scheint selbstverständlich, dass man für den Boykott Israels eintritt. Oftmals wird schlicht behauptet, Deutschland sei übersensibel aufgrund der NS-Geschichte. In Deutschland ist das Bekenntnis zur BDS-Kampagne nicht nur ein politisches Statement für den Boykott, sondern auch eine Systemkritik an der deutschen Staatsräson. So wird im Kunstfeld mit der Kritik an dieser Staatsräson ausgerechnet das angegriffen, was erst durch die alliierte Besatzung möglich geworden ist und bewahrt werden sollte. Allerdings wird das verwechselt, und der Angriff auf Israel wird mit einem Angriff auf die deutsche Staatsräson – also einer Systemkritik – einmal mehr legitimiert. Das ist absurd!

Was unternimmt ihr denn konkret gegen Antisemitismus in der Kunst?

Bechtle Eine Prämisse unserer Arbeit ist: Antisemitismus in der Kunst wird zu wenig thematisiert, und dagegen wollen wir etwas tun. Deswegen schreiben wir Texte, formulieren Debattenbeiträge und organisieren Veranstaltungen. Wir versuchen Antisemitismus wieder mehr und zentraler zu thematisieren. Zugleich geht es uns darum zu überprüfen, wo wir auch alle selber anschlussfähig sind – etwa für Verschwörungsmysmen.

Kahane Außerdem versuchen wir zu zeigen, dass Antisemitismus eben auch ein Problem progressiver Milieus ist, was dessen Thematisierung wiederum schwierig macht, weil es mit dem Selbstverständnis der Kunstwelt nicht vereinbar ist.

07.09.2020, Berlin

Ein Mann skandiert vor der israelischen Botschaft in Berlin-Grünwald antisemitische Parolen und trägt ein Plakat mit der Aufschrift „Holocaust-Opfer = Holocaust-Täter“.

11.09.2020, Lingen (NI)

Eine Gruppe junger Menschen nimmt an einer Führung über den jüdischen Friedhof teil, als ein Radfahrer plötzlich antisemitische Parolen in Richtung der Gruppe ruft.

Bechtle *Es wird schon lange gesehen, dass Politik auch durch Kulturvorstellungen durchgesetzt wird. Das zeigt sich am Kulturpessimismus besonders anschaulich. Er behauptet, es gebe durch eine progressive Entwicklung einen Verlust an Authentizität, an Natürlichkeit und Ursprünglichkeit. Der Störfaktor für die Kulturpessimist*innen sind und waren vor allem „die Juden“.*

Aber es gibt Künstler*innen, die kulturpessimistisch sind und sich zugleich als progressiv verstehen. Man denke an das Zentrum für Politische Schönheit (ZPS), das Ende 2019 eine Stele vor dem Bundestag aufstellen ließ, die – angeblich – Asche von Ermordeten des Vernichtungslagers Auschwitz enthielt. Der ZPS-Sprecher Philipp Ruch veröffentlichte vor Jahren ein kulturpessimistisches Buch. Wie bewertet ihr die Aktion aus einer künstlerischen Perspektive?



Das „Zentrum für Politische Schönheit“ baute Ende 2019 eine Säule vor dem Bundestag auf, die Asche von Opfern der Shoah enthalten haben soll. Gegen die Aktion regte sich Widerstand. © Enno Lenze

Bechtle *Philipp Ruch schrieb sein Buch „Wenn nicht wir, wer dann?“ 2015. Er nennt es „ein politisches Manifest“. Es ist eine Kulturkritik des Westens, die eine Sehnsucht nach dem Autoritärem zum Ausdruck bringt. Der Aktionismus scheint ihm der letzte wahrhaftige politische Akt zu sein. Insofern passen die Aktionen und Ideen zusammen. Die Aktion vor dem Bundestag war selbstgerecht, sie betrieb nur scheinbar Aufklärung – und am Ende wurde die Geschichte instrumentalisiert, niemand redete über den vermeintlichen Zweck der Aktion, nämlich vor einer Koalition aus CDU/CSU und AfD zu warnen.*

Kahane *In der Aktion zeigten sich ein himmelschreiender Narzissmus und eine Sehnsucht, ein Märtyrer zu sein. Diese Form des Idealismus ist tief in der Kunstwelt verankert. All die linken und rechten Kulturpessimist*innen ertragen die Ambivalenz und Komplexität der Welt nicht. Sie glauben, in der direkten Ansprache der Kunst verberge sich das Authentische – und im Authentischen verberge sich der Idealismus.*

Das Gespräch wurde im Juli 2020 geführt.

16.09.2020, Essen (NW)

Eine rechtsextreme Chatgruppe fliegt auf, in der 29 Polizist*innen zahlreiche Bilddateien (darunter Darstellungen von Adolf Hitler oder eine Fotomontage, die einen Geflüchteten in einer Gaskammer zeigt) geteilt haben.

26.09.2020, Darmstadt (HE)

Eine hessische Regionalzeitung druckt einen Leserbrief, in dem deutschen Jüdinnen und Juden nahegelegt wird, Deutschland zu verlassen.

BDS, Israelboykott und Palästina-Solidarität in der Linken

Maximilian Kirstein und Imke Kummer

Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus

„Den antisemitischen Konsens brechen! Jugend gegen Antisemitismus und Rassismus“. Das stand auf einem Transparent, das Demonstrant*innen am 1. Mai 2019 in Berlin bei sich trugen. Diese Worte waren der Auslöser für einen tätlichen Angriff mehrerer Mitglieder einer maoistischen Gruppe auf diese Demonstrant*innen. Die mittlerweile aufgelöste Gruppierung galt als gewaltbereit und bedrohte Politiker*innen, Journalist*innen, Frauen und israelsolidarische Linke – darunter auch Jüdinnen und Juden. Insbesondere im Berliner Bezirk Neukölln tauchten auch Graffitis der Gruppe auf mit teils antisemitischen Parolen und Mordaufrufen wie „9 mm für Zionisten“. Auch wenn diese Gruppe innerhalb der (radikalen) Linken weitgehend isoliert war, solidarisierten sich einige linke Gruppierungen (darunter der Berliner Ableger der „Roten Hilfe“ sowie einzelne Jugendgruppen der Partei DIE LINKE) mit den Maoist*innen, nachdem deren Wohnungen von der Polizei durchsucht worden waren. Mit den Betroffenen antisemitischer Gewalt und Bedrohung waren die besagten Gruppen jedoch weit weniger empathisch.¹

Der Angriff ist ein drastisches, aber gutes Beispiel dafür, welche Auseinandersetzungen um den Kampf gegen Antisemitismus innerhalb der politischen Linken ausgetragen werden. Denn dass Antisemitismus auch ein innerlinkes Problem ist, ist Teil linker Geschichte.

Der Unwille, Antisemitismus als ein strukturelles und oft durch Codes artikuliertes Problem zu begreifen, hat in der Linken eine lange Tradition. Spätestens seit dem Sechstagekrieg, in dem Israel 1967 mit einem Präventivschlag eine drohende militärische Vernichtung durch arabische Streitkräfte verhindern konnte, wird der

jüdische Staat als Täter und „imperialistischer Aggressor“ im Nahen Osten angesehen, was nicht selten in einer manichäischen Verurteilung Israels als ultimatives Böses gipfelt.

„Fest steht: Der Antisemitismus, enthalten im Anti-Israelismus oder Anti-Zionismus wie das Gewitter in der Wolke, ist wiederum ehrbar. Er kann ordinär reden, dann heißt das ‚Verbrecherstaat Israel‘. Er kann es auf manierliche Art machen und vom ‚Brückenkopf des Imperialismus‘ sprechen, dabei so nebstbei allenfalls in bedauerndem Tonfall hinweisen auf die mißverständene Solidarität, die so ziemlich alle Juden, von einigen löblichen Ausnahmen abgesehen, an den Zwergstaat bindet [...].“

Jean Améry in *Der ehrbare Antisemitismus* (1969)

Einen großen Anteil an der Beständigkeit dieses einseitigen und dämonisierenden Elements im israelbezogenen Antisemitismus heute hat vor allem die transnationale Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS), welche den Staat Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren will. Hauptziele der 2005 ins Leben gerufenen Kampagne sind das Ende einer israelischen „Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes“², die rechtliche Gleichstellung aller arabisch-palästinensischen Bürger*innen Israels sowie das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge auf israelisches Staatsgebiet. Diese Forderungen greifen das „David

03.10.2020, Frankfurt am Main (HE)

Bei einer Demonstration für Anliegen von Geflüchteten skandieren Teilnehmende israelfeindliche Parolen und fordern die „Befreiung Palästinas“.

04.10.2020, Hamburg

Ein militärisch gekleideter Mann schlägt einem jüdischen Studierenden, der gerade die örtliche Synagoge verlässt, mit einem Klappspaten auf den Kopf und verletzt ihn schwer.

gegen Goliath“-Narrativ auf, welches oft für den israelisch-palästinensischen Konflikt bemüht wird und verdeutlicht, warum vor allem linke Akteur*innen BDS unterstützen. Schließlich behaupten deren Aktivist*innen, sie gäben der palästinensischen Zivilgesellschaft, aus deren Mitte die Forderung eines umfassenden Israelboykotts entsprungen sei, eine Stimme. Dass diese Behauptung mindestens fraglich ist, zeigt bereits ein Blick auf die Entstehungsgeschichte der Boykott-Kampagne: 2001, also vier Jahre vor dem offiziellen BDS-Gründungsaufruf, setzte das parallel zur UN-Weltkonferenz im südafrikanischen Durban tagende NGO-Forum mit großer Mehrheit Zionismus und Rassismus gleich. Daraus müsse, so das veröffentlichte Abschlussdokument, ein umfassender Boykott des jüdischen Staates folgen. Dass der offizielle BDS-Aufruf von 2005, bei dessen Gestaltung und Unterzeichnung vor allem die von der EU und den USA als Terrororganisationen eingestufte Hamas und die Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) sowie das iranische Regime federführend waren, inhaltlich wie rhetorisch nahezu identisch ist, lässt die Legitimität eines durch die palästinensische Zivilgesellschaft initiierten Aufrufs unglaubwürdig erscheinen.

Ein genauerer Blick auf die Forderungen von BDS zeigt zudem, dass diese alle drei Kriterien des sogenannten 3D-Tests von Nathan Sharansky für israelbezogenen Antisemitismus erfüllen: So bezeichnet BDS Israel durchweg als „rassistischen Apartheidstaat“ – und damit als grundsätzlich schlecht (Dämonisierung), obwohl Israel die einzige Demokratie in der Region ist. Ebenso bezichtigen BDS-Aktivist*innen Israel, in einer unvergleichlichen Quantität und Qualität für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich zu sein. Der Umstand, dass die Kritiker*innen die Menschenrechtssituation in totalitären und autoritären Staaten wie beispielsweise Nordkorea, Russland oder China hingegen vergleichsweise wenig zu interessieren scheint, offenbart die Doppelmoral der Kampagne (Doppelstandards). Auch die Delegitimierung Israels und die (mindestens) implizite Ablehnung einer Zweistaatenlösung sind zentraler Bestandteil der BDS-Kampagne: Als einzige Gruppe weltweit wird der Flüchtlingsstatus der Palästinenser*innen

an die Nachkommen vererbt, so dass sich deren Zahl seit der Staatsgründung Israels 1948 laut UN auf mittlerweile etwa fünf Millionen beläuft. Eine Rückkehr all dieser Menschen auf israelisches Staatsgebiet würde die jüdische Bevölkerung zur Minderheit machen und damit eine De-facto-Auflösung des einzigen jüdischen Staates bedeuten. Sprich: des einzigen souveränen Schutzraums für Jüdinnen und Juden. Auf Demonstrationen weltweit wie auch in Deutschland spiegelt sich diese Forderung in der Parole „From the river to the sea, Palestine will be free“. Gemeint ist damit das Gebiet zwischen dem Fluss Jordan und dem Mittelmeer. In anderen Worten: das gesamte israelische Staatsgebiet.

Besonders problematisch ist zudem die Forderung, man müsse all jene Menschen und Unternehmen boykottieren, denen eine „Komplizenschaft“ („complicity“) zum Staat Israel nachgesagt wird. Diese Erweiterung zeigt, dass sich die Kampagne nicht einfach nur gegen die jeweils aktuelle israelische Regierung und deren Politik richtet, sondern gegen alle Israelis, gegen Jüdinnen und Juden sowie vermeintliche „Komplizen“, die mit diesem Staat im Bunde sein sollen. Insbesondere im deutschen Kontext erinnern die Boykottaufrufe (z.B. dass israelische Musiker*innen nicht eingeladen werden sollen) frappierend an die NS-Parole „Kauft nicht bei Juden“.

Die Fakten liegen seit geraumer Zeit auf dem Tisch. Viele Kommunen, Städte und sogar der Deutsche Bundestag haben sich nicht nur von BDS distanziert, sondern erschweren es der Kampagne durch explizite Verweigerung öffentlicher Räumlichkeiten und finanzieller Mittel, Fuß zu fassen. Dieser Umstand ist nicht zuletzt ein großes Verdienst zivilgesellschaftlicher und vor allem jüdischer Akteur*innen.

Und doch fällt es vielen linken wie (zivil-)gesellschaftlichen Akteur*innen schwer, sich das Problem einzugestehen. Zwar existieren durchaus linke Gruppierungen und Einzelpersonen, die sich gegen Antisemitismus und Antizionismus im „eigenen“ politischen Lager positionieren. Nicht selten werden diese aber als „Nestbeschmutzer*innen“ verunglimpft und bedroht. So kaperte die

Ab 05.10.2020, Bundesweit →

Dieser Zeitstrahl endet hier mit dem Redaktionsschluss 5. Oktober. Antisemitische Vorfälle sind weiterhin kontinuierlich und alltäglich zu erwarten. Ein Ende ist leider nicht in Sicht.

antizionistische Gruppe „Berlin Against Pinkwashing“ Ende Juli 2019 den „Radical Queer March“ in Berlin, der als Alternative zum etablierten Christopher Street Day (CSD) angedacht war. Nachdem die Veranstalter*innen sich klar gegen Antisemitismus und BDS positioniert hatten, übten die antizionistischen Aktivist*innen massiven Druck auf die Organisator*innen aus, woraufhin diese sich schließlich doch von ihrem ersten Standpunkt distanzieren. Daraufhin bildete sich ein „Queers for Palestine“-Block, aus dem antisemitische und terrorverherrlichende Parolen wahrzunehmen waren.³



Am 4. Juni 2018 fand eine antisemitische Demonstration in Berlin statt, an der sich u.a. die BDS-Kampagne und der maoistische, inzwischen aufgelöste „Jugendwiderstand“ beteiligten. © Recherchenetzwerk Berlin

Dieses Einknicken steht exemplarisch für einen Umgang mit Antisemitismus in der (radikalen) Linken, der sich in der Spannweite von Nicht-Thematisierung, Verharmlosung, Verbreitung und Duldung bis hin zur Unterstützung antisemitischer Einstellungen und Akteur*innen bewegt. Die Folgen sind fatal, denn mit der Duldung eines (szeneintern wie extern) ohnehin omnipräsenten israelbezogenen Antisemitismus trägt man Stück für Stück zu dessen Normalisierung bei. Der Unwille, eine entsprechende Debatte zu führen, entspringt nicht zuletzt der verbreiteten Ansicht, eine sich als antifaschistisch und antirassistisch verstehende (radikale)

Linke könne per definitionem gar nicht antisemitisch sein. Für das fehlende Bewusstsein, was Antisemitismus ist und wie er sich gerade im Gegensatz zu Rassismus äußert, dürfte für radikale Linke auch eine Rolle spielen, dass die erweiterte Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) von staatlicher und kommunaler Seite forciert wird – ein Umstand, der vor allem antiimperialistische und antizionistische Linke darin bestärkt, sich als Opfer staatlicher „Zensurmaßnahmen“ oder einer „Antisemitismuskeule“ zu sehen.⁴

Nicht zuletzt gibt es immer wieder dezidiert linke Positionen, die unter dem Deckmantel der sogenannten Israelkritik nichts anderes als antisemitische Parolen im neuen Gewand sind. So bestritten in Reaktion auf den Bundestagsbeschluss zur BDS-Kampagne 240 jüdische und israelische Wissenschaftler*innen in einer an die Bundesregierung adressierten Stellungnahme⁵

Literatur

Amadeu Antonio Stiftung (Hrsg.) (2017): „Man wird wohl Israel noch kritisieren dürfen...“? Eine pädagogische Handreichung zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus. Berlin. Online: <https://amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/aktionswochen/paedagogischer-umgang-mit-israelbezogenem-antisemitismus.pdf>, letzter Aufruf: 12.08.2020.

Brosch, Matthias et al. (Hrsg.) (2007): *Exklusive Solidarität. Linker Antisemitismus in Deutschland*. Berlin: Metropol Verlag.

Deutscher Bundestag (2019): „Der BDS-Bewegung entschlossen entgentreten – Antisemitismus bekämpfen.“ Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Online: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/101/1910191.pdf>, letzter Aufruf: 29.07.2020.

Hafner, Georg M./Schapira, Esther (2015): *Israel ist an allem schuld. Warum der Judenstaat so gehasst wird*. Frankfurt am Main: Eichborn Verlag.

Markl, Florian (2017): *Der Ursprung der Israel-Boykottbewegung*. In: sans phrase. Zeitschrift für Ideologiekritik 11/2017, S. 49–55.

Tarach, Tilman (2016): *Der ewige Sündenbock. Israel, Heiliger Krieg und die „Protokolle der Weisen von Zion“ – Über die Scheinheiligkeit des traditionellen Bildes vom Nahostkonflikt*. 5., aktualisierte und überarbeitete Auflage. Freiburg/Berlin: Edition Telok.

nicht nur den antisemitischen Charakter der Kampagne. Zusätzlich behaupteten sie, nicht der Anstieg antisemitischer Vorfälle und Straftaten sei ursächlich für den Beschluss gewesen, sondern: „Im Gegenteil, dieser Antrag ist von den politischen Interessen und der Politik der am stärksten rechtsgerichteten Regierung Israels in der Geschichte des Landes angetrieben.“⁶ Auch der Historiker und ehemalige Leiter des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung Wolfgang Benz schloss sich jüngst mit seinem Sammelband „Streitfall Antisemitismus. Anspruch auf Deutungsmacht und politische Interessen“ dem Vorwurf der Instrumentalisierung an und warnte vor einer Gefährdung der Wissenschaftsfreiheit und der öffentlichen Debatte. Der Erziehungswissenschaftler Micha Brumlik, der einen Beitrag für den besagten Band beigesteuert hat, spricht bei der Debatte um den Umgang mit BDS sogar von einem „neuen McCarthyismus“⁷. Mit diesem Schlagwort bezieht er sich auf die antikommunistische Kampagne und damit einhergehende Verschwörungsmythen, die der republikanische Senator Joseph McCarthy zu Beginn des Kalten Krieges in den USA angestoßen hatte. Dass sich gerade BDS-Aktivist*innen mit ihrer Vorstellung von „complicity“ dieser Methode bedienen, lässt Brumliks Vorwurf umso grotesker erscheinen.

Diese Rhetorik ist es letztlich, die linke „Israelkritiker*innen“ im Zweifel auch mit Rechtsextremist*innen und Islamist*innen auf die Straße bringt – und damit den Nährboden für Querfront-Projekte bildet. Der jährliche Al-Quds-Marsch, der auf Initiative des iranischen Regimes entstand und bei dem zur Beseitigung Israels aufgerufen wurde, ist ein gutes Beispiel hierfür. Zwar geriet die Demonstration in den letzten Jahren zunehmend in die Kritik von Zivilgesellschaft, Behörden und



So einig ist sich die linke Szene im Kampf gegen Antisemitismus nicht immer. © Nikolas Lelle

Politik, ein generelles Abflauen des israelbezogenen Antisemitismus ist aber deswegen nicht zu beobachten.⁸ Dies zeigte sich erneut in der Debatte um Netanjahus Ankündigung einer Erweiterung des Souveränitätsgebiets Israels Anfang Juli 2020. In seiner Rede sagte beispielsweise der Abgeordnete Dr. Gregor Gysi (Fraktion DIE LINKE), dass die Durchsetzung dieses Plans die Sicherheit Israels und von Jüdinnen und Juden weltweit gefährde. Zudem meinte er, dass „wenn gerade Israel mit Besatzung, mit Demütigung der Palästinenserinnen und Palästinenser in Verbindung gebracht werden muss“, dies mehr als beschämend für Jüdinnen und Juden sei – eine Täter-Opfer-Umkehr, bei der Israel als Aggressor und Täterstaat konstruiert und mit doppelten Standards zur Bewertungen innen- sowie außenpolitischer Entscheidungen konfrontiert wird. Im August verkündete Netanjahu die Aussetzung des Plans, nachdem Israel diplomatische Beziehungen mit den Vereinigten Arabischen Emiraten aufgenommen hatte.

1 Vgl. belltower.news/kommentar-linker-antisemitismus-solidaritaet-mit-schlaegern-statt-mit-opfern-87669.

2 Vgl. bds-kampagne.de/boykott (zuletzt geprüft am 12.08.2020) sowie Mohr, Sebastian/Riebe, Jan (2017): *Die BDS-Kampagne gegen Israel oder Die Taktik der Diffusität*. In: Amadeu Antonio Stiftung (2017), S. 22–26.

3 Vgl. facebook.com/notes/rias-berlin-recherche-und-informationsstelle-antisemitismus-berlin/israelfeindschaft-und-antisemitismus-zur-pride-week-2019-in-berlin/2389828441338830, letzter Aufruf: 12.08.2020.

berlin/2389828441338830, letzter Aufruf: 12.08.2020.

4 Die IHRA-Definition wird von vielen wissenschaftlichen Organisationen als Arbeitshypothese anerkannt.

5 bds-kampagne.de/2019/06/07/aufruf-an-die-bundesregierung-von-240-juedischen-und-israelischen-wissenschaftlern-setzen-sie-bds-nicht-mit-antisemitismus-gleich, letzter Aufruf: 20.10.2020.

6 Ebd.

7 Vgl. fr.de/kultur/gesellschaft/micha-brumlik-ich-bezeichne-das-als-eine-neue-form-des-mc-carthyismus-90017108.html, letzter Aufruf: 12.08.2020.

8 Vgl. Zick, Andreas/Berghan, Wilhelm/Mokros, Nico (2019): *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2018/19*. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm (Hrsg.): *Verlorene Mitte. Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19*. Bonn: J.H.W. Dietz, S. 53–116, hier S. 67.

„Dass jüdische Stimmen zur Bekämpfung des Antisemitismus gehört werden müssen, war lange nicht selbstverständlich.“

Gespräch mit Miki Hermer und Nikolas Lelle
Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus

Das Engagement zahlreicher Initiativen der demokratischen Zivilgesellschaft, die seit Jahren im gesamten Bundesgebiet gegen Antisemitismus aktiv sind, hinterlässt sichtbare Spuren. Besonders nachhaltig wird die Arbeit, wenn die Akteur*innen vernetzt sind – genau das fördern die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus seit 2003. Projektleiter Nikolas Lelle und die Leiterin der Berliner Aktionswochen, Miki Hermer, stellen das Projekt vor.

Belltower.News *Miki, du bist seit einigen Jahren bei den „Bildungs- und Aktionswochen“ aktiv und hast bereits viele Erfahrungen gesammelt. Was zeichnet das Projekt aus deiner Sicht aus?*

Miki Hermer *Das Projekt besteht, das verrät schon der Name, aus zwei Säulen. Die erste ist die Bildung: Wir klären mit unterschiedlichen Veranstaltungsformaten über die Gefahren des Antisemitismus auf. Die zweite*

*Säule ist die Aktion: Wir gestalten bundesweit sichtbare Kampagnen, die eine Debatte in der Gesellschaft auslösen sollen, und unterstützen kreative Aktionen aus der demokratischen Zivilgesellschaft. Ein schönes Beispiel ist die Stolperstein-Putzaktion von hunderten Schüler*innen in Offenburg.*



Die öffentliche Plakatkampagne ist das Herz der Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus. © Florian Eisheuer

Nikolas, du hast kürzlich die Leitung des Projekts übernommen. Was hat dich dazu motiviert?

Nikolas Lelle *Es ist mir wichtig, die historischen Kontinuitäten des Antisemitismus deutlich zu machen. Da ich aus der NS-Forschung komme, möchte ich zeigen, dass der Judenhass nicht neu ist. Im Gegenteil, auch nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war er nie weg. Im Projekt ist mir zudem das Sichtbarmachen jüdischer Perspektiven auf Antisemitismus wichtig. Ich denke beispielsweise an „Das Jüdische Quartett“, eine regelmäßige Talkrunde, die wir Mitte 2020 begonnen haben.*

Hermer *Das Sichtbarmachen jüdischer Stimmen spielt im Projekt seit vielen Jahren eine tragende Rolle – eine Konstante, die ich äußerst wichtig finde. Das wird beispielsweise im Rahmen der Netzwerktreffen deutlich, die wir regelmäßig in unterschiedlichen Städten durchführen. Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus stehen im Mittelpunkt der Treffen. Wir wollen diejenigen, die von Antisemitismus betroffen sind, mit Politiker*innen und der Zivilgesellschaft, die sich gegen den Judenhass engagieren, zusammenbringen.*

Lelle *Dass jüdische Stimmen zur Bekämpfung des Antisemitismus gehört werden müssen, ist wichtig und klingt selbstverständlich. Aber leider ist das in Deutschland lange nicht passiert. Wenn ich in die Antisemitismusforschung schaue, wurde lange Zeit behauptet, Jüdinnen und Juden seien parteiisch und würden keine wissenschaftlichen Standards erfüllen. Heute wissen wir: Die Antisemitismusforschung wäre ohne jüdische Wissenschaftler*innen nicht da, wo sie jetzt steht.*

Mehr als 3.300 Veranstaltungen, 500 Partnerorganisationen, 200 Orte, ein Ziel: Zusammenstehen und gemeinsam Antisemitismus die Stirn bieten! Die **Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus** finden seit 2003 im gesamten Bundesgebiet statt, seit 2016 in Kooperation mit dem Anne Frank Zentrum. Neben den bundesweiten Aktionswochen, die sich inzwischen durch ihre kontinuierliche Unterstützung lokaler Initiativen aus der Zivilgesellschaft etabliert haben, finden seit 2020 die Berliner Aktionswochen gegen Antisemitismus statt.



Die Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus veranstalteten am 15. Mai 2020 einen Digitalen Aktionstag gegen Verschwörungsmythen und Antisemitismus. Der Entschwörungsgenerator, der Teil des Aktionstages war, offenbart die Absurdität von Verschwörungsmythen: amadeu-antonio-stiftung.de/glaubnichtalles

Miki, du hast 2020 die Projektleitung der Berliner Aktionswochen gegen Antisemitismus übernommen. Hat die Hauptstadt das besonders nötig?

Hermer *In Berlin können wir sämtliche Formen des Antisemitismus beobachten. Sie reichen vom israel-feindlichen Al-Quds-Marsch bis zum Tragen von „Judensternen“ mit der Inschrift „Nicht Geimpft“. Die Berichte der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), die in den vergangenen Jahren zur Situation in der Hauptstadt erschienen sind, haben das Ausmaß der antisemitischen Vorfälle in der Stadt besonders sichtbar gemacht. Aber ich bin überzeugt, dass Antisemitismus genauso in Großstädten wie Köln, München und Hamburg zu Tage tritt. Insofern ist die Notwendigkeit zivilgesellschaftlicher Maßnahmen gegen den Antisemitismus keineswegs auf Berlin beschränkt.*

Wen möchtest du mit den Berliner Aktionswochen erreichen?

Erfolgreich entschwört!

Digitaler Aktionstag gegen Verschwörungsmythen und Antisemitismus

Im Rahmen der Bildungs- und Aktionswochen gegen Antisemitismus veranstalteten die Amadeu Antonio Stiftung und das Anne Frank Zentrum am 15. Mai 2020 einen digitalen Aktionstag gegen Verschwörungsmythen und Antisemitismus. Anlass des Aktionstages war die starke Verbreitung antisemitischer Verschwörungserzählungen im Kontext der Covid-19-Pandemie. Das initiierte Hashtag #glaubnichtalles landete in den Twitter-Trends und tausende Menschen folgten der Kampagne und den Online-Veranstaltungen.

Hermer *Es muss uns aus meiner Sicht gelingen, die Menschen anzusprechen, die noch nicht für die Gefahren des Antisemitismus sensibilisiert, aber offen für eine Sensibilisierung sind. Damit uns das gelingt, brauchen wir einen möglichst niedrigschwelligen Ansatz. Schließlich ist meine Erfahrung, dass sich viele Menschen nicht trauen und unsicher sind, wie sie gegen den Antisemitismus im Alltag einschreiten können.*

Lelle *...diese Erfahrung teile ich ausdrücklich. Wichtig ist mir – und das gilt sowohl für die Berliner als auch für die bundesweiten Aktionswochen –, dass wir unsere Arbeit fortsetzen und beharrlich weitermachen. Durch die zivilgesellschaftliche Arbeit gegen Antisemitismus konnten wir in den vergangenen Jahren viele Menschen erreichen. Das ist ein großer Erfolg!*

Hermer *Das stimmt. Es gab weder Beratungs- und Meldestellen für antisemitische Vorfälle noch Beauftragte gegen Antisemitismus, als ich im Projekt angefangen habe. Das sind ohne Zweifel wichtige Schritte.*

Wie hat sich die Covid-19-Pandemie auf Eure Arbeit ausgewirkt? Inwiefern war eine Sensibilisierung für die – teilweise stark antisemitischen – Verschwörungsmythen möglich, die seit Corona vor allem im digitalen Raum kursieren?

Lelle *Die rasante Verbreitung antisemitischer Verschwörungsmythen war für uns alle erschreckend, aber nicht überraschend. Daher entschieden wir uns, einen „Digitalen Aktionstag gegen Verschwörungsmythen und Antisemitismus“ mit einer Reihe an Live-Talks und Online-Seminaren anzubieten. Der Aktionstag war ein Erfolg, weil er inmitten der gesellschaftlichen Debatte über Verschwörungserzählungen stattfand. Dass inzwischen oftmals über „Verschwörungsmythen“ – und nicht mehr über „Verschwörungstheorien“ gesprochen wird –, ist den unzähligen Initiativen aus der Zivilgesellschaft zu verdanken, die eine konsequente Aufklärung betrieben haben.*

Hermer *Zwar war die Organisation des Aktionstags eine Herausforderung für alle Beteiligten, aber durch die Digitalisierung der Veranstaltungen haben wir auch zahlreiche Menschen erreichen können, die wir mit lokalen Veranstaltungen wohl niemals erreicht hätten.*

Das Gespräch wurde im Juli 2020 geführt.

Das Kompetenznetzwerk

Antisemitismus

Das Kompetenznetzwerk Antisemitismus ist ein Zusammenschluss von fünf Institutionen, die über langjährige Erfahrung im Bereich der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, der Beratung sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle verfügen: dem Anne Frank Zentrum, der Bildungsstätte Anne Frank, dem Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS), dem Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment der ZWST und der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus – KIgA e.V.

Ziel des Netzwerks ist es, durch Zusammenarbeit und Wissenstransfer die Angebote in der Antisemitismusprävention, der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit, der Beratung sowie der Dokumentation und Analyse antisemitischer Vorfälle zu bündeln und weiterzuentwickeln. Die Netzwerkpartner stellen ihre Expertise für die Bereiche (schulische) Bildung, Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft zur Verfügung.

Die Koordinierung des Kompetenznetzwerks Antisemitismus liegt beim Anne Frank Zentrum. Der Zusammenschluss wird durch das Programm „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Mehr Informationen unter:

☞ kompetenznetzwerk-antisemitismus.de

Anhang: Arbeitsdefinition von Antisemitismus

International Holocaust Remembrance Alliance

Im Geiste der Stockholmer Erklärung, die ausführte: „Da die Menschheit noch immer von [...] Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit gezeichnet ist, trägt die Völkergemeinschaft eine hehre Verantwortung für die Bekämpfung dieser Übel“, hat der Ausschuss für Antisemitismus und Holocaustleugnung das IHRA-Plenum in Budapest 2015 aufgefordert, die nachstehende Arbeitsdefinition von Antisemitismus anzunehmen.

Am 26. Mai 2016 beschloss das Plenum in Bukarest die Annahme der nachstehenden nicht rechtsverbindlichen Arbeitsdefinition von Antisemitismus:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen.“

Um die IHRA bei ihrer Arbeit zu leiten, können die folgenden Beispiele zur Veranschaulichung dienen:

Erscheinungsformen von Antisemitismus können sich auch gegen den Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, richten. Allerdings kann Kritik an Israel, die mit der an anderen Ländern vergleichbar ist, nicht als antisemitisch betrachtet werden. Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“. Der Antisemitismus manifestiert sich in Wort, Schrift und Bild sowie in anderen Handlungsformen, er benutzt unheilvolle Stereotype und unterstellt negative Charakterzüge.

Die Bundesregierung beschloss im September 2017, sich der internationalen Definition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) anzuschließen. Sie ergänzte einen Satz zur Bekämpfung des israelbezogenen Antisemitismus: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“ Der Bundestag begrüßte die Entscheidung der Regierung im Rahmen eines Antrags vom Januar 2018. Die Verabschiedung der Arbeitsdefinition – die zwar keine rechtliche Bindungskraft, aber einen starken symbolischen Charakter hat – geht auf eine deutsch-rumänische Initiative zurück. Die Arbeitsdefinition soll u. a. ein Vorbild für entsprechende Bildungsinhalte in der Erwachsenen- sowie in der Kinder- und Jugendbildung sein.

Aktuelle Beispiele von Antisemitismus im öffentlichen Leben, in den Medien, Schulen, am Arbeitsplatz und in der religiösen Sphäre können unter Berücksichtigung des Gesamtkontexts folgendes Verhalten einschließen, ohne darauf beschränkt zu sein:

- den Aufruf zur Tötung oder Schädigung von Juden im Namen einer radikalen Ideologie oder einer extremistischen Religionsanschauung; die Beihilfe zu solchen Taten oder ihre Rechtfertigung
- falsche, entmenschlichende, dämonisierende oder stereotype Anschuldigungen gegen Juden oder die Macht der Juden als Kollektiv – insbesondere, aber nicht ausschließlich Mythen über eine jüdische Weltverschwörung oder über die Kontrolle der Medien, Wirtschaft, Regierung oder anderer gesellschaftlicher Institutionen durch die Juden
- das Verantwortlichmachen der Juden als Volk für tatsächliches oder unterstelltes Fehlverhalten einzelner Juden, einzelner jüdischer Gruppen oder sogar von Nicht-Juden
- das Bestreiten der Tatsache, des Ausmaßes, der Mechanismen (z. B. der Gaskammern) oder der Vorsätzlichkeit des Völkermords an den Juden durch das nationalsozialistische Deutschland und seine Unterstützer und Komplizen während des Zweiten Weltkriegs (Holocaust)
- den Vorwurf gegenüber den Juden als Volk oder dem Staat Israel, den Holocaust zu erfinden oder übertrieben darzustellen
- den Vorwurf gegenüber Juden, sie fühlten sich dem Staat Israel oder angeblichen weltweiten jüdischen Interessen stärker verpflichtet als den Interessen ihrer jeweiligen Heimatländer
- die Aberkennung des Rechts des jüdischen Volks auf Selbstbestimmung, z. B. durch die Behauptung, die Existenz des Staates Israel sei ein rassistisches Unterfangen
- die Anwendung doppelter Standards, indem von Israel ein Verhalten gefordert wird, das von keinem anderen demokratischen Staat erwartet oder gefordert wird
- die Verwendung von Symbolen und Bildern, die mit traditionellem Antisemitismus in Verbindung stehen (z. B. der Vorwurf des Christismordes oder die Ritualmordlegende), um Israel oder die Israelis zu beschreiben
- Vergleiche der aktuellen israelischen Politik mit der Politik der Nationalsozialisten
- das kollektive Verantwortlichmachen von Juden für Handlungen des Staates Israel

Antisemitische Taten sind Straftaten, wenn sie als solche vom Gesetz definiert sind (z. B. in einigen Ländern die Leugnung des Holocausts oder die Verbreitung antisemitischer Materialien).

Straftaten sind antisemitisch, wenn die Angriffsziele, seien es Personen oder Sachen – wie Gebäude, Schulen, Gebetsräume und Friedhöfe – deshalb ausgewählt werden, weil sie jüdisch sind, als solche wahrgenommen oder mit Juden in Verbindung gebracht werden.

Antisemitische Diskriminierung besteht darin, dass Juden Möglichkeiten oder Leistungen vorenthalten werden, die anderen Menschen zur Verfügung stehen. Eine solche Diskriminierung ist in vielen Ländern verboten.

Mehr Informationen unter:
holocaustremembrance.com

Ansprechpartner*innen

Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention

Zum seit Januar 2020 bestehenden Kompetenznetzwerk Rechtsextremismusprävention (KompRex) gehören die Organisationen Amadeu Antonio Stiftung, Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, Cultures Interactive e.V., Gesicht Zeigen! Für ein welt-offenes Deutschland e.V., und die Lidice Haus Jugendbildungsstätte. Das Netzwerk reagiert auf aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus, entwickelt bundesweite Präventionsangebote weiter, bündelt Wissen und Erfahrung und qualifiziert und vernetzt Projektpartner*innen. Es wird durch das Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.

Mehr Informationen unter:

☞ kompetenznetzwerk-rechtsextremismuspraevention.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) bietet allen Menschen Beratung und Unterstützung an, die sich in Berlin für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur einsetzen. Seit 2001 berät die MBR bei Herausforderungen im Umgang mit rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen oder anderen menschenverachtenden Erscheinungsformen.

Mehr Informationen unter:

☞ mbr-berlin.de

OFEK e.V.

„OFEK e.V. – Beratungsstelle bei antisemitischer Diskriminierung und Gewalt“ ist eine Beratungs- und Interventionsstelle. OFEK unterstützt bundesweit Betroffene und ihr soziales Umfeld sowie pädagogische und soziale Einrichtungen im Umgang mit Antisemitismus und Diskriminierung.

Mehr Informationen unter:

☞ ofek-beratung.de

VBRG – Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und anti- semitischer Gewalt e.V.

Der VBRG setzt sich dafür ein, dass Opfer rechter Gewalt bundesweit Zugang zu professionellen, unabhängigen, kostenlosen und parteilich in ihrem Sinne arbeitenden Beratungs- und Unterstützungseinrichtungen erhalten. Derzeit sind 15 unabhängige Beratungsstellen für Betroffene rechts, rassistisch und antisemitisch motivierter Gewalt aus 13 Bundesländern im VBRG e.V. zusammengeschlossen.

Mehr Informationen unter:

☞ verband-brg.de

Zentralrat der Juden in Deutschland

Der Zentralrat der Juden in Deutschland vereinigt unter seinem Dach 23 Landesverbände und 105 jüdische Gemeinden mit 97.791 Mitgliedern und vertritt deren politische und gesellschaftliche Interessen. Er ist für die Politik auf Bundes- und Länderebene Ansprechpartner für alle Themen, die die jüdische Gemeinschaft betreffen.

Mehr Informationen unter:

☞ zentralratderjuden.de

Unterstützen Sie Projekte gegen Antisemitismus und für Demokratie!

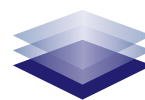
Die Amadeu Antonio Stiftung setzt sich für eine demokratische Zivilgesellschaft ein, die sich konsequent gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wendet. Hierfür fördert sie Initiativen überall in Deutschland, die sich in Jugendarbeit und Schule, Kunst und Kultur, im Opferschutz und Empowerment, in kommunalen Netzwerken und anderen Bereichen engagieren. Zu den über 1.600 bisher geförderten Projekten gehören zum Beispiel:

- der Audiowalk „Der Marsch“ der Theaterwerkstatt im Kleinen Theater Bargteheide e. V. entlang der Strecke des Todesmarschs von 200 KZ-Insass*innen aus dem Lager Neuengamme durch Schleswig-Holstein
- die Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus des vom RIAS e. V. gegründeten Bundesverbands
- die Entwicklung pädagogischer Konzepte zur Antisemitismusprävention im 21. Jahrhundert für Schulprojektwochen und andere Bildungsorte durch den Rabulo e. V.

Wo die Amadeu Antonio Stiftung Lücken staatlichen oder zivilgesellschaftlichen Handelns sieht, wird sie selbst aktiv. Mit Analysen, Modellprojekten, Materialien, Qualifikations- und Beratungsangeboten erprobt sie neue Ansätze der Bearbeitung aktueller Phänomene zur Unterstützung von Fachkräften und regionalen Netzwerken. Besonderes Augenmerk legt sie dabei auf den Transfer zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis.

Die Stiftung ist nach Amadeu Antonio benannt, der 1990 von rechtsextremen Jugendlichen im brandenburgischen Eberswalde zu Tode geprügelt wurde, weil er schwarz war. Er war eines der ersten von heute mehr als 200 Todesopfern rechtsextremer Gewalt seit dem Fall der Mauer.

Die Amadeu Antonio Stiftung wird unter anderem von der Freudenberg Stiftung unterstützt und ist Mitglied im Bundesverband Deutscher Stiftungen. Sie ist anerkannter Träger der politischen Bildung und hat die Selbstverpflichtung der Initiative Transparente Zivilgesellschaft unterzeichnet.



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft



Kontakt

Amadeu Antonio Stiftung

Novalisstraße 12

10115 Berlin

Telefon: 030. 240 886 10

info@amadeu-antonio-stiftung.de

www.amadeu-antonio-stiftung.de

[AmadeuAntonioStiftung](https://www.facebook.com/AmadeuAntonioStiftung)

[AmadeuAntonio](https://twitter.com/AmadeuAntonio)

[amadeuantoniofoundation](https://www.instagram.com/amadeuantoniofoundation)

Spendenkonto

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE32 4306 0967 6005 0000 00

SWIFT-BIC: GENODEM1GLS

Bitte geben Sie bei der Überweisung eine Adresse an, damit wir Ihnen eine Spendenbescheinigung zuschicken können.

Seit mindestens 1.700 Jahren leben Jüdinnen und Juden in Deutschland. Jüdisches Leben gehört also schon lange zu Deutschland und doch wird es immer wieder bedroht. Die Geschichte des jüdischen Lebens in Deutschland ist auch eine Geschichte der Judenfeindschaft und des Antisemitismus. Der rechtsterroristische Anschlag in Halle (Saale) am 9. Oktober 2019 ist ein trauriger Höhepunkt aktueller antisemitischer Gewalt in Deutschland.

Zudem haben seit der Covid-19-Pandemie antisemitische Verschwörungsmythen Hochkonjunktur. Antisemitismus grassiert wieder sichtbar, im Internet wie bei Demonstrationen. Und er wird aktualisiert: mit Mythen von der „jüdischen Weltverschwörung“, von der schon im Mittelalter verbreiteten Vorstellung der „Brunnenvergiftung“ und von „Ritualmorden“.

75 Jahre nach der Shoah, der Ermordung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden, ist Antisemitismus nicht verschwunden. Er ist weiterhin eine Gefahr für jüdisches Leben in Deutschland und für ein demokratisches Zusammenleben. Seine Bekämpfung ist eine zentrale Herausforderung unserer Gesellschaft.

Dieses Lagebild bündelt zivilgesellschaftliche und jüdische Perspektiven auf Antisemitismus. Es gibt einen detailreichen Einblick in seine unterschiedlichen Erscheinungsformen in Deutschland heute: offen und codiert, physisch und verbal, von rechts, links, aus der Mitte der Gesellschaft wie im Islamismus. Aus dieser Analyse folgen Forderungen, um Antisemitismus nachhaltig zu bekämpfen.